Dienstag, 26. August 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion [illegible] (02 28) [illegible] Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 [illegible]
[illegible] (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 197 - 35.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38.00 bfr. Frankreich 7.00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 600.00 Din. Luxemburg 28.00 lfr. Niederlande 2.20 hfl. Norwegen 8.50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8.00 skr. Schweiz 2.00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 750 TL.

Heute in der WELT

MOSKAUS COMPUTER-SPIONE

Eine Serie der WELT

Der Schmuggel von strategisch brisanter Elektronik in die UdSSR ist big business – betrieben von westlichen Geschäftemachern und eingefädelt von östlichen Geheimdiensten. Die Drehscheibe dieses Handels ist die Bundesrepublik Deutschland. Nutznießer ist die Sowjetunion. Jay Tuck enthüllt in einer vierteiligen WELT-Serie, auf welch verschlungenen Pfaden High Technology in den Osten geschleust wird. Seite 7

Die großen Straßen der Welt

Über die großen Avenuen, Boulevards, Korsos und Flanierstraßen der Metropolen berichtet die WELT in einer sommerlichen Serie in loser Folge. Bisher wurden der Ku'damm (Berlin), der Faubourg Saint Honoré (Paris), La Castellana (Madrid), die Via Veneto (Rom), die Ginza (Tokio), der Broadway (New York) und die Bahnhofsstraße (Zürich) vorgestellt. Heute: die Kärntnerstraße in Wien. Seite 19

POLITIK

Arbeitsmarkt: Nur jeder vierte freie Arbeitsplatz wird nach Angaben des DGB zur Zeit durch Vermittlung der Arbeitsämter besetzt. Angesichts dieser Zahl warf der stellvertretende DGB-Chef Gerd Muhr Arbeitgebern vor, den Arbeitsämtern wichtige Informationen vorzuenthalten. Muhr fordert deshalb die Einführung einer Meldepflicht für offene Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Kampagne: Mit einer großangelegten Kampagne wollen österreichische Organisationen und Parteien in Bayern gegen den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage im oberpfälzischen Wackersdorf demonstrieren. Sprecher der Aktion „Eins vor Zwölf" sagten, sie mischten sich bewußt im Interesse der Bevölkerung Österreichs „in die Angelegenheiten eines anderen Staates ein".

Supermächte: Experten aus den USA und der Sowjetunion haben gestern in Genf über Möglichkeiten beraten, das Risiko eines „ungewollten" Atomkrieges zu vermindern. Nach einer ersten derartigen Besprechung im Mai handelt es sich um die zweite Runde, die sich mit der Errichtung von „Schnellinformations-Zentren" zur Vermeidung von Mißverständnissen befaßt.

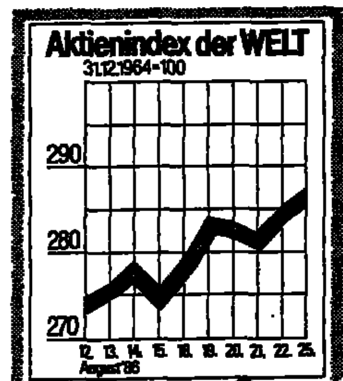
Tschernobyl: Der Moskauer Delegationschef bei der Konferenz der Internationalen Atomenergieorganisation IAEO in Wien, Legassow, hat die Bereitschaft der UdSSR beteuert, „konstruktive Kritik in bezug auf den Unfall von Tschernobyl" entgegenzunehmen. IAEO-Generaldirektor Hans Blix nannte den Unfallbericht der Sowjetunion „erschöpfend und systematisch."

WIRTSCHAFT

Benzinpreis: Die Mineralölunternehmen haben offenbar eine neue Benzinpreisrunde eingeläutet. Aral erhöhte gestern die Preise für Normal und Superbenzin bundesweit um drei Pfennig pro Liter.

Reise: Mit dem Touristikjahr 1985/86 sind die deutschen Reiseveranstalter insgesamt zufrieden. Trotz einiger Widrigkeiten rechnet die Branche mit einem Plus von etwa zwei Prozent. (S. 11)

Börse: Die Tendenz der Aktienmärkte war am Montag freundlich. Wenig verändert war die Lage am Rentenmarkt. WELT-Aktienindex 287,04 (285,01). BHF-Rentenindex 107,688 (107,671). BHF-Performance-Index 107,096 (107,050). Dollar-Mittelkurs 2,0413 (2,0391) Mark. Gold wurde gestern in London wegen eines Bankfeiertages nicht notiert.



KULTUR

Kulturzentrum: In Köln wird in wenigen Tagen ein riesiges Kulturzentrum eingeweiht. Dazu gehört das neue Wallraf-Richartz-Museum mit dem Museum Ludwig und der Philharmonie. Der gewaltige Gebäude-Komplex zwischen dem Dom und dem Rhein soll zu einem Zuhause für die bildenden Künste und die Musik werden. (S. 19)

Grenzsteine: Künstler aus der Bundesrepublik Deutschland und zahlreichen anderen europäischen Ländern treffen sich im Saarland zu einem „Bildhauersymposium". Das Meeting ist eine ungewöhnliche Veranstaltung, denn die Teilnehmer arbeiten in „grenzüberschreitender Verbundenheit" in freier Natur – an Grenzsteinen. (S. 19)

SPORT

Leichtathletik: Heute beginnen in Stuttgart die Europameisterschaften, das drittgrößte Sportereignis in der Bundesrepublik nach den Olympischen Spielen 1972 und der Fußball-Weltmeisterschaft 1974. Die WELT gibt einen Überblick über das Veranstaltungsprogramm und tippt die Medaillengewinner. (S. 8)

Tennis: Die Heidelbergerin Steffi Graf feierte durch einen 7:5, 6:1-Erfolg über die Amerikanerin Molly van Nostrand in Mahwah (New Jersey) ihren fünften Grand-Prix-Sieg in diesem Jahr. Nach ihrem Zehbruch beim Federationcup in Prag war Steffi Graf zum ersten Mal wieder bei einem Turnier angetreten. (S. 8)

AUS ALLER WELT



Puppenmuseum: Im Hamburger Sven Simon-Park gibt es ein neues Puppenmuseum. Ein Prachtstück der umfangreichen Sammlung ist die „Deutsche Staatsdame" (Foto), die um 1890 in Thüringen hergestellt wurde. (S. 20)

Mercedes-Treffen: Mehr als 25 000 Zuschauer kamen zu den „Renntagen für historische Automobile" in Kalifornien. Im Mittelpunkt standen Mercedes-Karossen: Die Untertürkheimer präsentierten fast 50 Modelle aus den Jahren 1902 bis 1939. (S. 20)

Engelhard stellt Abschiebung auch von Polen zur Debatte

Heute will das Kabinett einen Schlußstrich unter die Asyl-Debatte ziehen

DIETHART GOOS, Bonn

Mit 100 zusätzlichen Beamten soll die Berliner Ausländerbehörde in die Lage versetzt werden, den ständig steigenden Asylantenstrom wirkungsvoll einzudämmen. Dies ist der zentrale Punkt eines Maßnahmenkataloges, den das Bundeskabinett heute beschließen wird. Damit zieht die Bundesregierung einen Schlußstrich unter monatelange Beratungen und Verhandlungen auf Bundes- und Länderebene. Die vieldiskutierte Grundgesetzänderung steht vorerst nicht zur Debatte. Der Koalitionspartner FDP signalisierte gestern der Union, daß er für eine Änderung des Asylartikels im Grundgesetz nicht zur Verfügung stehe.

Wie Justizminister Hans Engelhard nach der Sitzung des FDP-Präsidiums mitteilte, dient das umfangreiche Maßnahmenbündel vor allem einer drastischen Beschleunigung des Asylverfahrens. Durch die angekündigten Personalverstärkungen, Gesetzesänderungen und Verwaltungsmaßnahmen, will die Koalition erreichen, daß im Regelfall innerhalb von drei Monaten über den Antrag auf Asylgewährung rechtskräftig entschieden wird. Engelhard kündigte an, das erforderliche Personal könne aus Behörden des Bundes und der Länder mit Zeitverträgen abgeordnet werden. Abgelehnte Asylantragsteller sollen dann umgehend in ihre Heimatländer oder in aufnahmebereite Drittländer abgeschoben werden.

Für dieses Jahr rechnen die Behörden mit etwa 100 000 Asylanträgen. Wie Engelhard mitteilte, sind

SEITE 4:
„Ich will eine Frau haben"

im ersten Halbjahr 1986 nur 15 Prozent der Bewerber als politische Flüchtlinge anerkannt worden. Bisher sei bei Versagung von politischem Asyl die anschließende Abschiebung nur die Ausnahme. Etwa 70 Prozent der abgewiesenen Antragsteller bleiben in der Bundesrepublik, meinte er.

Zu den Maßnahmen gegen den Asylantenstrom gehört auch die Ausdehnung des Visumzwangs für die Einreise in die Bundesrepublik und eine Verschärfung der Bedingungen bei der Visa-Erteilung. Die Gültigkeit von Besuchsvisa wird von bisher drei auf einen Monat verkürzt. Das betrifft solche Länder, aus denen die meisten Asylbewerber kommen.

Die verschärfte Abschiebepraxis soll nach Darstellung des Justizministers auch für Antragsteller aus solchen Ostblockländern gelten, die bei ihrer Rückführung keine Repressalien zu befürchten haben. Engelhard nannte ausdrücklich Polen, die in immer größerer Zahl als sogenannte Wirtschaftsasylanten in die Bundesrepublik kommen, um hier eine gewisse Zeit zu arbeiten und die gar nicht an der Gewährung politischen Asyls interessiert sind.

Berlins Regierender Bürgermeister Diepgen (CDU) wandte sich gegen die Forderung der „DDR", der Westen solle an den Grenzübergängen in Berlin stärker kontrollieren. „Weder die Alliierten noch wir haben die Absicht, von uns aus eine zusätzliche Mauer mit der Einführung eines festen Grenzregimes zu errichten", sagte Diepgen in einem Interview mit der Zeitschrift „Weltbild".

Brandt schwört SPD auf Rau-Kurs ein

Plädoyer für das Ziel der absoluten Mehrheit / Nürnberger Parteitag eröffnet

Mk./pp. Nürnberg

Der SPD-Parteivorsitzende Willy Brandt hat sich entschieden gegen eine Änderung des Grundrechts auf Asyl ausgesprochen. „Strandgut menschlicher Not aus anderen Teilen der Welt zum Opfer bundesdeutscher Wahlkämpfe zu machen geht gegen die politische Moral", erklärte Brandt unter Beifall der Delegierten in seiner Eröffnungsrede des SPD-Parteitages in Nürnberg.

Eine Sache sei, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht zu einem Land werden könne, das in Massen die Bedrängten dieser Welt aufnimmt. „Eine andere Sache ist, daß an dem im Grundgesetz verankerten Asylrecht – für Verfolgte – nicht gerüttelt werden darf", betonte Brandt.

Von dem Nürnberger Parteitag solle als Signal ausgehen, daß die SPD auf die Herausforderung „für unser Volk" gründlich vorbereitet sei. „Diese SPD kämpft um die Führung in der Bundesrepublik Deutschland", sagte Brandt zum Abschluß seiner Rede. Vieles spreche dafür, daß die Sachforderungen der SPD mehrheitlich unterstützt würden. Jetzt gelte es, diese Mehrheiten in Sachfragen zusammenzuführen und daraus Regierungsverantwortung abzuleiten.

Brandt versuchte, deutlich zu machen, daß er die absolute Mehrheit, die Kanzlerkandidat Rau anstrebt, für ein realistisches Wahlziel halte. Das sei beim Verhältniswahlrecht zwar nicht leicht zu erreichen, aber 1972 sei die SPD schon einmal nahe dran gewesen. „Niemand darf den Eindruck erwecken, das gewünschte Ergebnis lasse sich anders als durch die Stimmabgabe für die SPD erzielen, ermahnte er die Parteitagsdelegierten.

Wie von ihm vorher angekündigt, legte Brandt unter dem Beifall der Delegierten ein eindeutiges Bekenntnis zum westlichen Bündnis und zum deutsch-amerikanischen Verhältnis ab: „Nach hartem Einspruch ist es um den Quatsch mit dem Anti-Amerikanismus etwas stiller geworden." Allerdings werde man den deutschen Interessen nicht gerecht, wenn man „schon amen sagt, wenn in Washington noch gebetet wird".

Der SPD-Vorsitzende nahm den amerikanischen Kongreß auch als Kronzeugen dafür, „daß Druck her muß, auch wirtschaftlich, damit endlich Schluß ist mit dem menschenverachtenten Regime der Apartheid in Südafrika". Er nutzte dieses Stichwort zu einem rhetorischen Schlag gegen den innenpolitischen Gegner: Es müsse auch „Schluß sein mit der doppelten Moral mancher Parteibuch-Christen und eines bestimmten Typs von Geldsack-Liberalen. Wer vor diesem politisch-moralischen Problem Apartheid versagt, lädt Mitverantwortung auf sich für ein Blutbad, das sich über Jahre erstrecken kann."

Den „Bonner Wendeakrobaten" warf Brandt vor, sie wollten mit Beschwichtigungsoptimismus die Last der Gebeutelten vergessen machen. Die SPD wolle „echte Schritte" zum Abbau der Arbeitslosigkeit.

Gespräch mit Paris über Cattenom

Der rheinland-pfälzische Umweltminister Töpfer zur WELT: Ein Verhandlungserfolg Wallmanns

ULRICH REITZ, Bonn

Die Ergebnisse der sicherheitstechnischen Überprüfung der deutschen Kernkraftwerke sollen in die Verhandlungen zwischen Bonn und Paris über die Angleichung der Sicherheitsstandards der Atomkraftwerke in beiden Ländern einfließen. Das hat der rheinland-pfälzische Umweltminister Klaus Töpfer (CDU) angekündigt. „Die Kriterien, die für unsere Reaktoren gelten, sollen der Art nach auch von Frankreich erfüllt werden", sagte Töpfer der WELT.

Der CDU-Politiker trat damit Vorwürfen der saarländischen Landesregierung an die Adresse von Bundesumweltminister Wallmann entgegen. Lafontaines Regierungssprecherin Maria Zimmermann sagte nach dem Zwischenfall in Cattenom vom Wochenende der WELT, Wallmann bemühe sich zwar darum, die deutschen Reaktoren katastrophentauglich zu machen, erkläre jedoch nicht, wie er die Sicherheit der Bevölkerung an der Grenze zu Frankreich gewährleisten wolle. Die SPD-geführte Landesregierung bekräftige daher ihre Aufforderung an die Bundesregierung, sich der Klage des Saarlandes gegen Cattenom von dem Verwaltungsgericht in Straßburg anzuschließen.

Demgegenüber erklärte Töpfer, es sei der Erfolg der Verhandlungen Wallmanns in Paris, daß die Sicherheit in Cattenom auf die Tagesordnung der deutsch-französischen Kommission für Reaktorsicherheit gesetzt worden sei. „Dies ist das Ergebnis von Verhandlungen, nicht von Klagen", erklärte Töpfer. Miteinander zu sprechen sei zwar weniger spektakulär als den Klageweg zu beschreiten, „aber es ist der Weg, der Fortschritte gebracht hat". Wallmanns Sprecher Diehl bekräftigte die Absicht der Bundesregierung, in „Kooperation und Konsens" die Gespräche mit Paris fortzusetzen. Die saarländische SPD führe, so Töpfer, mit ihrer Konfrontationstaktik in Cattenom einen Stellvertreterkrieg gegen die Kernenergie in der Bundesrepublik.

Scharfe Kritik übte Lafontaines Regierungssprecherin an der „unerträglichen" Informationspolitik der französischen Behörden. Trotz der Existenz eines „roten Telefons", einer Standleitung von Cattenom nach Saarbrücken, sei die Landesregierung „erst zwölf Stunden" nach dem Zwischenfall unterrichtet worden. Messungen, die daraufhin am Sonntagnachmittag an der Grenze zu Frankreich vorgenommen worden seien, hätten „normale Werte" der Radioaktivität ergeben. Ein Ergebnis, das Messungen in Rheinland-Pfalz nach Mitteilung der Landesregierung bestätigen.

Seit dem Ausbruch von 8000 Kubikmetern Wasser aus dem Kühlsystem in der Nacht zum Sonntag, war die Lage in Cattenom gestern offenbar unverändert. Der französische Elektrokonzern EDF räumte ein, daß sich die für Oktober geplante Inbetriebnahme verzögern könnte. Die Überflutung des Kellergeschosses sei offenbar auf ein geborstenes Rohr im Kühlsystem zurückzuführen.

Das neue Hauptbuch der Nation

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Für wie viele Menschen in der Bundesrepublik Deutschland eigentlich das „Statistische Jahrbuch 1986 für die Bundesrepublik Deutschland" auf den Markt gekommen ist – das wird völlig exakt erst die für den 27. Mai 1987 angesetzte Volkszählung, die erste nach mehr als 20 Jahren, an den Tag bringen. Gestern ist das voluminöse „Hauptbuch der Nation", wie es der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Egon Hölder, nannte, in Bonn vorgestellt worden. Mit der Angabe, daß es 61,02 Millionen Menschen in diesem Land gibt.

„Statistik als unverzichtbare Handlungsgrundlage der Politik", so der Parlamentarische Staatssekretär des für dieses Amt zuständigen Bundesinnenministeriums, Horst Waffenschmidt, äußert sich in dem Buch der 500 000 Zahlen auf 772 Seiten in einem Stichwortverzeichnis zwischen „Abendgymnasium" und „Zuzug". Trotz der immensen Sammeltätigkeit von mehr als 200 Wissenschaftlern des Bundesamtes konnte es die völlige Aktualität nicht bis zur Drucklegung halten: die jährliche Zahl der Zunahme der Erwerbstätigen beispielsweise stieg bis Ende 1985 nicht um 179 000, sondern um 284 000. Teilzeitarbeit hat im Öffentlichen Dienst auf 16,8 Prozent zugenommen, sogar bei den Richtern stieg sie auf 7,4 Prozent.

Wie einfach es die Vorgänger moderner Statistik früher hatten, illustrierte Hölder anhand eines verstaubten einschlägigen Bandes von 1788 mit dem Titel „Die göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts". Der Verfasser, „gewesener Königl. Preuss. Oberconsistorialrath" Johann Peter Süssmilch, begründete den Rückgang der Geburten in Leipzig einfach mit der angeblich dort üblich gewesenen „bequemen und wollüstigen Lebensart".

Als aufsehenerregende Feststellung teilt das jetzt veröffentlichte Buch mit, daß es in der Bundesrepublik 16,8 Millionen Menschen in Sportvereinen gibt. Wie Waffenschmidt dazu sagt, sind es 50 Prozent mehr als noch vor zehn Jahren, wobei Volleyball mit einer Zunahme von 211 Prozent die einsame Spitze hält, gefolgt vom Tanzsport (175 Prozent), Tennis (165 Prozent) und Golf (plus 125 Prozent).

Die größte wissenschaftliche Bibliothek in der Bundesrepublik ist, so die Statistik, zwar die Bayerische Staatsbibliothek in München mit 5,20 Millionen Bänden, die meisten Ausleihungen aber verzeichnet die Universitäts-Bibliothek von Münster in Westfalen: 1,19 Millionen.

Die Zahl der Staatsanwälte hat sich mit jetzt 3646 seit 1977 fast konstant gehalten, während die der Rechtsanwälte in der gleichen Zeit von 25 000 auf 40 000 zunahm. Die Angaben reichen von Brandstiftungen über Frosttage, Goethe-Institute, Jagdstrecken und Investitionsförderung bis Zeitungsdruckpapier: 694 Millionen Tonnen waren es 1985.

DER KOMMENTAR

Störfall

ULRICH REITZ

Noch vor vier Monaten hätte sich niemand über den Wasserrohrbruch in einem französischen Städtchen namens Cattenom derartig erregt, auch nicht die saarländische Landesregierung. Doch inzwischen haben SPD-Politiker, voran Oskar Lafontaine, längst den absurden Slogan „Tschernobyl ist überall" vereinnahmt: Kernkraft ist Teufelswerk.

So dient Cattenom der SPD als Synonym für das erlöschende Tschernobyl. Sie will suggerieren, der Reaktor könne jederzeit hochgehen und „das Saarland unbewohnbar" (Lafontaine) machen. Nebenher wird die Bundesregierung verantwortlich gemacht, die angeblich versäumt habe, Frankreich zum Verzicht auf die vier Reaktorblöcke zu bewegen.

Doch der Versuch, die ukrainische Explosion mit dem französischen Wasserrohrbruch auf eine Stufe zu stellen, ist unseriös. Auch der Vorwurf an die Adresse Wallmanns, er sorge sich zwar um die Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke, nicht aber um die der Bevölkerung in den Grenzregionen, geht ins Leere. Anstelle Wallmanns kündigte der Mainzer Umweltminister Töpfer an, daß die bei uns beabsichtigte sicherheitstechnische Nachrüstung der Kernkraftwerke Gegenstand von Verhandlungen mit den Franzosen sein werde. Diese Verhandlungen setzte übrigens Wallmann in Paris durch.

Die Franzosen haben eine andere Sicherheitsphilosophie als wir; sie reagieren empfindlich, wenn man sie zwingen will, glauben sie doch stets ihre Souveränität berührt. Realpolitik bedeutet, den französischen Standard auf die deutsche Norm anzuheben, was nicht mit der Brechstange, sondern nur mit sensibler Diplomatie zu erreichen ist.

Auf diesen Weg hat sich Wallmann begeben. Indes wäre er gut beraten, sich hier markanter zu Wort zu melden. Die Politik, aber auch die Betreiber, dürfen den gefährlichen Vereinfachern nicht das Feld überlassen.

Kamerun: 2000 Tote bei Giftgas-Katastrophe?

Bergungstrupps fehlt es an Ausrüstung / Hilfe aus Israel

DW. Jaunde

Möglicherweise rund 2000 Menschen sind durch den Austritt giftiger Gase in einem Vulkangebiet im Nordwesten Kameruns am Wochenende ums Leben gekommen. Der kamerunische Informationsminister Georges Ngango stützte sich bei seinen Angaben von gestern auf erste Schätzungen des Krisenstabes. Andere Regierungsstellen blieben jedoch bei ihren ersten Angaben von nur 40 Toten. Das Gebiet in der Nähe des Nios-Sees (etwa 400 Kilometer nordwestlich der Hauptstadt Jaunde) wurde zur Notstandszone erklärt und die Evakuierung gefährdeter Dörfer angeordnet. Es hieß, der Vulkan sei noch nicht zur Ruhe gekommen.

Hilfskräfte konnten allerdings bis gestern abend noch nicht in das Katastrophengebiet vordringen, weil es ihnen an der notwendigen Ausrüstung zum eigenen Schutz fehlt und der Boden in den Bergen vom Regen aufgeweicht ist. Internationale Rettungsmannschaften treffen Vorbereitungen für einen Einsatz in Kamerun.

Das hochgiftige Gas war nach einer Explosion ausgetreten. Experten meinen, es könne sich um eine Art Schwefeldioxid oder Kohlendioxid handeln. Der kamerunische Rundfunk meldete, die Opfer seien sofort tot gewesen. In der Umgebung des Nios-Sees liegen eine Reihe von Dörfern, in denen jeweils mehrere hundert Menschen leben.

Bereits vor vier Jahren waren in demselben Gebiet bei einer ähnlichen Katastrophe 50 Menschen ums Leben gekommen.

Trotz der Naturkatastrophe ist Israels Ministerpräsident Shimon Peres gestern nach Kamerun gereist und wurde dort mit Tanzgruppen und von Tausenden jubelnder Menschen empfangen. Peres wurde von 17 Ärzten und Krankenpflegern begleitet, die den Betroffenen der Gaskatastrophe helfen sollen.

Der zweitägige Besuch gilt der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen. Kamerun hatte 1973 nach dem Yom-Kippur-Krieg die Beziehung zu Israel abgebrochen. Kamerun ist nach Zaire, Liberia und der Elfenbeinküste das vierte afrikanische Land, das seine Beziehungen zu Israel wiederherstellt.

Seite 10: Die tödliche Wolke

Mitterrand heute „privat" bei Kohl

rmc. Bonn

Zu einem von deutscher Seite als privat deklariertem Besuch kommt heute der französische Staatspräsident Mitterrand ins Rhein-Main-Gebiet, um mit Bundeskanzler Kohl zu sprechen. Regierungssprecher Ost erklärte, es gebe für das Gespräch weder eine Tagesordnung, noch eine Themenliste. Beide Politiker wollen dennoch gleich nach ihren Gesprächen Journalisten über den Inhalt unterrichten. Für den 9. September ist eine Begegnung des Kanzlers mit Premierminister Chirac vorgesehen.

Preisrückgang setzt sich fort

dpa/VWD, Düsseldorf

Die Kosten der Lebenshaltung fallen weiter: Im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen sanken die Preise von Mitte Juli bis Mitte August noch einmal leicht um 0,2 Prozent. Sie waren damit nach Berechnungen des Düsseldorfer Landesamts für Statistik um 0,7 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Ohne den drastischen Rückgang der Heizölpreise um 53,3 Prozent und der Benzinpreise um 30,1 Prozent ergibt sich im Jahresvergleich allerdings eine Steigerung um 1,2 Prozent.

Deutsche Bischöfe in Polen klammern kein Thema aus

Bei Pilgerfahrt Gespräche über Hilfe für die Bauern?

fac. Bonn

Die Reise einer Delegation einer deutschen Bischofskonferenz nach Polen wird zwar offiziell als „Pilgerfahrt" bezeichnet, dürfte aber durchaus auch politischen Charakter haben. „Es wird kein Thema ausgeklammert", bestätigte ein Sprecher der Konferenz in Bonn. Die Tatsache, daß der Leiter des Europäischen Hilfsfonds in Wien, Prälat Wilhelm Reitzer, zu der Abordnung gehört, gilt bei Beobachtern als Indiz dafür, daß möglicherweise auch über das seit mehreren Jahren diskutierte Hilfsprogramm für die private polnische Landwirtschaft gesprochen werden wird. Die Verwirklichung des von westeuropäischen Bischöfen initiierten Projekts scheiterte bislang an unzumutbaren Bedingungen, die Warschau gestellt hat.

Offizieller Anlaß der Polenreise von 13 Mitgliedern der Deutschen Bischofskonferenz unter Leitung des Vorsitzenden, Kardinal Joseph Höffner, ist die Teilnahme an den traditionellen Feiern im Marienwallfahrtsort Tschenstochau. „Pastorale Anliegen" werden von beiden Seiten als Zweck der Visite, die bis morgen dauert, angegeben. Höffner versicherte, die Bischöfe wollten vor allem um die „immer tiefere Versöhnung" zwischen dem polnischen und dem deutschen Volk und für eine Erneuerung Europas aus dem Geist des Evangeliums bitten. Ein interessantes Faktum ist, daß auch der Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz für die Seelsorge unter den Heimatvertriebenen, Weihbischof Gerhard Pieschl aus Limburg, und der Apostolische Visitator der Freien Prälatur Schneidemühl, Prälat Wolfgang Klemp, der Delegation angehören. In Polen gibt es nach wie vor starke Vorbehalte gegen eine eigenständige seelsorgerische Betreuung der aus den deutschen Ostprovinzen vertriebenen Katholiken. Papst Paul VI. hatte 1972 polnische Oberhirten in den früheren deutschen Bistümern eingesetzt. Damals wurden aus den im Westen lebenden Kapitularvikaren dieser Diözesen Apostolische Visitatoren. Sie haben nicht mehr Sitz und Stimme in der Deutschen Bischofskonferenz.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Selbstverleugnung

Von Herbert Kremp

Die Reden Brandts und Vogels zur Eröffnung des Parteitags in Nürnberg markieren sehr deutlich die Richtung, die der Sozialdemokratischen Partei für fünf Wahlkampf-Monate vorgegeben wird. Sie lautet: Johannes Rau. Alles steht auf zwei Augen, alles liegt in zwei Händen. In der Opposition hatte die SPD früher stets auf Programm und Vision gesetzt, nie ausschließlich auf eine Person. Als Ollenhauer kandidierte, selbst als Brandt von Berlin aus antrat, stand die Partei im Vordergrund, wie die Tradition es gebietet. Das ist jetzt anders. Johannes Rau wandelt über das Drahtseil, und niemand soll ihn dabei durch „Zwischenrufe" stören.

Brandt rief die Gefolgschaft zur Disziplin auf. Man dürfe, das war der Sinn seiner Rede, den Kandidaten nicht durch eine kontroverse Programm-Diskussion in Schwierigkeiten bringen. Die Partei habe in Bonn keinen Koalitionspartner, sie müsse deshalb auf allen Seiten nach Stimm-Gruppen suchen, die zusammengezählt eine Mehrheit ergeben könnten.

Das Resultat ist eine SPD des niedrigen Profils und der Selbstverleugnung. Hatte derselbe Brandt, der nun das Heil bei der „fortschrittlichen Mitte" sucht, nicht jahrelang, schon zu Schmidts Zeiten, die Mehrheit „links von der Union" geortet, die eigene Partei in diese Richtung gedrängt und dabei den Konsens mit besonnenen Genossen riskiert? Warum und wofür wurde Schmidt geopfert?

Nun fordert er von seiner nach links gedrifteten Partei, daß sie sich verleugne, daß sie sich hinter der Raison des Wahlziels verstecke. Selbstlos alle Reden von gestern vergessend, soll sie Johannes Rau bewundern, der ausgesandt wurde, das, was links fehlt, rechts zu holen. Der Charakter-Slalom, den Brandt empfiehlt, trägt zur Glaubwürdigkeit gewiß nicht bei. Der Anpassung, die hier nicht in der Sache, sondern nur in einer Person auf Probe vollzogen wird, fehlt das Wehnersche Format. Nur in den Formen grober Polemik gegen die regierende Bonner Koalition darf die SPD in den nächsten Monaten sagen, was sie wirklich denkt und am liebsten tun würde.

Bonaparte meldet sich

Von Carl Gustaf Ströhm

Seit Lenins Tagen lebt die Sowjetführung in der Furcht vor einem „Bonapartismus" der Armeeführung. Gorbatschow ist nicht der erste Kreml-Herr, der seine Schwierigkeiten mit den Militärs hat. Bereits Chruschtschows Politik scheiterte nicht zuletzt am Widerstand von Marschällen. Stalin suchte der Gefahr zu entgehen, indem er die Armeeführer entweder umbrachte, wie etwa den Marschall Tuchatschewskij, oder sie absetzte, wie den legendären Marschall Schukow.

Nun hat sich der Generalstabschef Marschall Achromejew in einer Pressekonferenz zu einem Thema geäußert, das eigentlich in die Kompetenz des Generalsekretärs und der politischen Spitze gehört: nämlich zur Frage, ob es richtig war, daß Gorbatschow das sowjetische Atomtest-Moratorium bis Anfang kommenden Jahres einseitig verlängerte, ohne dafür von den Amerikanern eine Gegenleistung zu erhalten.

Marschall Achromejew meinte dazu, die politischen Vorteile eines solchen Entschlusses seien größer als die zweifellos vorhandenen militärischen Nachteile. Was aber auf den ersten Blick als eine Billigung des Gorbatschow-Kurses aussieht, kann sich für den Parteichef in einen Fallstrick verwandeln. Wenn nämlich, so ließe sich Achromejew interpretieren, die erwarteten politischen Vorteile ausbleiben sollten, dann würden die Voraussetzungen für die Gorbatschow-Außenpolitik entfallen. Der Generalsekretär findet also bei den Militärs allenfalls bedingte Zustimmung.

Auffallend ist auch, daß Achromejew zu einem Zeitpunkt an die Öffentlichkeit tritt, da Gorbatschow – wie es so schön in der „Prawda" heißt – in den Urlaub abgereist ist. Das mag ein Zufall sein oder auch mehr. Zugleich fällt auf, daß die sowjetische Armee auch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl dazu benutzt hat, um sich in Szene zu setzen.

In einem sowjetischen Fernsehfilm über die Bekämpfung des Reaktorbrandes werden rollende Panzer, im Tiefflug dahindonnernde Hubschrauber und fast nur Offiziere und Soldaten im Einsatz in Tschernobyl gezeigt – so, als wolle man der sowjetischen Bevölkerung klarmachen, daß sie sich nur noch auf die Streitkräfte verlassen kann.

Wieder auf der Schaukel?

Von Peter M. Ranke

Immer dann, wenn Kairo Wirtschafts- und Finanzhilfe vom Westen und besonders aus den USA erwartet, melden sich die Sowjets. Diesmal ist es der Vizeaußenminister Petrowskij, der in Kairo unter anderem auch alte Schulden angemahnt hat und indirekt von westlichen Zuwendungen profitieren will. Ägypten hat aus der Zeit des Krieges von 1973 noch drei bis vier Milliarden Dollar für Sowjetwaffen abzuzahlen und erledigt das mit Warenlieferungen zu überhöhten Wechselkursen.

Noch mehr ärgert sich Moskau aber darüber, daß sein unbezahltes Kriegsmaterial von den Ägyptern im Golfkrieg an Irak gegen gute Öl-Dollar verhökert wird. Um die Sowjets zu beruhigen, mußten wieder einmal die Amerikaner und Israelis herhalten. Marine-Manöver zwischen der 6. Flotte und ägyptischen Kriegsschiffen wurden in Kairo taktvoll verschwiegen, und nur widerwillig nähert sich die ägyptische Führung dem unvermeidlichen Gipfeltreffen mit dem israelischen Regierungschef Peres, auf dem die Amerikaner bestehen.

Nun hat aber Präsidentenberater Usama El-Baz, der Ägyptens Außenpolitik weitgehend bestimmt, neue Forderungen gestellt und den Sowjets dermaßen geschmeichelt, daß man schon von einer Rückkehr zur Schaukel-Politik sprechen muß. Für eine „Normalisierung" der Beziehungen mit Israel verlangte er nicht nur den Abschluß des Taba-Schlichtungsabkommens, sondern auch, daß Israel die „Selbstbestimmung" der Palästinenser und eine jordanisch-palästinensische Föderation anerkennt. Von einem Botschafter-Austausch sagte er nichts. Peres weiß also, was ihn in einem eventuellen Gespräch mit Mubarak (und El-Baz) erwartet.

Dagegen können sich die Sowjets Hoffnungen machen. Usama El-Baz stellte fest, es läge im Interesse der Araber, daß die Sowjets an künftigen Nahostverhandlungen teilnehmen. „Denn Moskau vertritt den arabischen Standpunkt und die arabischen Gebietsansprüche bedeutend besser als Amerika."

Es geht also um Positionen und Ansprüche, nicht um Friedensverhandlungen bei diesem Präsidentenberater, der schon in Camp David politische Krähenfüße streute. US-Außenminister Shultz kommt Anfang September nach Kairo. Von ihm wird erwartet, daß er einige hundert Millionen Dollar mitbringt. Er sollte sich genau erkundigen, wofür er sie bringt.



Sein Schnittmuster KLAUS BÖHLE

Mit großer Freude angezeigt

Von Eberhard Nitschke

Die Wirklichkeit ist zwangsläufig schneller als die Statistik: Während im gerade eben in Bonn vorgestellten Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1986 noch darauf hingewiesen wird, daß die Zahl der Deutschen in diesem Land sich Ende 1985 um 30 000 gegenüber dem Vorjahr verminderte, konnte Familienministerin Rita Süssmuth kurz zuvor das freudige Ereignis anzeigen, daß sich im ersten Halbjahr 1986 die Zahl der Geburten um 5,2 Prozent steigerte.

Diese wichtigste Nachricht ging freilich in dem, was die Ministerin bei der Präsentation einer umfangreichen Dokumentation unter dem Titel „Positionen zur Familien- und Sozialpolitik" sagte, fast unter. Erst als sie in ihrer Einführung zu dieser Leistungsbilanz, die sich sehen lassen kann, vor der Presse zum Punkt Erziehungsgeldgesetz kam, wurde das süße Geheimnis gelüftet: Es zeige sich, so Frau Süssmuth, aus ersten Erhebungen, „daß offenbar mehr Familien ihre Kinderwünsche verwirklichen", denn man habe da eine auffallende Zunahme; „in den vergangenen Jahren haben wir durchgängig Geburtenabnahme gehabt".

Nun wurde da schon dringend nach Zahlen gefragt, und die Ministerin meinte, diese 5,2 Prozent, das seien 288 000 Säuglinge gewesen. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung fügte im Protokoll eine „Anmerkung" ein: „Gemeint ist folgendes: 288 000 waren es im ersten Halbjahr 1985. Im ersten Halbjahr 1986 waren es 304 000."

In einer Zeit, in der sämtliche Bonner Ministerien sich beeilen, Leistungsbilanzen vorzulegen, in denen man, eine wichtige Bundestagswahl vor Augen, nach bester Möglichkeit jedem Vereinchen einen Bonbon hinhält in Form von Errungenschaften, die man vielleicht gerade für seine Mitglieder hervorgebracht hat, ist das nun wirklich eine Nachricht. Es wäre sogar die Möglichkeit gegeben, daß man die enormen Anstrengungen dieser Bundesregierung als Motor für das Phänomen nennt. Doch wie der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Egon Hölder, der sich am Montag noch außerstande sah, die Ursachen für das neue Leben in den Wiegen zu benennen, hielt sich auch Frau Ministerin Süssmuth in diesem Punkt zurück: „Es scheint, daß mehr Familien ihre Kinderwünsche verwirklichen. Eine eindeutige Korrelation kann ich hier auf keinen Fall vornehmen, denn es liegt keine Untersuchung vor. Der Tatbestand ist erst einmal die Zunahme."

Das nennt man Understatement. Es wird vielerorts hochgeschätzt und ist eine Position, die im wissenschaftlichen Raum sicher als vorbildlich gilt. Verläßt man diese Zone, dann zeigt sich im Vergleich der Monate Juni 1985 und 1986, daß die Baby-Zahlen um 13 Prozent zunahmen. Im Einzelhandel spricht man bei solchem Aufschwung von einem Boom. In der Statistik wird nur notiert, daß geburtenstarke Jahrgänge in das Alter gekommen sind, in dem man sich Vater- und Mutterfreuden wünscht. Zwar sind auch Ausländerkinder dabei, wie in jeder Statistik bisher, aber deren Geburtenüberschuß ist im Trend rückgängig.

Die „Dokumentation" des Familienministeriums belegt, daß das Sozialbudget von 1982 bis 1986 nicht, wie außerhalb der Koalition gern behauptet wird, zurückging: es stieg vielmehr in diesem Zeitraum von 524 auf 603 Milliarden Mark. Bei der Familienpolitik wurde 1986 eine Leistungsverbesserung um 7,9 Milliarden Mark durchgeführt, bis 1988 werden es zehn Milliarden sein. Auf einem Schaubild stellt sich das so dar, daß es 1982, vor dem Regierungswechsel, noch Minderleistungen, Abzüge also, von fast zwei Milliarden Mark gab, daß 1985 mit der allmählichen Konsolidierung der Finanzen ein erstes Plus von 320 Millionen für Familien sichtbar wurde, das ständig steigende Tendenz hat.



„Im ersten Halbjahr waren es 304 000": Nachwuchs in Deutschland FOTO: GROHE

Vor solchem Hintergrund gewinnt der Satz in der „Dokumentation" seine Wirkung, in dem es heißt: „Die Bundesregierung hat mit ihrem neuen Ansatz in der Familienpolitik Abschied genommen von der Vorstellung, Familienpolitik als sozialpolitische Wohltat des Staates gegenüber den Familien zu definieren ... Für uns ist die Familie eine Solidargemeinschaft, die von Staat und Gesellschaft solidarisch anerkannt und unterstützt werden muß."

Dabei scheint nun, und es ist natürlich vor einem Beweisantritt nur eine Vermutung, ein Klima entstanden zu sein, das Kindern hochbekömmlich ist. Im Südwesten wurde darauf hingewiesen, daß die Zahl der Abtreibungen seit einigen Jahren schon und jetzt besonders auffällig zurückgeht. Könnte man sich vorstellen, daß dies auch mit Bundesmaßnahmen zu tun hat, jungen Müttern das Leben einfacher zu machen, und sei es auch durch Installation zum Beispiel einer – einst so umstrittenen – Stiftung „Mutter und Kind"? Oder könnte es gar damit zusammenhängen, daß über spezielle Sozialmaßnahmen hinaus diese Regierung allgemein ein Klima des Optimismus entstehen ließ, das die Menschen ermutigt, wieder Kinder zu haben?

1980 wurde die niedrigste Geburtenrate der Welt, die in der Bundesrepublik Deutschland, mit 9,4 Geburten auf tausend Einwohner beziffert. 1983, als der damalige Familienminister Heiner Geißler absolute Priorität für die Familienpolitik forderte, wurde die Öffentlichkeit durch den Blick in die Zukunft beunruhigt, daß um das Jahr 2000 eine Situation entstehen könne, daß nicht wie heute hundert Aktive für 40 Rentner sorgen, sondern daß sich dieses Verhältnis zum 100 zu 100 ändert.

Niemand kann behaupten, daß solche Visionen jetzt für mehr Leben im Kinderzimmer sorgen. Es wäre gut, wenn das Familienministerium bald ein Umfrageergebnis vorlegen könnte, das die wahren Motive aufzeigt – vielleicht sogar rechtzeitig vor der Wahl.

IM GESPRÄCH Forrest McCartney

General für die Nasa

Von Fritz Wirth

Die amerikanische Weltraumbehörde Nasa hat viele Triumphe erlebt, doch nichts hat so viele Spuren und so viel Wirkung hinterlassen wie ihre Katastrophe: der Absturz der „Challenger"-Fähre und ihrer sieben Astronauten. Sieben Monate danach sind die Männer, die die Tragödie zu verantworten haben, teils freiwillig, teils zwangsweise verschwunden.

Die Männer der neuen Nasa-Ära verkörpern nicht nur neue Hoffnung, sie verkörpern ein neues Programm, und keine der Personaländerungen der letzten Monate bei der Nasa tut dies deutlicher als die Ernennung von Forrest McCartney zum neuen Chef des Kennedy-Weltraumzentrums in Cape Canaveral. Denn McCartney ist Generalleutnant bei der amerikanischen Luftwaffe. Damit sind die Tage des privaten und kommerziellen Satellitengeschäfts und der kühl berechneten Publicitystunts, mit denen man Lehrer, Journalisten und Politiker ins All zu schießen hoffte, vorbei. Die Militärs geben den Ton an, denn das Militär wird jetzt der Hauptkunde der Nasa sein.

Forrest McCartney, 55 Jahre alt, war bisher der Kommandeur der Weltraumdivision der amerikanischen Luftwaffe. Er ist Nuklearwissenschaftler und hochqualifizierter Elektroingenieur. Als neuer Direktor des Raumfahrtzentrums in Cape Canaveral überwacht er den Neubeginn der amerikanischen Raumfahrt-Ära und den Start der ersten Raumfähren seit der „Challenger"-Katastrophe, der für das Jahr 1988 geplant ist. Nachdem die Luftwaffe ihr eigenes Raumfahrtzentrum in Vandenberg, Kalifornien, für Raumfahrtflüge bis zum Jahr 1992 stillgelegt hat, ist die Bedeutung des Kennedy-Zentrums in Florida noch weiter gestiegen. Ihr neuer Direktor McCartney ist damit zusammen mit dem neuen Nasa-Chef James Fletcher eine der Schlüsselfiguren des Neubeginns bei der Nasa.

Nüchterner Neubeginn am Cape Canaveral: McCartney FOTO: DPA

Neben allen technischen und organisatorischen Aufgaben liegen bedeutende psychologische Probleme vor McCartney. Er muß die Moral seiner 14 500 Mitarbeiter in Cape Canaveral wieder aufmöbeln. Sie hat nicht nur unter der „Challenger"-Katastrophe gelitten, sondern unter einem ständigen Personalabbau, der zu erheblicher Unsicherheit führte. Immerhin waren auf dem Höhepunkt dieser Behörde im Jahr 1968, kurz vor der Mondlandung, über 26 000 Menschen in Cape Canaveral beschäftigt gewesen.

Forrest McCartney, der für die Luftwaffe zeitweise auch das MX-Raketenprogramm überwachte, sind diese Probleme nicht fremd. Als Kommandeur der Weltraumdivision der Luftwaffe war er in unmittelbarer Nähe von Cape Canaveral stationiert. Die Leute, die bisher mit ihm zusammenarbeiteten, nennen ihn „einen Mann der Ordnung und der kreativen Phantasie". An beiden Dingen mangelte es in den letzten Jahren bei der Nasa. Sie machen ihn deshalb in Cape Canaveral zum Mann der Stunde.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Rundschau

Sie schreibt zur Weltraumpolitik:

Wenn der Direktor für Raumfahrt an der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften sich plötzlich ebenso gelassen wie skeptisch über das amerikanische SDI-Sternenkrieg-Projekt äußert, dann lohnt es sich schon, genauer hinzuhören ... Sollten die Sowjets zu der Überzeugung kommen, daß man sich vor der SDI-Waffenforschung gar nicht so sehr ängstigen muß, weil die Sache mit dem Schutzschirm im Weltall ohnehin nicht funktionieren kann, dann würde bald das einzige Argument entfallen, mit dem auch manche Skeptiker im Westen das SDI-Projekt bisher noch für sinnvoll hielten: daß es nämlich ein Faustpfand ist, mit dem man der Sowjetunion große Zugeständnisse abhandeln kann.

SÜDKURIER

Die Konstanzer Zeitung bemerkt zur Asyl-Debatte:

Kern der Sache muß es doch sein, klare Unterscheidungskriterien zu finden zwischen politisch Verfolgten und jenen, die sich in der Bundesrepublik einen goldenen Boden erhoffen. Die Vorarbeit muß in den deutschen Botschaften in aller Welt beginnen, und sie sollte mit klar abgegrenzten Kompetenzen und Richtlinien sowie der Befreiung von bürokratischem Balast bei Asylverfahren enden. Mit der bislang geübten Praxis der sperrangelweit offenstehenden Tür jedenfalls ist für die Zukunft niemandem gedient.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie meint zu Biedenkopfs Grundrente-Idee:

Sicherlich werden in den diffizilen Überlegungen, die Renten den veränderten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Daten anzupassen, seine Gedankengänge Eingang finden. Der vermeintliche CDU-Vordenker täuscht sich jedoch fundamental, wenn er sich im Einklang mit Parteichef Kohl, Arbeitsminister Blüm oder gar der CSU wähnt. Wenn die Union nicht essentielle Grundsätze auch zur Renten- und Sozialversicherungspolitik über Bord fegen will, kann sie Biedenkopf hier nur zurückweisen.

Offenburger Tageblatt

Es schreibt zur Kernkraft:

Wir könnten auch überstürzt aussteigen, was immer wieder gefordert wird. Wir könnten dabei unseren Rang als erstrangige Industrienation verlieren, aber weder Cattenom, noch die Schweizer Hochrheinwerke und schon gar nicht jene, gegen deren Emissionen der Eiserne Vorhang gar nicht eisern ist – wie Tschernobyl illustrierte –, würden dadurch auch katastrophentauglich und schon gar nicht abgeschaltet.

Les Echos

Die Pariser Zeitung kommentiert zum illegalen Kauf von zwei Airbus-Flugzeugen durch Libyen:

Trotz der offenen oder angeblichen Unvorsichtigkeit der Briten darf jedoch nicht vergessen werden, daß es schon früher viele Fälle gegeben hat, in die westliche Firmen, einschließlich französische, verwickelt waren.

TODAY

Die Londoner Zeitung meint vor dem britischen Gewerkschaftstag:

Einfluß und Macht der Gewerkschaften sind im Schwinden, nicht nur wegen der Gesetze, die von den Konservativen durchgesetzt wurden, sondern auch, weil Gewerkschaftspolitik im alten Stil nicht mehr relevant ist und ökonomische Fortschritte des Landes zerstören kann.

Sanktionen als Weg zur Sanierung der Frontstaaten

Nicht einmal die Schwarzen sind sich über Sanktionen einig / Von Monika Germani

Die afrikanischen „Frontstaaten" Angola, Moçambique, Tansania, Sambia und Zimbabwe suchen Südafrika zum Sündenbock der eigenen Misere zu machen, während andere Fronstaaten, nämlich Botswana, Lesotho und Swaziland – denen es wirtschaftlich relativ gut geht –, sich erbittert gegen Sanktionen wehren. So erlebt die erstaunte Welt das Schauspiel, daß nicht einmal die Schwarzen sich über den Nutzen von Sanktionen einig sind.

Zimbabwe, erst seit sechs Jahren unabhängig, verfügt noch über eine leidlich funktionierende Infrastruktur; es gibt dort weiße Geschäftsleute und Farmer, die die Wirtschaft am Leben erhalten. Aber die von Premier Mugabe betriebene Einführung des Einparteienstaates stößt auf den Widerstand der Matabele, die immerhin zwanzig Prozent der Bevölkerung ausmachen und ihre Vertretung in der Zipra des einstigen Mugabe-Mitstreiters Joshua Nkomo sehen. Die bürgerkriegsähnlichen Zustände belasten die Wirtschaft des Landes schwer, und wenn es eine Blockade gegen Südafrika (und seitens Südafrikas) herbeiführt, hätte es große Versorgungsschwierigkeiten. Bis auf die (immer wieder von den moçambiquanischen Rebellen der Renamo unterbrochenen) Eisenbahnlinie und Pipeline nach Beira ist es bei Ex- und Import von Südafrika abhängig.

Sambia, der zweite Vertreter von Sanktionsforderungen, befindet sich seit Jahren in einer Wirtschaftsmisere ohnegleichen. Der Preis des Hauptdevisenbringers Kupfer ist ins Bodenlose gefallen, das Land ist praktisch bankrott. Gescheitert sind auch alle Versuche, das Land wieder als Exporteur landwirtschaftlicher Güter aufzubauen. Sambia kann seine eigene Bevölkerung kaum ernähren.

Präsident Kaundas Politik ist labil, seine Gesundheit auch; die letzten Verhaftungen von Touristen als „Spione" (mit teilweise schlimmen Mißhandlungen dieser unglücklichen Menschen) lassen vermuten, daß seine Politik in verstärktem Maß den Boden der Rationalität verläßt. In den letzten Jahren hat er so oft seinen Standpunkt und seine Loyalitäten gewechselt, daß selbst Kenner seinen Wandlungen kaum mehr folgen können. Sein letzter Einfall ist die Gewährung von Militärbasen an die kommunistische Regierung Angolas, damit diese den Freiheitskämpfern der Unita unter Dr. Jonas Savimbi in den Rücken fallen kann – mit Savimbi verbanden ihn vor kurzem noch freundschaftliche Beziehungen.

Angola selbst ist durch den Verfall des Ölpreises in Schwierigkeiten geraten. Potentiell ist es eines der reichsten Länder Afrikas, sowohl an Bodenschätzen wie von seinen landwirtschaftlichen Kapazitäten her. Sozialistische Mißwirtschaft, der anhaltende Bürgerkrieg, die Kosten für kubanische und sowjetische Truppen und die Rüstung lassen auch hier keine Erfolge zustandekommen. Präsident Dos Santos signalisiert Verhandlungsbereitschaft mit den USA, seit sich die Position Savimbis durch die US-Waffenlieferungen entscheidend verbessert hat.

Auch für Tansania ist kein Ausweg aus seinem Dilemma zu ersehen. Die Tasara-Eisenbahn, gerade zehn Jahre alt, hat ihre Aufgabe, Zimbabwe und Sambia vor allem von den Transportwegen Südafrikas unabhängig zu machen, nicht erfüllen können. Statt der erhofften 2,5 Millionen Tonnen Fracht wurden mit Mühe und vielen Verspätungen im letzten Jahr 1,2 Millionen Tonnen transportiert.

In Moçambique steht der vielgepriesene Nkomati-Vertrag vor dem Zusammenbruch. Hartnäckig halten sich die immer wieder dementierten Gerüchte erneuter militärischer Unterstützungen Südafrikas an die Renamo-Rebellen. Maputo selbst macht kaum ein Hehl daraus, daß der ANC wie eh und je seine Terroristen von Moçambique aus über die Grenze schickt. Die kürzlichen Minenexplosionen im Grenzgebiet des Ost-Transvaal sind beredtes Beispiel dafür.

Die Grenzstaaten machen Südafrika wegen seiner militärischen Schläge gegen ANC-Basen für ihre Wirtschaftsmisere verantwortlich. Zehn Milliarden Dollar Destabilisierungskosten soll Südafrika von 1980 bis 1984 in diesen Ländern verursacht haben, behauptet ein Bericht der SADCC (Southern African Development Coordination Conference), die ihre Mitgliedsländer von Südafrika wirtschaftlich unabhängig zu machen sucht.

Damit zeichnet sich die Sanktions-Politik dieser Länder (und die Tagesordnung für das von ihnen angestrebte Treffen mit Präsident Reagan) ab: Erst die westlichen Länder in Sanktionen treiben und dann Hilfe für sich als die Opfer der Gegen-Sanktionen Südafrikas verlangen. Wie hoch diese Kosten sein könnten, wird durch das Stichwort „Luftbrücke" verdeutlicht. Praktisch würde den westlichen Ländern die Sanierung der von diesen Regierungen ruinierten Länder auferlegt. Da würde nicht viel an Entwicklungshilfe für den Rest der Welt übrigbleiben.

„Wir wollen frei sein, wie es unsere Alten waren"

Aschendorf, das waren *1200* Jahre Geschichte, und das war eine gesunde und blühende Gemeinde. Doch plötzlich, so wollten es die Gebietsreformer, hieß man Papenburg 2, und die Stadt verödete. Die Emsländer rebellierten, und zwar – so sieht es *aus* – *mit Erfolg*.

Von MICHAEL JACH

Millionenfach verbreitete Auto-Atlanten *stufen die vormalige* Kreisstadt typographisch nicht anders ein als eine nachrangige Kleinstortschaft. Der Besucher hat Mühe, den Namen Aschendorf an der emsländischen Bundesstraße 70 *zwischen* Meppen und Leer überhaupt zu entdecken.

Die kartographische Herabsetzung, so ein Aschendorfer, dokumentiert den Zustand „kommunaler Freiheitsberaubung", der die 9000 Einwohner des ehemaligen Stadtgebietes Aschendorf/Ems seit bald 15 Jahren empört.

Empörung über die niedersächsische Gebietsreform, die dem 1200jährigen Gemeinwesen am 1. Januar 1973 nicht nur die Selbständigkeit nahm, sondern – genauso ärgerlich – auch den historischen Namen: Für den Amtsgebrauch hieß Aschendorf fortan „Papenburg 2". Und das, wo doch *die Moorkolonisten-Stadt* Papenburg sich mit ihren 350 Jahren an Aschendorfs Geschichte gar nicht messen kann. *1977* kam es *dann noch* schlimmer, als der Verlust des Kreissitzes hinzukam, als der alte Landkreis Aschendorf-Hümmling mit Meppen und Lingen im Großkreis Emsland aufging.

Doch klein beigeben, das war noch nie Sache der Emsländer: Auf dem Aschendorfer Marktplatz steht seit drei Jahren ein respektabler Findling vom nahen eiszeitlichen Grundmoränen-Geestrücken des Hümmlings, umwunden mit einer zentnerschweren alten Anker-Kette. Sinnbild der „von der Bevölkerung so empfundenen beispiellosen Willkür", wie der Text einer zugehörigen Mahnmalstafel beteuert, die allerdings noch beim *Kunstschmied in Arbeit ist.*

Ob die Tafel noch gebraucht wird, ist fraglich geworden, denn seit der niedersächsischen Landtagswahl im Juni scheint der Tag nicht mehr fern, von dem die hart geprüften Aschendorfer sich Genugtuung erhoffen. Hat doch die zur Regierungsmehrheit notwendige FDP der CDU ins Koali*tionsstammbuch geschrieben, daß* einige immer noch strittige Erbschaften der Gebietsreformen nunmehr zu regulieren seien.

Was *jedenfalls im Falle* von „Papenburg 2" nur heißen könne: im Sinne einer wieder selbständigen Stadt Aschendorf, versichern selbstbewußt die Rebellen der – inzwischen großteils in der örtlichen FDP aufgegangenen – „Aschendorfer Interessen-Gemeinschaft" (AIG). Ihr Selbstbewußtsein ist berechtigt, denn immer*hin haben sie der kommunalpolitisch* dominanten CDU zumindest im „fremdherrschaftlichen" Papenburg mit bis zu 60 Prozent für die FDP nachhaltig das Fürchten gelehrt.

Womit die Aschendorfer übrigens ihren immer schon aufmüpfigen Vorfahren alle Ehre machten. Schon zu Kaiser Augustus' Zeiten mochte an der Unter-Ems der Germanenstamm der Amsivarier sich die Kriegszüge der Römer nicht bieten lassen und rumorte so lange, bis der unglückselige Varus just diese Emsländer zum Anlaß jenes Feldzuges *nahm*, der im Teutoburger Wald für ihn ein schlimmes Ende fand. Auch im Mittelalter saßen den Aschendorfer Bauern die Forken und Sensen locker, wenn es galt, den fürstbischöflichen Gutsherren in Münster oder den ostfriesischen Nachbarn Mores zu lehren.

Daß der Aufstand mehr ist als Geschichtsstolz, erläutert Grundschullehrer Hans-Josef Springub, FDP-Fraktionssprecher im Ortsrat, vordem Vorstandsmitglied der 1981 entstandenen AIG: Noch um 1970 habe *Aschendorf mit einigen damaligen* Eingemeindungen als „leitbildgerechte Gemeinde" gegolten, die den *eingegliederten Ortschaften* beispielhaft so wesentliche Eigenständigkeiten wie Bürgermeisterei und Etatrecht belassen habe. 1972 habe das niemanden mehr interessiert, als der Aschendorfer Stadtrat im neuen Stadtverband Papenburg als „Ortsrat degradiert wurde zum bloßen Anhörungsorgan".

Die Ärgernisse seien *zwangsläufig*, „angefangen bei peinlichen Kleinigkeiten". Da habe zum Beispiel Aschendorfs Ortsbürgermeister Michael Goldmann 1984 keine Etatmittel für einen Kranz für den verstorbenen Ortspfarrer bekommen können. Da dürfe der Ortsrat Aschendorf haushaltsrechtlich nicht mehr ausgeben als 5000 Mark jährlich „für Kultur und Vereinswesen", also für Kleintierzüchter und Schützengilde. Da flössen seit 1972 die Landesbeihilfen zur Infrastruktur ausschließlich ins „allerdings sehr *nachholbedürftige*" Papenburg.

Seit mehr als einem Jahrzehnt, klagt Springub, habe sich in Aschen*dorf* kein *einziger* neuer Gewerbebetrieb niedergelassen. Für die grünen Wiesen zwischen den Nachbarstädten würden Bebauungspläne erstellt, *„damit Groß-Papenburg zusammen*wächst", während erschlossene Flächen in Aschendorf nutzlos brachlägen. Da wolle Papenburg darüber befinden, wo auf Aschendorfer Gemarkung ein Zubringer zur geplanten Emslandautobahn (A 31) zu verlaufen habe; aber Aschendorf wolle keine Trasse durch dicht bebautes Gebiet.

Derart, zürnt Springub, werde mit einem Gemeinwesen umgesprungen, das seit 1952, als ihm die Stadtrechte verliehen wurden, einen steilen Aufstieg von der zweitärmsten Stadt Niedersachsens zum Entwicklungs- und Sanierungs-„Modellfall für Europa" (kein Selbstlob) genommen habe.

Sein Wirtschaftsglück machte Aschendorf vor allem mit einer damals gegründeten, heute als europäischer Marktführer geltenden Gardinenfabrik. Deren Markenzeichen „mit der Goldkante" mochten die Einheimischen gern auf sich selbst gemünzt wissen, wenn sie den schmucken Wiederaufbau ihrer im Krieg arg zerstörten Stadt betrachteten.

Der stolzen Gemeinde wurde nun mit dem doppelten Substanzentzug der Selbständigkeit und des aus dem preußischen Jahr 1885 datierten Kreissitzes der Niedergang aufdiktiert: abgezogene Ämter und Behörden, leerstehende Ladenlokale, mancherlei zuvor ungekannte Vernachlässigung im Stadtbild.

„Aber abgefunden hatte sich damit keiner", weiß Hans-Wilhelm Zöller, in dessen Verlag die „Aschendorfer Heimatblätter" erscheinen. Im Frühsommer 1981 gründete man die AIG, bereitete eine eigene Liste zur Kommunalwahl am 28. September 1981 vor – und eroberte im Ortsrat mit 58,7 Prozent 10 von 17 Sitzen. Die Aschendorfer *CDU stürzte* von *vorher 70,5 auf* 27,6 Prozent. Eine kommunal-demokratische Revolution.

Zur Landtagswahl im März 1983 machte sich die FDP die Sache der „Freiheitskämpfer" (Eigenprädikat) von Aschendorf zu eigen. Für die Union indes war die Korrektur der Gebietsreform „kein Thema"; die han*noversche* Parteiführung sprach vom „billigen Stimmenfang" der Freidemokraten. Die CDU erlebte Reihenaustritte in Aschendorf, die FPD ein traumhaftes 52,2-Prozent-Ergebnis (1986 knapp wiederholt). Doch da die Union eine Koalition in Hannover nicht nötig hatte, blieb Aschendorf weiterhin „Papenburg 2".

Doch unverdrossen kämpfte man weiter. Die Aschendorfer wurden aufgefordert, mit „Papenburg 2" adressierte Post so lange wegen „fehlerhafter Anschrift" zurückzusenden, bis *die Absender begriffen und die Bun*despost sich dreingeschickt hätte, daß „2990 Aschendorf/Ems" zwar nicht amtlich, dennoch allein richtig sei. Und siehe da, es wirkte.

Im Herbst 1983 standen da plötzlich über Nacht großflächige Plakattafeln mit der Parole „Freiheit für Aschendorf!" an den Straßen. Papenburg wurde amtlich und drohte Grundstückseignern mit 50 000 Mark Ordnungsgeld wegen fehlender Errichtungsgenehmigung.

Ein Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion, der Doppelstadt doch den Doppelnamen Papenburg-Aschendorf zu geben (was zwar für Aschendorf nichts geändert hätte), wurde von Papenburger Protesten zerfetzt: „Warum nicht gleich Papendorf?"

Die Querelen und Kämpfe gingen weiter. Und obwohl kaum jemand im Land der Hümmlingstadt eine Chan*ce gab, ist ihr Ziel nun in Griffweite.* Die von der hannoverschen Koalition angekündigte Prüfungskommission wird über das Maß der Rebellengeduld nicht im unklaren gelassen. Sprecher Springub: „Das kann doch wohl im nächsten Jahr erledigt sein. Wie willt frie wäsen, as use Öllern uk wäsen bünt." Und damit es auch jeder versteht, sagt er, man habe sich auch auf Hochdeutsch klar ausgedrückt: „Wir wollen frei sein, wie unsere Alten auch gewesen sind."

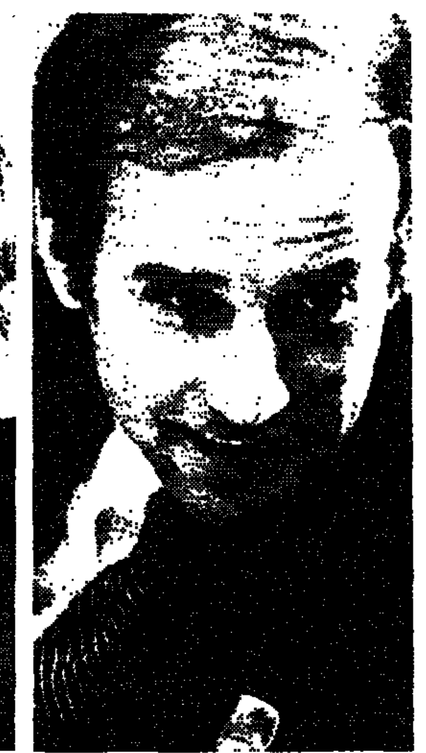
Symbol gegen „Papenburg 2": Der Aschendorfer Freiheits-Stein
FOTO: JOHANNES EISSING



Mario Cuomo: der gewandteste und begabteste Redner



Lee Iacocca: unbändiger und immer noch intakter Ehrgeiz



Joe Biden: er redet gut, doch er redet zuviel



Gary Hart: sein „Nein" ist das leiseste
FOTOS: CAMERA PRESS

Vier Männer, die „Nein" sagen

Die amerikanischen Demokraten suchen einen Präsidentschaftskandidaten für das Jahr 1988. Vier prominente Männer aus Wirtschaft und Politik stehen zur Auswahl. Doch das Problem ist: Alle vier sagen – aus taktischen Gründen – noch „Nein".

Von FRITZ WIRTH

Sie sind vier Männer, und sie stehen zu einem Wort. Das Wort ist „Nein". Sie formulieren dieses Wort, je nach Gemütslage, mal trotzig, mal verlegen, mal zögernd, mal eisenhart. Doch keiner von ihnen hat bisher gesagt, daß es sein letztes Wort sei.

Das „Nein" ist ihre Antwort auf jene Frage, die ihnen täglich mindestens ein Dutzend mal von Kollegen, Journalisten und Bürgern gestellt wird: „Wollen Sie amerikanischer Präsident werden?" Alle nehmen dieses „Nein" zur Kenntnis, doch niemand nimmt es ihnen ab. Denn zu dieser Stunde, 27 Monate vor der nächsten Präsidentenwahl, ist ein *entschiedenes* „Nein" die einzig richtige und vernünftige Antwort, die ein Mann geben muß, der im Jahre 1988 amerikanischer Präsident werden will.

Die vier Nein-Sager heißen Gary Hart, Lee Iacocca, Mario Cuomo und Joe Biden. Sie sind die „Front Runner", also die erste Wahl der amerikanischen Demokraten für das Jahr 1988. Es ist die erstaunlichste Ansammlung von Männern, die sich bei den Demokraten jemals um das höchste Amt im Staate beworben haben.

Durch Rückschläge zu Erfolgsmenschen

Drei von ihnen – Iacocca, Cuomo und Biden – sind strenggläubige Katholiken, denen man bis zur Wahl des John F. Kennedy nachsagte, daß sie bei solchen *Wahlen keine Chancen* hätten. Einer – Lee Iacocca – trägt noch das Parteibuch der Republikaner. Zwei sind Amerikaner italienischer Herkunft, was besonders in den Südstaaten und an der Westküste die Siegchancen nicht unbedingt erhöht.

Bemerkenswert und außergewöhnlich jedoch macht diese vier Männer *das, was sie gemeinsam* haben: Sie alle wurden durch Niederlagen oder schwere Schicksalsschläge zu Siegern und Erfolgsmenschen. Lee Iacocca wurde es durch seinen demütigenden Rausschmiß durch Henry Ford II. Mario Cuomos Karriere als Politiker begann eigentlich erst mit seiner Niederlage durch Edward Koch im Kampf um das Amt des Bürgermeisters von New York.

Joseph Biden wurde erst der besessene Politiker, nachdem er bei einem Autounfall seine Frau und seinen jüngsten Sohn verloren hatte. Er stürzte sich, um diesen Schock zu *überwinden, in die Politik* und *wurde* einer der besten demokratischen Senatoren im Kongreß. Gary Hart schließlich wurde buchstäblich in der Stunde der Niederlage gegen Walter Mondale im Jahre 1984 der logische und fast selbstverständliche Kondidat der Demokraten für 1988, denn er war damals ein eindrucksvoller und glanzvoller Verlierer.

Alle diese vier Männer sind darüber hinaus in einem Punkte überzeugende Kontrastfiguren zum unglücklichen, zungensteifen, schwerfälligen und publikumsscheuen Walter Mondale: Sie alle sind erstklassige Kommunikatoren. In der amerikanischen Politik ist dies seit der phänomenalen Popularität des Ronald Reagan zum bedeutendsten Präsidentschaftskriterium geworden. Männer, die Probleme haben, sich mitzuteilen und sich zu artikulieren, *stehen vor allem bei den Demokraten* auf der schwarzen Liste seit jenen Tagen, da Walter Mondale offen eingestand, daß er das Duell gegen Reagan wegen seines spröden Verhältnisses zum Fernsehen und seiner Unfähigkeit zum indirekten Dialog mit dem Wähler über die Medien verloren habe.

Niemand vermag das unter diesen vier Kandidaten besser als Lee Iacocca. Wer in Hunderten von Werbespots die Produkte einer bankrotten Firma so anzupreisen vermag, daß sie in we*nigen Jahren wieder obenauf ist*, wie es Iacocca getan hat, kann nach Ansicht der Demokraten alles verkaufen, sogar eine Partei ohne zur Stunde noch klar erkennbares Programm. Und deshalb ist Lee Iacocca seit einiger Zeit für 1988 ihr unbestrittener Traum- und Wunschkandidat. Dieser Traum hat nicht viel mit Politik zu tun, denn Lee Iacocca hat glaubhaft vesichert, daß er von Politik überhaupt nichts verstehe, sondern allein mit dem Wunsch, nach der letzten so katastrophalen Niederlage und nach *acht Jahren in der Opposition um* nahezu jeden Preis wieder an die Macht zurückzukehren.

Die Jahrhundertfrage der Demokraten bleibt nach wie vor: Will er oder will er nicht? Denn das „Nein" des Lee Iacocca scheint nicht immer wasserdicht. Immerhin denkt er über dieses Angebot zuweilen auch laut nach, beispielsweise in solchen Worten: „Manchmal denke ich, ich sollte es versuchen. Sind ja nur vier Jahre. Wäre ein Spaß und eine Ehre." Dann jedoch mündet die Versuchung in *Schreckvorstellungen:* „Es würde mich zerstören. Ich würde nicht überleben. Ich will keine neuen Gipfel mehr besteigen. Nein, ich werde es nicht tun."

Lee Iacocca, 61 Jahre alt, hat zweifellos die Energien, den allerletzten Gipfel in den USA zu erklimmen. Sein „Nein" ist wahrscheinlich zunächst nur Selbstverteidigung, diktiert vom Verstand. Es gibt jedoch *eine starke Kraft, die in der Lage ist*, dieses „Nein" umzustoßen: Es ist sein unbändiger und immer noch intakter Ehrgeiz.

Das „Nein" des Mario Cuomo zur Präsidentschaft ist das „Nein" des geborenen Zauderers. Cuomo ist ohne Zweifel unter diesen vier Männern der gewandteste und begabteste Redner, der sich auf dem Wahlkonvent des Jahres 1984 mit einer großen Rede als Kandidat für die Wahlen 1988 profilierte.

Ein Risiko für den „König von New York"

Das Problem des Mario Cuomo: Er hat sich als Sohn eines einfachen italienischen Arbeiters als Gouverneur zum „König von New York" hochgearbeitet. Seine Popularität in diesem Staate ist eindrucksvoll. Wenn es möglich wäre, würden die Bürger seines Staates ihn auf Lebenszeit zum Gouverneur wählen. Da stellt sich die *Frage: Soll er das, was er hat und* beherrscht, für ein höchst unsicheres Rennen aufgeben, das für ihn im politischen Niemandsland enden könnte, so wie es Walter Mondale widerfuhr?

Denn Mario Cuomo ist gewiß ein mächtiger Mann im Staate New York, landesweit gesehen jedoch ist er ein Provinzfürst, der außerdem in der eigenen Partei keine nennenswerte Machtbasis hat. Cuomo ist in seinem Amt als Gouverneur ein besessener Arbeiter, der viel von Innenpolitik versteht, außen- und verteidigungs*politisch jedoch ein unbeschriebenes* Blatt ist. Die Welt des Mario Cuomo ist erstaunlich klein. Der 52jährige hat bisher erst einmal in seinem Leben die USA zu einem Besuch Roms verlassen.

Das „Nein" des Gary Hart ist das leiseste. Er gebraucht es allein aus strategischen Gründen, denn ein eindeutiges „Ja" hätte zur Folge, daß sich sofort die Scheinwerfer aller Medien auf ihn richteten, und kaum ein Kandidat könnte das ohne Schaden übestehen. In der Praxis jedoch war seine Ankündigung vor neun Monaten, daß er sich nicht mehr für eine dritte Amtszeit im Senat bewirbt, das bisher deutlichste Signal aller Präsidentschaftskandidaten, daß er es ernst meint.

Hart hat jedoch Probleme. Er trägt noch immer an der Last der letzten gescheiterten Kandidatur, von der Schulden *in Höhe von 3,4 Millionen* Dollar zurückblieben, wovon erst eine Million beglichen ist. Während andere Kandidaten bereits Millionenbeträge in ihren „Kriegskassen" haben, muß Hart zur Stunde praktisch noch betteln gehen.

Politisch hat er sich in den letzten Monaten deutlich zurückgehalten. Vor wenigen Wochen legte er ein ehrgeiziges Konzept für die amerikani*sche Außenpolitik im 21. Jahrhun*dert vor, es blieb jedoch ein Ereignis für die höheren gelehrten politischen Stände. Bis zu seinen potentiellen Wählern drang es niemals durch.

Dennoch: Sollte Lee Iacocca bei seinem „Nein" bleiben, wäre Gary Hart unter den derzeitig verbleibenden Kandidaten die Nummer 1. Er *übertrifft alle anderen in seinem poli*tischen Intellekt und hat unter allen Bewerbern das klarste innen- und außenpolitische Konzept für die amerikanische Zukunft.

Das „Nein" des Joe Biden ist das glaubwürdigste, denn er ist unter allen vier Männern der mit den geringsten Chancen. Der Traum des heute *43jährigen von der Präsidentschaft* begann schon in seinen Studententagen. Bescheidenheit zierte ihn niemals. Mit seinen 43 Jahren hätte er noch viel Zeit für eine Präsidentenkarriere. Da er sich jedoch nach dem Verzicht des Edward Kennedy für den legitimen Erben des John F. Kennedy unter allen verfügbaren Kandidaten hält, glaubt er, dies sei seine Stunde.

Biden ist der Star-Redner und rhetorische und politische Chefankläger im Senat. Die Tatsache, daß seit kurzem seine *Auftritte* im Senat im Fernsehen zu besichtigen sind, mehrt seine Chancen, zu einer nationalen Figur zu werden. Seine Schwäche: Er redet gut, doch er redet zuviel. Die Chancen, daß er sich am Ende aus dem Weißen Haus hinausredet, sind größer als daß er die Nation zu seiner Präsidentschaft überredet.

Biden, ein Repräsentant der zornigen Generation

Der ehemalige Bürgerrechtler verkauft sich gern als der Repräsentant einer zornigen Generation, die jedoch gar nicht mehr so zornig ist. Seine Ungeduld und seine Direktheit, die stets provozierend und oft beleidigend wirkt, schrecken eher ab.

Wenn unentwegtes Händeringen bereits ein politisches Konzept ist, wäre Joe Biden der Champion dieses neuen politischen Zorns. Sein Problem ist, daß er schneller spricht als denkt. Er ist der Außenseiter in diesem Vierergespann. „Unser Land will wieder Idealismus statt Ideologie" ist sein immer wiederkehrender Kernsatz. Er hört sich gut an, bis man von einem so nüchternen Realisten wie Lee Iacocca, der mit solchen „ismen" nicht viel anzufangen weiß, wieder in die Wirklichkeit zurückgeholt wird: „Und so was jeden Tag für zweiein*halb Jahre bis zur Wahl? Nein.*"

Es war sein bisher überzeugendstes „Nein".

Aus der Union 218-Aufforderung an Parteispitze

idea, Bonn

Die innerhalb der CDU/CSU engagierte Initiative „Christdemokraten für das Leben" (CDL) hat die Union aufgefordert, noch vor der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 „klare Aussagen" gegen die Abtreibung zu machen. Eine eindeutige Position müsse auch im Wahlprogramm der Partei und später bei eventuellen *Koalitionsverhandlungen* zum Ausdruck kommen. An den Verhandlungsergebnissen werde dann die Glaubwürdigkeit der Union gemessen, heißt es in einer an den CDU-Bundesvorstand und das CSU-Präsidium gerichteten Erklärung.

Die Initiative versteht sich als „konstruktive Opposition" innerhalb der Union. Ziel sei es, langfristig eine Änderung des Paragraphen 218 herbeizuführen. In der Erklärung warnt die CDL vor einer rot-grünen Koalition. Durch sie würde der unzureichende Rechtsschutz für ungeborene Kinder noch weiter ausgehöhlt: „Mit der Forderung nach Straffreiheit der Abtreibung fördern Grüne und ihnen nahestehende Sozialdemokraten lebensfeindliche Haltungen in unserer Gesellschaft."

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner hatte in einem viel zitierten Interview der „Kölnischen Rundschau" *zu der Finanzierung von* Abtreibungen durch die Krankenkassen erklärt: „Bedauerlicherweise hat sich bis jetzt weder ein klageberechtigtes Bundesorgan noch eine Landesregierung zu einer solchen Klage bereitgefunden. Wenn schon eine politische

Lösung durch eine Gesetzesänderung nicht erreicht werden kann, bleibt doch als einzige Alternative die Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes." Höffner meinte, daß man nicht auf eine Bewußtseinsänderung warten könne.

Abschiebehaft nicht immer erforderlich

dpa, Karlsruhe

Bei der geplanten Abschiebung eines Ausländers ist nach neuester höchstrichterlicher Rechtsprechung eine Abschiebehaft nicht immer *erforderlich. Nach einem vom* Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe veröffentlichten Grundsatzbeschluß darf Abschiebehaft nur dann angeordnet werden, wenn mit einer „gewissen Wahrscheinlichkeit" zu erwarten ist, daß ohne diese Maßnahme die Abschiebung „wesentlich erschwert oder vereitelt" würde.

Die Abwicklung der Abschiebung kann in Frage gestellt sein, wenn die Gefahr besteht, daß der Ausländer „untertaucht" oder die Abschiebung durch sein Verhalten in anderer Weise erheblich behindert. Die bloße Weigerung, freiwillig das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu verlassen, genüge jedoch nicht für eine Inhaftierung. Die Annahme, der Ausländer werde sich wahrscheinlich der Abschiebung entziehen oder diese erheblich behindern, müsse, so das Gericht, auf „konkrete Umstände" gestützt sein. (Az: V ZB 9/86 – Beschluß vom 12. Juni 1986)

„Koalition mit SPD unmöglich"

dpa, Bonn

Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Petra Kelly hält eine Zusammenarbeit ihrer Partei mit der SPD unter Johannes Rau in Bonn nach der Bundestagswahl für unmöglich. Der Kanzlerkandidat der SPD sehe die tatsächlichen Gegensätze zwischen SPD und Grünen in der Sicherheitspolitik und in der Energiepolitik offensichtlich deutlicher als manche Wortführer der Grünen, erklärte Frau Kelly gestern in Bonn. Grünen-Bundesvorstandsprecher Lukas Beckmann hatte sich dagegen am Wochen*ende zuversichtlich über eine Zusam*menarbeit mit der SPD geäußert. Nach den Worten von Frau Kelly will auch die SPD die Grünen unter die Fünf-Prozent-Marke drücken und die *sozialen Bewegungen wieder für sich* gewinnen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. *Second class postage is paid* at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Ich will eine Frau haben . . ."

Was den Ausländerbehörden in Berlin von Asylbewerbern zu Protokoll gegeben wird

DIETER DOSE, Berlin

„Ich mag Iran und die Iraner nicht, weil sie keine Kultur haben. Ich will eine ausländische Frau haben, weil ich mit einer Iranerin überhaupt nicht zusammenleben kann."

Der das sagt, ist 31 Jahre alt, Iraner. Anfang August in Berlin eingereist, am 14. 8. 86 gab er diese Aussage bei *der Berliner Ausländerbehörde zu* Protokoll und bestätigte unter anderem durch seine Unterschrift, daß es bei der Vernehmung (mit Dolmetscher) zu keinen Verständigungsschwierigkeiten *gekommen ist.*

Erstmals hat die Berliner Innenverwaltung Einzelheiten aus Vernehmungsprotokollen von Asylbewerbern der Öffentlichkeit zugänglich *gemacht. Die Protokolle bestätigen,* daß ein großer Teil der Asylanten nicht aus politischen Gründen die Heimat verlassen hat. Die Befragten gaben das auch freimütig zu. Der *oben erwähnte Iraner wörtlich:* „Ich war politisch nicht verfolgt."



Asylbewerber aus Sri Lanka. Die Protokolle der Behörden dokumentieren, daß ein großer Teil der Einreisenden nicht aus Gründen der politischen Verfolgung in die Bundesrepublik kommt. Oft lockt der Wohlstand und nicht selten stehen Schlepper dahinter. FOTO: DPA

Ein Landsmann von ihm, 23 Jahre alt, betonte bei seiner Befragung, politisches Asyl wolle er nur beantragen, „wenn ich dazu gezwungen werde". Er kam mit der Vorstellung nach Berlin, daß ihm in der Bundesrepublik *„gesellschaftliches Asyl"* gewährt wird. Was er darunter versteht: „Daß ich in Deutschland leben darf und später einmal Deutscher werden kann."

Deutschland und Asyl – der Ausweg offensichtlich für persönliche Probleme. „Mein Bruder hat mir gesagt, ich solle doch einfach nach Deutschland fahren und Asyl beantragen", berichtet ein 27jähriger Ghanese. In Ghana war ihm vorgeworfen worden, ein Regierungsauto gestoh*len zu haben.* Das Gericht – er bestritt die Tat – machte ihm zur Auflage, binnen zwei Wochen die wahren Täter zu finden. Er floh nach Nigeria und erhielt vom dort lebenden Bruder den Ratschlag, nach Berlin zu fahren . . .

Kein Problem, denn in Lagos (Ni*geria) wird von der* „DDR"-Fluggesellschaft „Interflug" für Flüge nach Schönefeld kräftig die Werbetrommel gerührt.

Auch der 24jährige Stephen. Er gab zu *Protokoll:* „Ich war Lehrling in einer Autowerkstatt in Ghana und hatte den Auftrag, einen Auspuff zu reparieren. Beim Schweißen entstand ein Feuer und das Auto verbrannte . . . Ich war jedoch nicht in der Lage, den Schaden zu ersetzen."

Flucht nach Nigeria, Weiterreise via Schönefeld nach Berlin.

Bei vielen Antragstellern wissen die Mitarbeiter der Behörden nach den ersten Worten ihres Gegenübers, daß sie die Voraussetzungen des deutschen Asylrechts nicht erfüllen. Ein Zeichen allerdings auch der Unkenntnis der Betreffenden über die Rechtslage und Bestätigung dafür, daß Schlepper ihre „Klienten" rücksichtslos betrügen und zum Verlassen der Heimat bewegen.

„Ich bin nach Deutschland gekommen, um meinen Bruder zu suchen, der sich seit sechs Jahren in Deutschland aufhält", sagte eine 32jährige Ghanesin aus. Patricia, 24 Jahre alt, gab an, den „Ehemann zu suchen".

Um ein gestohlenes Auto in Ghana ging es auch bei einem 24jährigen Mann. Weil er nicht der Täter sei, habe er das Land verlassen. Passiert sei das alles am 14. Juni dieses Jahres, doch aus den Eintragungen im Paß ging hervor, daß er seine Heimat schon im Dezember 1985 verlassen hat und in Nigeria eingereist ist. Schließlich kam heraus: „Ich möchte mit meiner Frau bleiben."

Schulden des Vaters, Arbeitslosigkeit, der Wunsch, in Deutschland zu studieren oder ein kriminell gewordener Bruder („Weil ich ihm ähnlich sehe, wollte mich die Polizei verhaf*ten*") – weitere Gründe, die von Antragstellern angegeben werden.

Tragisch der Fall eines Ghanesen, der glaubte, in Berlin ein Visum für die Einreise nach Holland zu bekom*men. In Ost-Berlin hatte er sein Geld* in völliger Unkenntnis der Verhältnisse zum Kurs 1:1 in Ostgeld umgetauscht und war nun überrascht, daß er im Westen mit dieser Währung nicht bezahlen kann. Deutschlands „große Köpfe" wollte ein Asylbewerber aus Bangladesh kennenlernen: „Goethe, Schiller . . ."

Berlin geht jetzt verstärkt dazu über, solche Personen, vor allem aus Ghana, Pakistan, Bangladesh und Indien, wie es amtlich heißt, *„zurückzuschieben", d. h. in die Heimatländer* zurückzuschicken. Darunter fallen alle, die keine Verfolgungsgründe nennen und keine Rechtsgrundlage für einen Asylantrag vorweisen können. – Nur 0,3 Prozent der Ghanesen erweisen sich z. B. als asylberechtigt.

Das geschieht, sofern sich so schnell Rückflugmöglichkeiten ergeben, innerhalb von sieben Tagen. Nicht betroffen sind Ausländer, die ausdrücklich um politisches Asyl bitten!

Medizinisches Gerät nach dem Parteibuch verteilt?

Bonner Klinikchef kritisiert NRW-Gesundheitsminister

WILM HERLYN, Düsseldorf

Der anerkannte Bonner Mediziner Professor W. Vahlensieck hat gegenüber der WELT schwere Vorwürfe gegen das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Düsseldorf erhoben. Er äußerte den Verdacht, die Aufstellung von Geräten zur Nierensteinzertrümmerung werde vom Land Nordrhein-Westfalen offenbar mehr unter „politischen" denn unter „echt flächendeckenden", also Patienteneinzugsgebiet gerechten Gesichtspunkten praktiziert.

Vahlensieck, der Direktor der Uro*logischen Universitätsklinik in* Bonn ist, meinte, er habe gewisses Verständnis dafür, wenn Politiker nach Möglichkeit ihre Geburtsorte oder Wahlkreise bedenken würden.

Doch sei das flächendeckende Prinzip schon schwerer zu verstehen, wenn nur 15 Kilometer voneinander entfernte Standorte – etwa Herne und Dortmund – gewählt werden, während zum Beispiel Münster mit seinem großen Einzugsgebiet einfach ausgespart bliebe.

Kein Bedarf für weitere Geräte

Wenig seien offenbar auch die Interessen bei der Auswahl des Standortes Aachen berücksichtigt worden.

Vahlensieck: „Man begreift zwar, daß der Landesregierung daran gelegen ist, daß dieser Modus dazu beiträgt, die Betten des überproportionierten Aachener Klinikums besser zu belegen, muß sich aber unter flächendeckenden Überlegungen fragen, ob es nicht für die Patienten und ihre Besucher wesentlich einfacher sein würde, wenn Nierenstein-Zertrümmerer (Lithotripter) mehr zentral für die Südregion in Köln oder Bonn aufgestellt worden wären."

Zu einem echten Skandal werde diese Angelegenheit aber durch ein Schreiben von NRW-Gesundheitsminister Hermann Heinemann (SPD). Darin weise das Ministerium darauf hin, daß in Nordrhein-Westfalen derzeit kein Bedarf für weitere Lithotripter bestehe, und daß Anträge auf Anerkennung *von zusätzlichen Standorten* für Geräte der neuen Generation abgelehnt werden müßten.

Darüber hinaus werde verlangt, daß für den Fall, daß sich ein Krankenhausträger dennoch einen Nierenstein-Zertrümmerer beschaffe, die Kosten für den Betrieb von medizinisch-technischen Großgeräten, deren *Anschaffung, Nutzung oder Mit*benutzung nicht im Pflegesatz berücksichtigt werden dürften.

Nur ein Bruchteil der Belastung

Mit dieser Maßnahme entzieht sich die Düsseldorfer Landesregierung nach Ansicht des Urologen eindeutig ihrer Fürsorgepflicht. Diese nämlich gebiete grundsätzlich, die Lithotripter der alten Generation durch neue zu ersetzen.

Dabei verweist Vahlensieck darauf, daß es jetzt ultraschall-gesteuerte Geräte gebe, bei deren Anwendung die Patienten nur mit einem Bruchteil an Röntgenstrahlen belastet werden. Diese Geräte arbeiteten so „patientenschonend", daß keinerlei Narkose erforderlich sei.

Auch *das Klinikpersonal* würde durch die neuen Geräte weniger Strahlen ausgesetzt sein. Vahlensieck: „Es erscheint schlichtweg unsozial, daß die nordrhein-westfälische Landesregierung den in der Regel ohnehin genug geplagten Harnstein-Patienten diese Vorteile vorenthalten will."

Er führt außerdem den niedrigen Anschaffungspreis des neuen Gerätes (1,4 Millionen Mark) gegenüber 2,6 *Millionen für ein Gerät der ersten* Generation an. Auch die Unterhaltungskosten (80 000 Mark pro Jahr) seien um 120 000 Mark geringer. Außerdem entständen keinerlei Einbaukosten.

Diepgen wirbt im Ausland für Berlin

hrk. Berlin

Mit Reisen in die USA, nach Frankreich und Großbritannien wirbt der *Regierende Bürgermeister Eberhard* Diepgen in den kommenden Monaten für Berlins 750. Geburtstag im nächsten Jahr. Zum Auftakt dieser politisch-publizistischen Kampagne in den Ländern der drei Schutzmächte fährt er vom 15. bis 20. September in die USA.

Diepgen klammert dabei Washington aus und führt in der für die Touristen-Werbung wesentlich bedeutsameren amerikanischen „Provinz" Ge*spräche mit einigen Gouverneuren,* Vertretern von Medienkonzernen sowie Managern von Hotelketten und Werbeunternehmen. Für Mitte November ist bereits eine vergleichbare *Reise nach* Paris geplant.

„Bindungen an den Bund festigen"

hrk. Berlin

Der Berlin-Bevollmächtigte der Bundesregierung, der parlamentarische Staatssekretär Peter Lorenz, hat *zum* 15. Jahrestag der Unterzeichnung des Viermächteabkommens am 3. September das Recht der Bundesrepublik Deutschland bekräftigt, den westlichen Teil Berlins „nach außen zu vertreten und die Bindungen Berlins an den Bund zu festigen und weiterzuentwickeln".

Der enge Mitarbeiter von Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte weiter: „Die Berliner, für die das Viermächteabkommen zahlreiche praktische Verbesserungen gebracht hat, *wissen, daß sie sich auf die Bundesre*gierung verlassen können."

Die Deutschlandpolitik Bonns werde „niemals an Berlin vorbeigehen. Denn Berlin bleibt eine nationale Aufgabe." Lorenz hob die bisher bewirkte Image-Verbesserung in den vergangenen Jahren hervor: „Die *Ausstrahlungskraft der Stadt reicht* weit und macht Berlin zu einer europäischen Metropole. Im nächsten Jahr, wenn Berlin 750 Jahre alt wird, sollen Erinnerung und weitreichende Perspektive die Kraft und die Freiheit Berlins deutlich unterstreichen." Dieses Fest dürfe Berlins Teilung „nicht vertiefen". Es werde, im Gegenteil, „weltweit das Bewußtsein stärken, daß dem freien Berlin die Zukunft gehört".

Die „DDR"-Jugend fragt nach der Bibel

idea, Bad Blankenburg

Christen sollten nicht nur für Frieden, Ökologie und Unterdrückte eintreten, sondern auch mehr Freundlichkeit in ihrer nächsten Umgebung verbreiten, sagte der Vorsitzende des *Kirchenbundes der „DDR", Bischof* Werner Leich, bei der diesjährigen Jahrtestagung der Evangelischen Allianz im thüringischen Bad Blankenburg. Es drohe die Gefahr, daß sich durch Materialismus und Leistungsdenken eine „Gesellschaft von Einzelgängern und Egoisten" entwickele. Als ein „ungewöhnliches Phänomen" bezeichnete Leich, daß mehr als drei Viertel der 5000 Gäste der Jahrestagung jünger als 25 Jahre alt waren. Das wachsende Interesse der *Jugend am Christentum sei ein Zei*chen dafür, daß die „Indoktrination durch die marxistische Alltagsschule eher abstößt als anzieht".

In der jungen Generation der „DDR" verstärke sich die Frage, ob nicht in der Bibel eine Alternative zum marxistisch-säkular geprägten Leben geboten wird. Diese Auffassung vertritt auch der Vorsitzende der Allianz, Pastor Manfred Kern. In einer Festpredigt warnte Kern vor einer weiteren Aufspaltung der Christenheit durch die *Übernahme ideologischer* Vorstellungen und „Feindbilder". „Ich bin kein Katholik, aber muß ich deshalb anti-katholisch sein? Ich bin kein Marxist, aber muß ich deshalb anti-marxistisch sein?" Die Einheit im Glauben über Konfessionsgrenzen hinweg sei bedeutsam *für die Glaubwürdigkeit der christlichen* Botschaft in der Welt. Scharf kritisiert wurde die hohe Zahl der Abtreibungen in der „DDR". Offizielle Angaben darüber gibt es nicht. Experten schätzen jedoch, daß in einer Großstadt wie Leipzig täglich 600 Babys abgetrieben werden.

Union will Rau vor Ausschuß zitieren

rtr, Bonn

Der Obmann der CDU/CSU im *Neue Heimat-Untersuchungsaus*schuß des Bundestages, Johannes Gerster, warf jetzt der nordrhein-westfälischen Landesregierung vor, in das Verfahren zur Aberkennung der *Gemeinnützigkeit des Gewerk*schaftskonzerns „massiv von oben" eingegriffen zu haben. Der NRW-Minister für Stadtentwicklung, Christoph Zöpel, solle als „Kronzeuge für ein besonderes *Beziehungsgeflecht* und für Genossenfilz" gehört werden. Dabei sei zu klären, ob Zöpel den „Schutzpatron der Neuen Heimat" im Alleingang gespielt, oder ob er für Ministerpräsident Rau diese Rolle übernommen habe. Eventuell werde es dann nötig, Rau in den Zeugenstand zu rufen.

„Tamilen waren sicher"

AP, Toronto

Nach ersten Beteuerungen, keine Tamilen über den Atlantik gebracht und vor Neufundland auf hoher See *ausgesetzt zu haben,* hat der deutsche Kapitän Wolfgang Bindel jetzt erklärt, es sei alles für die Sicherheit der 146 Männer, Frauen und Kinder getan worden. Der „Toronto Star" schrieb, einer seiner Reporter habe mit Bindel und dessen Frau in Las Palmas auf den Kanarischen Inseln gesprochen. Bindel habe dort einen Maschinenschaden seines Schiffes „Aurigae" behoben und angekündigt, in zehn oder elf Tagen in die Bundesrepublik zurückkehren zu wollen.

Bindel soll nach Ermittlungen der Hamburger Polizei 700 000 Mark für die Überfahrt mit 155 Tamilen *an* Bord kassiert haben. Die Polizei hatte Mitte August zwei Tamilen vorübergehend festgenommen, die die Reise als Schlepper organisiert haben sollen. Kurz nach Bekanntwerden der Ausschleusung hatte Bindel noch bestritten, mit den Tamilen etwas zu tun *gehabt zu haben.*

Döding: Kein Abgrenzungs-Problem

Der Gewerkschaftschef verweist auf die Einstimmigkeit im DGB-Bundesvorstand

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Anders als beim DGB-Bundeskongreß Ende Mai in Hamburg dürfen Politiker zu Wort kommen, wenn Bundesvorsitzender *Günter Döding* (55) den Kongreß der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten am 7. September in der Hansestadt eröffnet. Für die Bundesregierung spricht Arbeitsminister Norbert Blüm, für die SPD ihr Fraktionschef, Hans-Jochen Vogel – bei einer Gewerkschaft, die nicht zu den großen des DGB, doch zu den kreativsten gehört, wenn man zum Beispiel an die frühen Vorschläge Dödings zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit denkt.

Der gelernte Zigarrenmacher, der erneut für das Amt des Bundesvorsitzenden kandidiert, bekräftigte in einem Gespräch mit der WELT die Abgrenzung gegenüber der DKP und *auch gegenüber den Grünen.* Die grüne Partei sei kein Partner für die Gewerkschaften.

Zu der Abgrenzungs-Diskussion, die beim DGB-Bundeskongreß heftige Auseinandersetzungen ausgelöst hatte – vor allem Delegierte aus den Reihen der IG Druck, der IG Metall und der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen hatten vor „Berührungsängsten" gegenüber den Grünen und den Kommunisten gewarnt – sagte Döding: „Ich denke, das gibt gar keine Abgrenzungsschwierigkeiten, wenn ich die Diskussion und die Beschlüsse des DGB-Bundesvorstandes aus meinen acht Jahren Amtszeit hier betrachte. Was es *gibt, ist, daß Gliederungen innerhalb* des DGB, aber zugleich auch unterhalb der Bundesvorstandsebene meinen, man könne sich Verbündete suchen, ohne Ansehen ihrer politischen Absichten. Es genüge also, wenn man signalisiere, man mache bei der jeweiligen Aktion gerne mit. Hier ist ganz gewiß auch weiterhin Einstimmigkeit im Bundesvorstand zu erwarten, daß wir unsere Verbündeten aussuchen. Und dann auch nur abgestellt auf den Aktionszweck."

Dazu könnten ganz gewiß nicht diejenigen gehören, die „Systemen anhängen oder Ideologien, die Gewerkschaften nur am Partei- und Staatsstrick baumeln lassen". Der NGG-Vorsitzende betonte: „Mit denen kann es kein Bündnis geben, auch nicht in der kleinsten Aktion."

Die 238 Anträge, die den Delegier*ten in der vergangenen Woche* zugeschickt wurden, reichen von der Forderung nach Abschaffung des Prüfungsverfahrens für Wehrdienstverweigerer bis zum Appell an die Bundesregierung, am Reinheitsgebot für Bier festzuhalten. Aus zahlreichen Gliederungen der Gewerkschaft wurden Anträge vorgelegt, die sich gegen eine „Verwässerung" des Ladenschlußgesetzes wenden. Die „schwarzen Schafe" unter den gastronomischen Betrieben, die ihre Mitarbeiter zu tarifwidrigen Arbeitsbedingungen beschäftigen, sollen in einem „Schwarzbuch" der NGG angeprangert werden. Öffentlich sollen auch die Aufsichtsratsbezüge von Funktionären der Gewerkschaft *genannt* werden – so die Forderung in einem weiteren Antrag der NGG.

GEW und ÖTV gegen Zeitverträge

AP, Bonn

Die Gewerkschaften Erziehung und Wissenschaft (GEW) sowie Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) wollen auf dem Weg über das Bundesverfassungsgericht das Gesetz über befristete Arbeitsverträge mit wissenschaftlichem Personal an Hochschulen und Forschungs*einrichtungen zu Fall bringen.* Der GEW-Vorsitzende Wunder erläuterte, mit dem seit 26. Juni 1985 gültigen Gesetz habe die Bundesregierung einen geltenden Tarifvertrag außer Kraft gesetzt. Dieser Eingriff in die Tarifautonomie verletze das Grundrecht der Koalitionsfreiheit nach Ar*tikel neun Absatz drei des Grundge*setzes. Mit dem Gesetz wurden – nachdem eine Einigung zwischen den Tarifparteien nicht zustandegekommen war – sowohl die Gründe für *Zeitverträge erweitert* als auch deren mögliche Dauer verlängert. Die Gewerkschaften befürchteten, sagte Wunder, daß diese Änderung die Leistungs- und Funktionsfähigkeit der Hochschulen schwächen werde.

Kohls Europäer im Hause Genscher

GÜNTHER BADING, Bonn

Zu einem „Fragestunden-Onkel" im Range eines Staatssekretärs wollte Lutz Stavenhagen auf keinen Fall werden, als ihn Bundeskanzler Helmut Kohl im September vergangenen Jahres zum Staatsminister im Auswärtigen Amt berief. Um so mehr überraschte es auch in seiner eigenen Partei, der CDU, daß sich der als Haushaltsexperte und Fachmann für Technologiefragen im Bundestag ausgewiesene Stavenhagen mit der scheinbaren „Reduzierung" seiner Tätigkeit auf Europafragen einverstanden erklärte. Die Bemerkung, er wolle nicht nur in den Fragestunden des Parlaments – bei aller Bedeutung, die er ihnen als erfahrener Abgeordneter beimißt – für das Ressort sprechen, wies darauf hin, daß Stavenhagen Einfluß im Auswärtigen Amt ausüben wollte. Und nun diese Be*schränkung auf Europa* – ein Thema, das vor Jahresfrist immer noch ein wenig abseitig erschien?

Heute, im Rückblick auf dieses erste Jahr als Staatsminister kann Stavenhagen über die damals auch in der Öffentlichkeit besprochenen Gedan*ken dieser Art nur lächeln.*

Er wollte damals dem Gerede von der *Vorabbeschneidung der Einfluß*möglichkeiten des einzigen Unionspolitikers in der Spitze des Außenministeriums öffentlich nichts entgegensetzen, da dies nur zu einem Koalitionsstreit geführt hätte, der das Bild der Bundesregierung nach außen beeinträchtigt hätte.

Tatsächlich, so erinnert Stavenhagen heute, sei er mit der Festlegung seines Amtsbereiches auf Europafragen „dem Auftrag des Bundeskanzlers gefolgt, der mich sehr dezidiert aufgefordert hat, mich intensiv um die Europapolitik zu kümmern".

Das habe sowohl für die Tätigkeit im Auswärtigen Amt als auch für seine parteipolitischen Kontakte gegolten. So halte er seither auch für die CDU die Kontakte zu den anderen Parteien der Europäischen Volkspartei (EVP). Diese Arbeit auf der Parteischiene laufe recht intensiv.

Eher amüsiert antwortet Stavenhagen auf die Frage, ob denn seine Fraktion nicht erwartet habe, daß er als CDU-Politiker ein wenig mehr von der Handschrift der eigenen Partei in die Arbeit des Außenamtes hätte einfließen lassen sollen. Zu keiner Zeit, so der Staatsminister lakonisch, habe ihn die Fraktion aufgefordert sich im neuen Hause „querzulegen".

Wenn allerdings einmal grundsätzliche Meinungsunterschiede zwischen ihm und Amtschef Hans-Dietrich Genscher bestanden hätten, so seien diese auch in einem offenen Gespräch ausgeräumt worden. „Für *so etwas hat der Minister Zeit", stellt* Stavenhagen fest. Diese Aussage hat durchaus ihren Stellenwert, denn Genscher ist nicht nur viel auf Reisen, hat nicht nur ein großes Ressort zu leiten, sondern er nimmt auch



Lutz Stavenhagen ist seit einem Jahr Staatsminister im AA. Der Berufseuropäer gibt sich zufrieden. FOTO: POLY-PRESS

noch nach wie vor seinen Einfluß in de eigenen Partei, der FDP wahr. Als Beispiel für ein solches klärendes Gespräch führt Staatsminister Stavenhagen die Diskussion um die amerikanische Strategische Verteidigungs-Initiative SDI an. Hier war der CDU-Mann natürlich ganz anderer Auffassung als sein Minister. Fast drei Stunden dauerte die Ausprache zwischen beiden damals. Sie hat nicht die unterschiedlichen Ansichten ausräumen können, aber sie hatte damals die weitere reibungslose Zusammenarbeit beider ermöglicht.

Unzufrieden mit seinem Amtsbereich Europa innerhalb des Auswärtigen Amtes ist der Staatsminister ganz und gar nicht. Da er von seinem Vorgänger, dem im vergangenen Sommer überraschend verstorbenen Alois Mertes auch den Vorsitz im Staatssekretärsausschuß für Europafragen übernommen hat, nimmt er in dieser Funktion als einer der wenigen Staatssekretäre ständig an allen Kabinettssitzungen teil – ein Privileg, das Staatssekretäre sonst nur in Vertretung ihres Ministers ausüben dürfen.

Auch im engeren Fachbereich sieht die Bilanz nach dem ersten Jahr positiv aus. Stavenhagen: „Europapolitisch war dies ein ausgesprochen spannendes *Jahr". Da sei zum einen* der Vollzug der Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft gewesen, zum anderen die Verabredung einer engeren technologischen Zusammenarbeit – seinem früheren Fachgebiet. Und natürlich die Einheitliche Europäische Akte (EEA), deren Verwirklichung noch in diesem Herbst den Bundestag beschäftigen wird – mit allen Konsequenzen, wie etwa der deutschen Sonderrolle auf Grund der föderativen Struktur unserer Republik. Bei allen Mißtönen, die es zwischen *den Koalitionspartnern* CDU/CSU und FDP dann und wann gibt – eines glaubt Stavenhagen mit Sicherheit feststellen zu können: „In der Europapolitik haben der Kanzler und der Außenminister völlig synchrone Vorstellungen."

Er sollte es beurteilen können, denn Stavenhagen kennt Helmut Kohl besser, als seine meist ohne öffentlichen Wirbel verlaufene Karriere auf den ersten Blick vermuten läßt. Er gehört zu jenen „jungen Leuten Kohls", die der CDU-Vorsitzende sich seit geraumer Zeit für künftige Führungsposten herangezogen hatte. Auch Wolfgang Schäuble, früher parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, heute Chef des Bundeskanzleramtes, gehört dazu. Politisch verankert ist Stavenhagen wie Schäuble, mit dem er seit seiner Jugendzeit aus gemeinsamer Arbeit in der Jungen Union befreundet ist, in der baden-württembergischen CDU. Hier hat er seinen Wahlkreis in Pforzheim, den er – trotz Karriere und trotz Europa – nicht vernachlässigen will.

So jedenfalls hat er es sich vorgenommen.

Blitzkarriere für Carl Bildt mit 37

Der neue Vorsitzende der schwedischen Konservativen gilt als profilierter Außenpolitiker

G. MEHNER, Kopenhagen

Mit einem klar auf Systemwechsel ausgerichteten neoliberalen Profil gehen die schwedischen Konservativen in das Rennen um die Wählergunst: Für diese Politik steht der Name Carl Bildt (37), der jetzt auf einem Sonderparteitag der „moderaten Sammlungspartei" zum neuen Chef der Konservativen gewählt wurde. Selten war eine Personalentscheidung auch gleichzeitig so stark eine Richtungsentscheidung.

Als der bisherige Parteivorsitzende Ulf Adelsohn (44) im Juni als Spätfolge des Wahldebakels vom vergangenen Herbst sein Amt zur Verfügung stellte, boten sich als Nachfolger Ingegerd Troedsson, Anders Wijkman und Carl Bildt an. Der Name Troedsson stand dabei für eine eher traditionell sozialkonservativ ausgerichtete Politik mit starker Verankerung auf der lokalen Parteiebene sowie Engagement für die Steuer- und Familienpolitik. Wijkman als Chef des schwedischen Roten Kreuzes hatte Kompetenz in Dritte-Welt-Problemen sowie Fragen der Rohstoff- und Umweltpolitik. Bildt verkörperte dagegen Sachkompetenz in Außen- und Verteidigungsfragen und hatte als Mitglied des Partei-Establishments wesentlichen Anteil an der Formulierung der konservativen neoliberalen Offensive.

Die Entscheidung zugunsten Bildts macht auch deutlich, daß die Konservativen aus dem enttäuschenden Abschneiden im Herbst nicht die Konsequenz ziehen, der überversorgte Durchschnittsschwede vertrage konservatives Gedankengut allenfalls in winzigen Dosen. Denn nach der letzten Wahlauseinandersetzung war den Konservativen vorgeworfen worden, sie polarisierten zu stark und wollten den Wohlfahrtsstaat aushöhlen.

Bildt ist wie Palme über den Weg des Studentenpolitikers in die große Politik gekommen. Diese Interessen



Etappensieg: Carl Bildt

verhinderten wohl auch, daß er sein Studium der Philosophie und der Staatswissenschaften zum Abschluß brachte. 1970 wirkte er als 21jähriger zum ersten Mal im Rahmen der zentralen Parteiführung als Wahlkämpfer mit. Nach dem bürgerlichen Wahlsieg 1976 gehörte er bereits zum inneren Kreis und befaßte sich mit einem der Haupthandicaps der schwedischen Bürgerlichen: Zugewinne der einen Partei stehen entsprechende Verluste der beiden anderen Partner (Liberale Volkspartei, Zentrum) gegenüber. Ein zermürbendes Nullsummenspiel. Innerhalb der Fälldin-Regierung hatte Bildt die Aufgabe, als Staatssekretär die Politik der bürgerlichen Koalitionspartner zu koordinieren. Im Stockholmer Reichstag sitzt er seit 1979.

Der breiten Öffentlichkeit bekannt wurde Bildt durch einen Vorgang, der als „Bildt-Affäre" Schlagzeilen machte: Wegen seiner Sachkompetenz war er in einen Untersuchungsausschuß berufen worden, der die „fremden Unterwassertätigkeiten" untersuchen sollte. Kaum war dieser Bericht, der die Russen beschuldigte, gezielt schwedische Gewässer auszuspionieren, 1982 publiziert worden, war Bildt nach Washington geflogen, um angeblich die Konsequenzen mit einem Admiral aus dem Pentagon und CIA-Beamten zu diskutieren. Der schwedische Reichstag hatte Bildt daraufhin mangelndes Urteilsvermögen und Verantwortungslosigkeit gegenüber dem eigenen Land vorgeworfen. Spätestens damals hatte sich in Konturen abgezeichnet, daß da einer das Zeug zum Parteiführer im Tornister hatte. Die Frage war nur, wann sich eine Gelegenheit bieten würde.

Bildt entstammt einer dänischen Adelsfamilie. Geboren in Halmstadt kam er als 10jähriger nach Stockholm. Er ist mit einer Tochter (Mia) des früheren konservativen Parteiführers Gösta Bohmann, verheiratet, dessen persönlicher Sekretär er 1973 wurde und der als sein politischer Ziehvater gilt. Bildt ist ein brillanter und sachkundiger Debattierer, ihm fehlt aber die persönliche Ausstrahlung.

Koreanische Opposition will Kim blockieren

rtr, Seoul

In Südkorea hat die regierende Demokratische Gerechtigkeitspartei ((DJP) einen Verfassungsentwurf ins Parlament eingebracht, der den prominenten Oppositionspolitiker Kim Dae-Jung von der Teilnahme an den nächsten Präsidentschaftswahlen ausschließen würde. Der Entwurf sieht vor, daß ein Präsidentschaftskandidat vor seiner Bewerbung fünf Jahre lang ununterbrochen in Südkorea gelebt haben muß. Kim war erst im Februar vergangenen Jahres aus dem Exil in seine Heimat zurückgekehrt. Der jetzige Präsident Chun Doo Hwan beendet seine siebenjährige Amtszeit 1988. Er hat dem Entwurf bereits seine Zustimmung erteilt.

Jumbo war kein Spionageflugzeug

dpa, Washington

Drei Jahre nach dem Abschuß der Boeing 747 der südkoreanischen Fluggesellschaft KAL durch sowjetische Abfangjäger über der Halbinsel Sachalin hat der amerikanische Journalist Seymour Hersh neue Erkenntnisse über den Vorfall zusammengetragen. Danach hatte die Maschine – im Gegensatz zu anderen, bisherigen Theorien – keinen Spionageauftrag. Der Abschuß am 1. September 1983, bei dem 269 Menschen getötet wurden, sei vielmehr die Folge von Navigationsfehlern der südkoreanischen Piloten sowie zahlreicher Irrtümer und Fehlschlüsse auf sowjetischer Seite gewesen. Die sowjetischen Offiziere, die den Befehl zum Abschuß des Jumbo-Jets gaben, glaubten nach Angaben aus US-Geheimdienstkreisen, ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug abzuschießen.

Geistlicher bei Verhör gefoltert?

AFP, Johannesburg

Der Sekretär der südafrikanischen Bischofskonferenz, Smangaliso Mkhatshwa, soll während eines Polizeiverhörs gefoltert worden sein. Dies berichtete die südafrikanische Tageszeitung „City Press". Die Bischofskonferenz protestierte beim Obersten Gerichtshof in Pretoria, nachdem sie von den Mißhandlungen erfahren hatte. Der schwarze Geistliche war nach der Verhängung des Ausnahmezustands am 12. Juni verhaftet worden.

Nicaragua nimmt „US-Spion" fest

dpa, Managua

Der Vize-Präsident der nicaraguanischen Handelskammer, Guillermo Quant Tai, ist wegen Verdachts der Spionage für den amerikanischen Geheimdienst CIA festgenommen worden. Das Innenministerium in Managua erklärte, daß bei einer Durchsuchung von Quant Tais Haus im Badezimmer versteckte Geheimcodes entdeckt wurden, die „speziell vom CIA präpariert waren".

Junejo lehnt Dialog mit Opposition ab

AFP, Islamabad

Der pakistanische Ministerpräsident Mohammad Khan Junejo hat erneut die Forderung nach Neuwahlen sowie jeden Dialog mit der politischen Opposition im Lande entschieden abgelehnt. Zugleich warnte er die Opposition davor, „Bedingungen zu schaffen, die dem nationalen Interesse schaden würden". Es sei die Aufgabe der Regierung, geeignete Maßnahmen gegen jene zu ergreifen, die gegen das „nationale Interesse" handelten, meinte er.

Martens reist in die „DDR"

rtr, Brüssel

Der belgische Ministerpräsident Wilfried Martens wird am 3. und 4. September die „DDR" besuchen. Der Ministerpräsident werde zuerst nach Ost-Berlin reisen, wo ein Treffen mit „DDR"-Staats- und Parteichef Erich Honecker vorgesehen sei, hieß es in Brüssel. Im Anschluß daran sei ein Besuch auf der Leipziger Herbstmesse geplant.

Bonn will Kontakt zu Wien verbessern

dpa, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher fliegt morgen zu Gesprächen mit der österreichischen Regierung nach Wien. Genscher will dabei unter anderem die deutsch-österreichischen Beziehungen nach den Streitigkeiten zwischen Bayern und Österreich verbessern. Zu Verstimmungen mit Wien war es wegen der Weigerung der bayerischen Behörden gekommen, Atomkraftgegner aus Österreich zum Protest gegen die in Wackersdorf geplante atomare Wiederaufarbeitungsanlage über die Grenze zu lassen.

Stand UdSSR hinter Putschversuch in Äquatorialguinea?

gö. Madrid

Nur wenige Minuten, nachdem er sein Todesurteil gehört hatte, wurde in Malabo, der Hauptstadt von Äquatorialguinea an der westafrikanischen Küste, der Feldwebel Abeso Mondu standrechtlich erschossen. Abeso hatte zusammen mit anderen versucht, Staatspräsident Oberstleutnant Obiang Nguema zu stürzen und gab zu, in Kontakt mit „auswärtigen Regierungen" gestanden zu haben.

Auf der Akademie Granma auf Kuba ausgebildet, hatte der Feldwebel unter anderem mit dem nordkoreanischen Botschafter in Malabo über Hilfe bei der Errichtung eines kommunistischen Systems verhandelt. In Malabo vermutet man, daß hinter dem Putschversuch das Bemühen der Sowjetunion steckt, ihren Seestützpunkt auf der Insel Bioko, früher Fernando Poo, zurückzugewinnen.

Seit Äquatorialguinea die Selbständigkeit erhielt, interessiert sich Moskau für Bioko. Von dort aus könnten unter anderem die Küsten Nigerias und Kameruns mit den Häfen Lagos, Port Harcourt und Douala militärisch bedroht werden. Sowjetische Berater stützten deshalb den ersten Präsidenten des unabhängigen Staates, Macias – auch dann noch, als dieser sich zu einem äußerst brutalen Diktator entwickelte. Sie trieben den Ausbau eines hervorragend geeigneten Naturhafens auf Bioko zu einem Stützpunkt für ihre im Atlantik operierenden Kriegsschiffe voran, bemühten sich aber gleichzeitig um die Ausbildung junger, zum Sturz von Macias entschlossener Oppositioneller. Zu ihnen gehörte auch der jetzt hingerichtete Feldwebel.

Als Obiang 1979 den Kommunisten zuvorkam, seinen Onkel Macias stürzte und hinrichten ließ, verlor auch Moskau seinen Einfluß. (SAD)

In Haft, weil er schweigt

Italiens Ex-Geheimdienstchef verweist auf Staatsgeheimnis

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Waffengeschäfte zwischen Rom und Tripolis, ein Arrangement mit Libyen über die Abschiebung nahöstlicher Terroristen und der mysteriöse Absturz eines italienischen Militärflugzeuges bilden den dunklen Hintergrund der Verhaftung des ehemaligen Chefs der militärischen Abwehr Italiens, General Ambrogio Viviani.

Er war im Mai aus dem aktiven Dienst ausgeschieden. Jetzt wurde er in Beugehaft genommen, weil er sich geweigert hatte, bei einer Untersuchung über PLO-Waffenlieferungen an die Roten Brigaden detaillierte Zeugenaussagen über einige Geheimdienstaffären zu machen, die er am 10. Mai in einem Interview mit dem Magazin „Panorama" aufgegriffen hatte. Der General begründete seine Weigerung mit dem Hinweis auf das Staatsgeheimnis.

In dem „Panorama"-Interview hatte Viviani aus der Zeit, in der er die Abwehr leitete (1970 bis 1974), ziemlich dezidiert über die Bewaffnung des Khadhafi-Regimes durch Italien und über eine Vereinbarung mit Tripolis über die Freilassung von palästinensischen Terroristen berichtet, die in Rom ein israelisches Flugzeug mit einer Rakete abschießen wollten.

Andeutungsweise hatte er dann zu verstehen gegeben, daß die Militärmaschine, die zwei der Terroristen nach Tripolis gebracht hatte und drei Tage später bei Venedig abgestürzt war, einem Sabotageakt des israelischen Geheimdienstes zum Opfer gefallen sei. Als Richter Mastelloni jetzt Näheres über diesen Absturz wissen wollte, antwortete Viviani, er habe das alles auch nur von dritter Seite gehört. Im übrigen verschanzte er sich hinter das Staatsgeheimnis.

Außerdem hatte Viviani über eine Aktion des italienischen Geheimdienstes gegen Khadhafi-Gegner berichtet, die am 31. März 1971 in Tripolis einige ihrer Gesinnungsfreunde durch ein Kommandounternehmen aus der Haft befreien wollten, jedoch kurz vor der Abfahrt aus Triest von der italienischen Abwehr verhaftet wurden. Khadhafi habe sich dafür bei den italienischen Geheimdienstleuten mit Juwelengeschenken erkenntlich gezeigt.

Er behauptete außerdem, daß Italien das Khadhafi-Regime nicht nur mit modernen Waffen versehen, sondern ihm auch den Geheimdienst aufgebaut und militärische Ausbilder nach Libyen entsandt habe.

Als im September 1973 in der Nähe des römischen Flugplatzes Fiumicino fünf Araber mit zwei Boden-Luft-Raketen verhaftet wurden, mit denen sie eine israelische El-Al-Maschine nach dem Start abschießen wollten, soll der damalige Ministerpräsident Moro laut Viviani zum Chef des Gesamtgeheimdienstes, General Miceli, gesagt haben: „Versuche nie, dich mit Arafat zu einigen. Finden Sie eine Lösung! Wir wollen in diese Sache nicht verwickelt werden."

Daraufhin wurden nach einem summarischen Ermittlungsverfahren der Justiz zwei der Terroristen sofort freigelassen und mit der italienischen Militärmaschine „Argi 16", einer „C 47-Dakota", via Malta nach Tripolis abgeschoben. Die anderen drei kamen ein halbes Jahr später frei.

Drei Tage nach der Abschiebung der beiden Terroristen stürzte das Flugzeug mit derselben Mannschaft, die nach Tripolis geflogen war, über Mestre ab. In dem „Panorama"-Interview zitierte Viviani nicht näher bezeichnete Stimmen, die damals von einer Vergeltungsaktion des israelischen Geheimdienstes Mossad gesprochen hätten.

USA drängen Pinochet zur Demokratie

WERNER THOMAS, Miami

Als General Augusto Pinochet am 11. September 1973 mit einem blutigen Putsch das marxistische Volksfront-Experiment beendete, atmetete die damalige Nixon-Regierung auf. Wie sich später herausstellte, war der amerikanische Geheimdienst CIA an Destabilisierungsaktionen gegen die gestürzte Linkskoalition beteiligt. Lange Zeit herrschten dann harmonische Verhältnisse zwischen Washington und Santiago.

Wenn Pinochet den 13. Jahrestag seiner Machtübernahme feiert, befinden sich die Beziehungen beider Länder einer höchst kritischen Phase. Die USA sparen nicht an Vorwürfen gegenüber Pinochet, und fordern eine baldige Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen.

Präsident Reagan sagte in einem Interview der mexikanischen Zeitung „Excelsior": „Wir wollen den friedlichen und geordneten Übergang zu einer demokratischen Regierung unterstützen und uns für eine größere Respektierung der Menschenrechte einsetzen."

Abrams' Handschrift

Politische Beobacher in Washington bringen den neuen Chile-Kurs mit Elliott Abrams in Verbindung, dem resoluten Lateinamerika-Chef des State Department.

Washington wäre damit einverstanden, wenn Pinochet noch bis zum Ende seiner verfassungsmäßigen Amtszeit im Jahre 1989 regierte. In der Zwischenzeit könnten Übergangsschritte eingeleitet werden wie etwa die Legalisierung der politischen Parteien. Pinochet verrät jedoch nicht seine Zukunftspläne. Einmal erweckt er den Eindruck, daß er noch weitere acht Jahre an der Macht bleiben möchte. Dann scheint er für 1989 Rücktrittsabsichten zu signalisieren. Im Juli sagte er: „Das Volk wird über die Fortsetzung der Arbeit dieser Regierung entscheiden."

Zunächst versuchte Washington durch eine „stille Diplomatie" (Abrams) auf Pinochet einzuwirken. Als diskrete Bemühungen erfolglos blieben, änderte die Reagan-Regierung ihre Taktik. Außenminister Shultz und Abrams plädierten offen für einen Demokratisierungsprozeß. Abrams forcierte die Warnung, der General helfe lediglich den Marxisten, wenn er eine demokratische Lösung verhindere.

Chile war auch Anlaß dafür, daß sich der konservative State-Department-Beamte mit Senator Jesse Helms anlegte, einem ideologischen Gesinnungsgenossen, der während einer Chile-Reise im Juni dem General seine Sympathien bekundete.

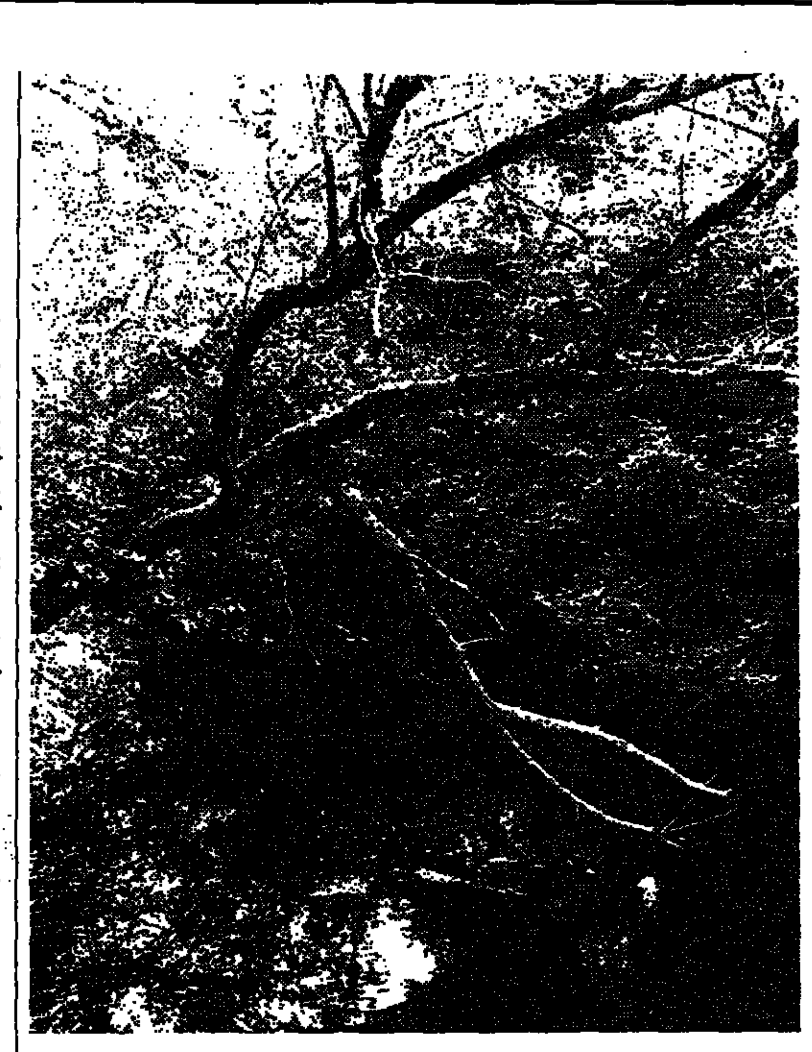
Als der lange in Washington lebende Chilene Rodrigo Rojas den Egri einen grausamen Verbrennungs-Tod erlitt, der auf das Konto der Militärs geht, nahm US-Botschafter Barnes an der Beisetzungsfeier teil. Helms nannte das KP-Mitglied Rojas dagegen einen „kommunistischen Terroristen".

Abrams schickte zunächst seinen Stellvertreter Robert Gelbard nach Santiago, um den Eindruck zu verwischen, in Washington sei man sich nicht einig über die Chile-Politik. Während Pinochet Senator Helms eine zweieinhalbstündige Audienz gewährte, wollte er Gelbard nicht empfangen. Anfang August erläuterte dann General John Galvin, der in Panama stationierte Kommandeur der US-Truppen in Lateinamerika, Pinochet Washingtons Position.

Sanktionen im Gespräch

Die „New York Times" meldete, die Galvin-Mission habe das brisante amerikanisch-chilenische Verhältnis nicht entspannen können. Pinochet zeige nach wie vor keine Kompromißbereitschaft. Jetzt drohe eine Eskalation der Konfrontation: Washington erwäge Sanktionen. So wolle die US-Regierung bei der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank gegen geplante Chile-Kredite in Höhe von 750 Millionen Dollar stimmen. Chile, mit rund 20 Milliarden Dollar eines der höchstverschuldeten Länder Lateinamerikas, ist auf solche Darlehen dringend angewiesen.

In Washington wird jedoch bezweifelt, ob Maßnahmen dieser Art den General zum Einlenken bewegen. Langhorne Motley, Abrams Amtsvorgänger, berichtete nach einer Unterredung mit Pinochet: „Ich bin noch nie einer so harten Nuß begegnet." Pinochet warntem damals: „Ich nehme keine Befehle an. Wir sind keine amerikanische Kolonie."



Erweiterte Auengebiete stellen das ökologische Gleichgewicht wieder her FOTO: PETRA DEIMER

Wie grüne Auenwälder wieder das Hochwasser der Flüsse regulieren

Von HANS KRUMP

Seinen einjährigen Geburtstag hat das Rastatter Auen-Institut des World Wildlife Fund (WWF) bereits gefeiert. Auf das seit Mai 1985 Geleistete sind die zehn Wissenschaftler, unter ihnen Geobotaniker und Limnologen, dann auch ein wenig stolz. Ihr Ziel ist es nämlich, für den Erhalt und die Wiederherstellung der Auwälder zu arbeiten, die als „natürlichen" Rückzugs- und Auffangbecken des Hochwassers gelten.

Einen wesentlichen Erfolg errangen die Lobbyisten der „letzten Paradiese in Mitteleuropa" bereits mit der Umwandlung eines geplanten Hochwasser-Taschenpolders bei Breisach in ein Auengebiet. Hier ist es dem Institut gelungen, den verantwortlichen Planern die Zustimmung zur Renaturierung von 300 Hektar Auengebiet abzuringen.

In den vergangenen Jahren sind die zeitweise gebannten Hochwassergefahren wieder zum aktuellen Thema geworden. Infolge der Rheinregulierungen im 19. Jahrhundert und den modernen Ausbaumaßnahmen durch Dämme und Staustufen, wobei 60 Prozent der früheren Überflutungsfläche verloren ging, wurden die oberrheinischen Auen in immer kleinere Reservate zurückgedrängt. Angesichts der gewaltigen Zerstörungen dieser Feuchtgebiete, die sich durch eine einzigartige Flora und Fauna auszeichnen, werten die Wissenschaftler diesen Erfolg als einen wichtigen Neubeginn.

Der Leiter des Aueninstituts, Emil Dister, rechnet allerdings nicht überall mit ähnlichen Erfolgen wie bei Breisach: „Oft reicht die Fläche nicht aus für solche Projekte." Er verweist auf Siedlungen, Kiesabbau sowie auf reservierte Standorte für künftige Kernkraftwerke. Dennoch hofft man, in den kommenden Jahren in Baden-Württemberg rund 5000 Hektar Auenfläche wiederherstellen zu können.

Auf der anderen Rheinseite, im Elsaß, sieht die Situation trüber aus. Wegen des Grand Canal D'Alsace, der Kanalschlingen und des künstlichen Wasser-Höhertransports kann das Wasser von den Auen nicht wieder in den Rhein zurückfließen. Möglichkeiten für Erhalt und Wiederherstellung sieht das WWF-Auen-Institut allenfalls in einer Änderung der geplanten Eindämmungsmaßnahmen im Mündungsgebiet der Ill, die nördlich von Straßburg in den Rhein einfließt.

Die Auenschützer arbeiten grenzüberschreitend. Zu ihren Projektländern gehören, neben der Bundesrepublik und Frankreich, die Schweiz und Österreich. Beispielsweise laufen Gespräche über ein deutsch-französisches Schutzgebiet auf beiden Seiten des Rheins, das bis 1988, so rechnet Dister, Wirklichkeit werden könnte.

Neben Frankreich, wo auch die geplanten Staustufen an der fast unbebauten Loire Sorgen bereiten, ist Österreich ein weiteres „Schwerpunktland" der Auenschützer. Hier hat die Frage einer möglichen Zerstörung von Auenwäldern im Zusammenhang mit dem geplanten Bau des Donau-Kraftwerks Hainburg östlich von Wien für internationale Schlagzeilen gesorgt.

Für die March-Auen an der Grenze zur CSSR ist ein Pflegeplan fertiggestellt worden, der das Verschwinden der forstwirtschaftlichen Nutzung vorsieht. Monokulturen wie Pappelwälder sollen natürlichem Wuchs weichen: Im niederen Bereich Stieleichen, Flatterulmen, Feldeschen, Graupappeln und Wildbirnen, in höheren Ebenen Feldahorne oder Hainbuchen. Zur Zeit wird eine Datenbank aufgebaut, in der sämtliche Informationen über Auenlandschaften in Europa gespeichert werden.

Welche Auswirkungen herkömmlicher Auen-Bewuchs auf Pflanzen- und Tierwelt, Boden- und Wasserhaushalt hat, wird derzeit in einem Projekt untersucht, das im Naturschutzgebiet „Rastatter Rheinauen" angelaufen ist. Die Naturschützer wollen zeigen, daß die Wälder auch in einer gemäßigten Dauerschlagphase genutzt werden können, die ökologischen Forderungen erfüllen und dennoch den Waldbesitzern einen angemessenen Ertrag einbringen. Die durch die „naturnahe Bewirtschaftung" geförderte Waldvielfalt ist in den Rastatter Rheinauen immerhin Lebensraum für 90 Brutvogel-, 45 Libellen- und 430 Schmetterlingsarten sowie für zahlreiche gefährdete Amphibien.

Für diese Untersuchung erhalten die Naturschützer vom Land ebenso Unterstützung wie beim Projekt in Kühkopf-Knoblochsaue im Kreis Groß-Gerau. Hessens größtes Naturschutzgebiet wird vom Auen-Institut, mehreren Universitäten und dem Land als Modell für die natürliche Vegetationsentwicklung erforscht. Für die geplante Studie sollen drei Forscher in dem Gebiet um den Altrheinarm mit seinen Tümpeln und verschlungenen Wasserläufen wohnen und in einem Labor Boden und Tierwelt untersuchen.

Die Rastatter Forschungsanstalt könnte größer sein, teurer, mit mehr Mitarbeitern, wenn sie öffentliche Einrichtung wäre. Doch auf Unabhängigkeit von Behörden und Ämtern ist man im einzigen Auen-Institut in Europa – nur noch am Mississippi gibt es eine vergleichbare Institution – stolz. „So können wir guten Gewissens unsere Gutachten erarbeiten und werden als Ratgeber von den staatlichen Stellen gerne gehört und akzeptiert", sagt Institutsleiter Dister.

Wenn sich dann Politiker wie der rheinland-pfälzische Umweltminister Töpfer vor einer Landtagsdebatte erst einmal im Auen-Institut umsehen und dort Informationen und Argumente einholen, fühlt sich die kleine Forscherschar in Rastatt in ihrer Arbeit besonders bestätigt.

Der Lärm versickert in der Straße

In Zürich wird jetzt erstmals innerorts ein geräuscharmer Fahrbahnbelag getestet

Von LUDWIG KÜRTEN

Die Badenerstraße in der Züricher Innenstadt sieht zur Zeit aus wie eine gewöhnliche Baustelle. Doch in den Baugruben verbirgt sich eine Weltpremiere. Hier wird im Stadtbereich erstmals ein „lärmschluckender" Straßenbelag eingebaut. Er soll auch bei niedrigen Geschwindigkeiten, vor allem aber bei nasser Fahrbahn, die Abrollgeräusche der Autoreifen vermindern und so den Straßenlärm für die Anwohner erträglicher gestalten.

Nicht nur die Fahrbahnen, sondern auch die danebenliegenden Bus- und Straßenbahntrassen werden mit dem neuen Belag versehen. Dieser sogenannte Drainasphalt war ursprünglich entwickelt worden, um auf nassen Straßen das berüchtigte Aquaplaning zu verhindern. Zu diesem Zweck war er in der Schweiz auch schon auf kurzen Straßenabschnitten außerorts eingebaut und getestet worden. Dabei zeigte sich dann, daß er als unerwarteten Nebeneffekt auch die Fahrgeräusche erheblich vermindern kann.

An dem Belag fällt sofort die poröse Struktur auf, die an Styropor erinnert. Diese Oberfläche verringert nicht nur das Rollgeräusch der Reifen, sie strahlt auch weniger von dem restlichen Fahrlärm an die Umgebung ab als herkömmliche Beläge. Auf der 250 Meter langen, stark befahrenen Versuchsstrecke soll nun getestet werden, ob sich der Belag auch innerorts bewährt.

Der ungewöhnliche Asphalt erfordert allerdings einige technische Kniffe, denn er besitzt einen Nachteil: Wegen seiner porösen Struktur fließt das Wasser darauf nicht ab, sondern sickert bis auf den darunterliegenden undurchlässigen Untergrund ein. Wird es nicht abgeleitet, würde die Straße schon nach einem kurzen Regenguß unter Wasser stehen. Deshalb ist es erforderlich, den Untergrundbelag leicht seitlich abfallend zu konstruieren, so daß Wasser von der Straßenmitte bis zum Rand hin abfällt. Dort wird es dann von einer Sickerleitung abgeführt. Ähnlich verfuhr man auch im Bereich der Straßenbahntrasse um zu verhindern, daß die Gleise zu rosten beginnen.

In Zürich erwartet man nun gespannt die Ergebnisse dieses Versuchs. Nach dem Einbau will man Lärmmessungen vornehmen und sie mit dem Schallpegel der Straße vor dem Umbau vergleichen. Daneben sollen auch die Widerstandsfähigkeit des Belags und seine Wintertauglichkeit geklärt werden. Was die Frage der Verschmutzung angeht, ist man schon jetzt sehr optimistisch: Man hat festgestellt, daß auf Grund der Sogwirkung der Autoreifen eine Selbstreinigung stattfindet.

Nach Abschluß der Versuchsphase soll eine Kosten-Nutzen-Analyse vorgenommen werden. Erst dann wird sich zeigen, ob sich die Investitionen von 5,6 Millionen Franken gelohnt haben, ob der Drainasphalt auch andernorts eingesetzt werden kann oder ob er nur an bestimmten Stellen, etwa stark befahrenen Straßen verwendbar ist.

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Weltbodenkonferenz

Hamburg (dpa) – Zu einer Weltkonferenz zum Schutz der Böden hat jetzt die Internationale Bodenkundliche Gesellschaft (IBG) aufgerufen. Wissenschaftler aus über 80 Ländern entschlossen sich zu dieser Resolution aus Sorge um den begrenzten Rohstoff „Boden". Wie der Präsident der IBG, Herbert Kuntze, mitteilte, sei besonders in den Entwicklungsländern eine falsche Nutzung der Ackerböden zu beobachten. Dadurch weite sich die „Verwüstung der Erde" immer mehr aus. Hinzu komme die natürliche Abtragung durch Wind und Wasser. Dies wirke sich zum Nachteil der Welternährung und des ökologischen Gleichgewichts aus.

Verschmutzte Nordsee

Hamburg (DW.) – Die Verschmutzung der Nordsee mit chlorierten Kohlenwasserstoffen hat sich trotz Gegenmaßnahmen kaum verändert. Dies ist das Ergebnis der 87. Fahrt des Forschungsschiffes „Gauß" des Deutschen Hydrographischen Institutes in Hamburg. Während die Konzentration des Insektenvernichtungsmittels DDT abgenommen hat, ist die von Lindan deutlich angestiegen und hat sich damit seit 1981 verdoppelt. Dabei wurden die höchsten Lindan-Werte vor den Mündungen von Weser und Elbe gefunden. Die gemessenen Konzentrationen der Kohlenwasserstoffe Hexa- und Pentachlorbenzol waren im Vergleich unverändert.

Auch Mopeds bleifrei

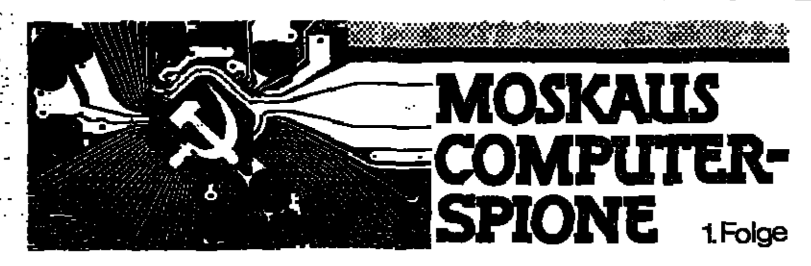
Bonn (DW.) – Ab sofort können die rund 1,9 Millionen Mofa- und Mopedfahrer sowie die Besitzer von Motorrasenmähern und -sägen „bleifreien" Kraftstoff tanken. Wie die Deutsche Shell AG mitteilte, sind die Zweitaktzapfsäulen ihrer 1200 Stationen auf unverbleites Benzin umgerüstet worden. Dieser Kraftstoff ist nicht nur umweltfreundlich und preisgünstiger, seine Verwendung erhöht auch die Lebensdauer der Zündkerzen.

Zeit spart Geld. Deshalb rechnen wir schneller.



Eine WELT-Serie über den illegalen Handel mit High Technology von West nach Ost

Der Schmuggel von stategisch brisanter Elektronik in die UdSSR ist Big Business, betrieben von westlichen Geschäftemachern und eingefädelt von östlichen Geheimdiensten. NATO-Experten halten den illegalen Handel mit High Technology mittlerweile für das Spionage-Thema Nr. 1, denn vor allem die Mikroelektronik ist zu einem entscheidenden Faktor im strategischen Wettlauf der Supermächte geworden. In einer Serie für die WELT enthüllt Jay Tuck, ein intimer Kenner der Materie, auf welch verschlungenen Pfaden die heiße Ware seinen Empfänger im Osten erreicht. Die Bundesrepublik Deutschland gilt als Drehscheibe für das große Geschäft, bei dem Moskau der Nutznießer ist: Die sowjetischen Waffenschmiede sparen Entwicklungskosten in Milliardenhöhe.



Der Deutsche Bruchhausen ist für die Amerikaner eine Schlüsselfigur

Von JAY TUCK

Vierzehn Monate saß der deutsche Mehrfach-Millionär Werner Jürgen Bruchhausen in einem Londoner Untersuchungsgefängnis und widersprach dem Auslieferungsbegehren der amerikanischen Justiz. In den USA wird der Düsseldorfer Elektronikhändler beschuldigt, Embargo-Bestimmungen verletzt zu haben. In höchster Instanz entschied das House of Lords vor kurzem, daß dem Antrag aus Washington stattzugeben ist. Der Kaufmann wurde unmittelbar danach an die USA ausgeliefert. Für den Deutschen ist sein Fall ein Justiz-Skandal. Er sieht sich als politischen Spielball und fürchtet, er soll als Sündenbock für amerikanische Machtinteressen herhalten.

US-Fahnder, die in Washington auf ihn warten, sehen die Sache ganz anders. Sie halten Bruchhausen für die Schlüsselfigur in einem großangelegten Schmugglerring, der jahrelang strategische Computer in die Sowjetunion schleuste – zum Schaden der westlichen Sicherheit. Sie legen ihm die illegale Lieferung ganzer Fabrikanlagen für die Herstellung von Warschauer-Pakt-Waffen zur Last.

Wenn im US-Senat, im Pentagon oder in geheimen Sitzungen der *NATO-Alliierten das Thema illegaler* Technologie-Transfer zur Sprache kommt, fällt immer wieder der Name Werner Bruchhausen. Vor der Londoner Festnahme galt er als einer der meistgesuchten internationalen Technologie-Schleuser.

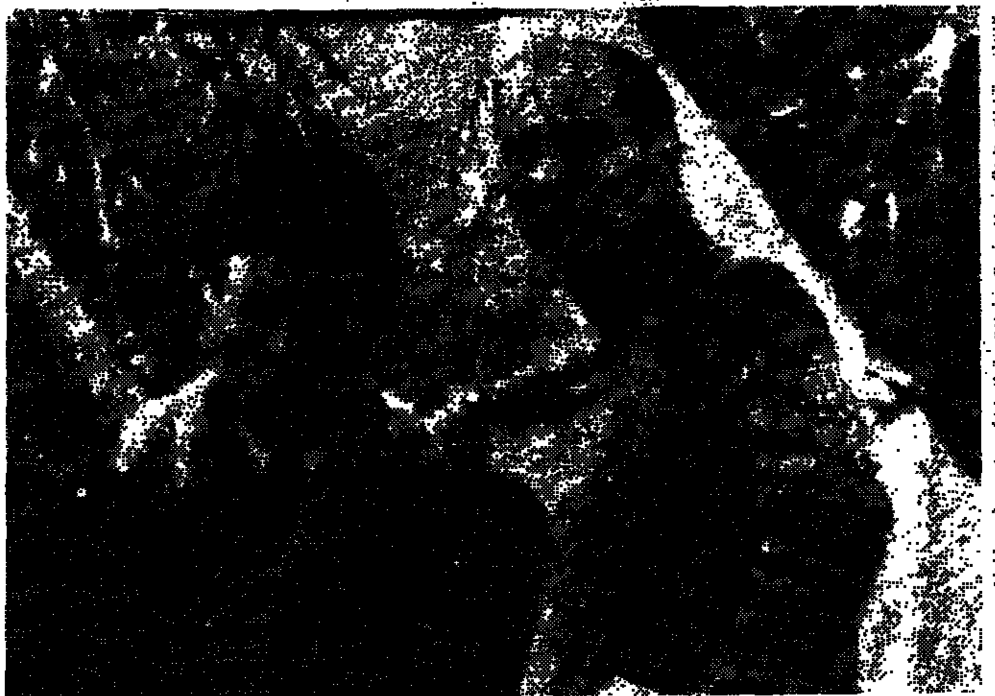
Der Schmuggel von strategischer Elektronik in die UdSSR ist Big Business – betrieben von westlichen Geschäftemachern und gesteuert von östlichen Geheimdiensten. Einige NATO-Experten halten ihn inzwischen für das Spionage-Thema schlechthin, denn High-Technology – vor allem die Mikroelektronik – ist *zum entscheidenden Faktor im strategischen* Wettlauf der Supermächte geworden. Eine Drehscheibe dieses schwarzen Handels war immer wieder die Bundesrepublik Deutschland.

● *Strategische* US-Laser-Spiegel – Schlüssel zu künftigen Weltraum-Waffen – schmuggelte ein Darmstädter *Handelsvertreter* über die Schweiz in die UdSSR. Der amerikanische Hersteller, Walter Spawr, wurde deswegen zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt. Deutsche Beteiligte kamen straffrei davon.

● Auf den Flughäfen von München und Frankfurt beschlagnahmten deutsche Zollfahnder am 5. Juli 1982 Computer im Wert von 450 000 Dollar. Die strategischen Rechner befanden sich auf einer illegalen Irrfahrt über die Bundesrepublik Deutschland in den Ostblock. Hintermänner waren der Schweizer Geschäftsmann Fred Schiavo und der deutsche Physiker Dieter Enderlein.

● Das Kölner EDV-Unternehmen Datagon war Station auf einer Schmuggelroute für PDP-11-Computer auf ihrer Reise gen Osten. Nebst *Computer* war *die Lieferung* von Software, Service und sogar Schulung für das bulgarische Personal vertraglich vereinbart. Datagon-Mitarbeiter Ivor Edwards: „Ich hatte keine Ahnung, daß der Handel verboten war."

● Im November 1983 sorgte eine Sendung des Jesteburger *Mehrfach*-Millionärs Richard Müller für internationale Schlagzeilen. Bei einer Nacht-und-Nebel-Aktion wurde die Ladung im Hamburger Hafen beschlagnahmt. Inhalt: drei komplette Schnellrechner des Typs VAX 780.





Zwei Deutsche, die international für Schlagzeilen sorgten: *Jürgen Bruchhausen (Mitte)* und Richard Müller (rechts). Ein bewährter Kontaktmann vom KGB: Viktor Kedrow, Nummer zwei der Moskauer Elektronik-Industrie (links mit Mütze) bei einem Treffen mit dem dänischen Spion Bent Weibel

US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger ließ die brisante Ware nach Washington fliegen und stellte sie der Weltpresse als Beispiel für die Machenschaften sowjetischer Computer-Schmuggler vor. *Nebst* Computer-Anlagen lieferte der inzwischen flüchtige Schwarzhändler auch westliche Schreibtische und Lampen, Fußbodenbeläge und Feuerlöscher an Rüstungsbetriebe in der Nähe von Moskau. Müller verdiente gut.

Bei der Durchsicht seiner Schweizer Kontoauszüge entdeckte die Lübecker Staatsanwaltschaft Umsätze, die 300 Millionen Mark überstiegen.

Der Russe mit den Gucci-Schuhen

Werner Bruchhausens Karriere in der Elektronik-Branche hat nach den Ermittlungen der Behörden auf einer Fachmesse in München begonnen, wo sowjetische Vertreter ihn *ansprachen*. Sie stellten lukrative – wenngleich illegale – Aufträge in Aussicht, und Bruchhausen biß an. Kontaktmann für den Deutschen wurde alsbald kein Geringerer als Viktor Kedrow, die Nummer zwei der Moskauer Elektronikindustrie.

Der teuer gekleidete Russe, mit Schweizer Uhr und Gucci-Schuhen, war ein Mann mit einschlägiger Erfahrung. Bevor er den Posten als Vizepräsident des Staatsunternehmens *Elorg übernahm, hatte* Kedrow jahrelang im Ausland gedient: als Spion.

In England enttarnte ihn die Spionage-Abwehr als Offizier des militärischen Geheimdienstes GRU und ließ ihn *ausweisen. Seine nächste Station* war Kopenhagen. Dort konnte Kedrow einen dänischen Spion namens Bent Weibel an Land ziehen. Die beiden wurden bei einem konspirativen Treffen am 21. Februar 1975 observiert, und der Däne mußte die Beziehung mit einer achtjährigen Haftstrafe büßen.

Der *sowjetische* Führungsoffizier kehrte heim und wurde für seine Verdienste mit einer Spitzenstellung belohnt. Viktor Kedrow setzte sich nun auf seinen Chefsessel bei Elorg und übernahm – bei großzügigem Gehalt und den dazu gehörenden Privilegien der Moskauer Oberschicht – die Verantwortung für die legale und illegale Beschaffung von strategischen NATO-Gütern. Der neue deutsche *Handelspartner paßte gut in seine* Pläne.

Nach den ersten Kontakten mit den Sowjets reiste Werner Bruchhausen nach Los Angeles, wo er mehrere Firmen gründete. Ähnlich wie im Rauschgifthandel kamen einige Postfachadressen, Mittelsmänner und einschlägige *Speditionen hinzu, mit* denen Schmuggelrouten getarnt werden konnten.

Bruchhausens US-Partner, ein gewisser Toni Maluta, verfügte über eine reichhaltige Sammlung von Briefköpfen, Anschriften und Absendern. Mal nannte er sich „Continental Tech*nology*", *„California Technology*" oder „Consolidated Protection", mal „Interorga", „Atlantic Universal" oder „Universal *Digital*". Maluta trat als „Präsident" oder „Vizepräsident" auf, gelegentlich – ganz bescheiden – nur als „Verkaufsdirektor". Die Geschäfte einer Firma wurden sogar aus dem Hinterzimmer des German-American Club geführt.

Bruchhausen unterhielt seinerseits Geschäftsverbindungen mit Mashpriborintorg und Elektronorg in Moskau, VEB Carl Zeiss und Dr. Günther Forgber in Jena und Ost-Berlin, Metronex und Unitra in Polen, Tungsram in Budapest und Isotempex in Sofia. Die Umsätze beliefen sich auf mindestens zwölf Millionen Dollar.

Und so funktionierte es: Ostblock-Kundschaft bestellte US-Embargo-Ware bei Bruchhausen in Europa, der die Bestellung an Maluta weitergab. In Los Angeles besorgte Maluta das strategische Gerät über eine seiner zahlreichen Firmen. Nach außen sah alles legal aus: Eine US-Firma kaufte von einer anderen US-Fir*ma*. Eine Ausfuhrgenehmigung – Vorschrift für den Export strategischer Güter aus den USA – war nicht erforderlich.

Mit gefälschten Frachtpapieren und wechselnden Waybill-Nummern wurde die Ware anschließend von Kalifornien – über Düsseldorf, München, Bad Reichenhall, Bonn, Wien, Zürich oder Amsterdam – nach Moskau verfrachtet. Die verschlungenen Versandwege hatten vor allem ein *Ziel: die wahren Abnehmer im Osten* vor den US-Behörden zu kaschieren.



Staatsanwalt Theodore Wu aus Los Angeles stellte Bruchhausen eine Falle: Sand statt Chips

FOTOS: JAY TUCK

Die Brisanz der Sache war den Beteiligten durchaus bewußt. Aus Angst vor Überwachung, so meinte die *Spionageabwehr, verständigten sie* sich mit verschlüsselten Codes. Die Bestellnummer 7200, beispielsweise, bedeutete eine *Lieferung* für Bulgarien.

Doch die Staatsanwaltschaft in Los Angeles bekam dennoch Wind von der Sache. Dr. Theodore Wu, zuständig für die Ermittlungen, entwickelte einen Plan. Er wollte etwas Sand in das Getriebe der Bruchhausen-Operation streuen. Am 3. Juni 1980 war es dann soweit.

Dietmar *Ulrichshofer*, der für Bruchhausen in Europa arbeitete, war auf dem Weg zum Wiener Flughafen, wo er eine Sendung aus Los Angeles in Empfang nehmen sollte. Inhalt: supermoderne Silicon-Brenner zur Herstellung von Mikrochips. Den gefährlichsten Abschnitt hatte die *heiße Fracht hinter sich*. Sie war problemlos aus den USA herausgekommen und befand sich auf dem neutralen Boden Österreichs. Anschlußflüge mit der KLM 940 nach Amsterdam und der Aeroflot 702 nach Moskau waren bereits gebucht.

Bezahlt hatte Ulrichshofer 400 000 Dollar für die Sendung. *Der Moskauer* Vertrag in seiner Tasche belief sich auf 764 000 Dollar. Die Differenz stand ihm zu. Kurz vor Mitternacht steuerte er seinen Wagen in eine Parklücke am Frachtgebäude des Flughafens. Doch als er die Kisten öffnete, stockte ihm der Atem: Die *Silicon-Brenner waren* verschwunden. An ihrer Stelle entdeckte er Sand – nur feinkörnigen, weißen kalifornischen Sand.

Ulrichshofer war außer sich. *Hektisch* und ziellos lief er durch das nächtliche Flughafengebäude. Er konnte die Kisten kaum weiter nach Moskau senden. Sein Geld war verloren. Ulrichshofer war viel zu verwirrt, um den Amerikaner zu bemerken, der ihn aus diskreter Distanz beobachtete. *Roger Urbanzki, abgesandt* von der US-Botschaft in Bonn, freute sich. Er meldete den Erfolg an den Staatsanwalt in Los Angeles.

Die Silicon-Brenner hatten Kalifornien nie verlassen. Dafür sorgte Dr. Theodore Wu. Er wollte den Verlust der strategischen Anlagen nicht ris*kieren*.

Auf dem Rücksitz lagen drei geladene Revolver

Um die weltweiten Bewegungen der Schmuggelsendung dennoch zu verfolgen, hatte er die Frachtkisten heimlich mit Sand füllen lassen und auf die Reise geschickt. Der Trick hat funktioniert. Die Beweise, die der Staatsanwalt suchte, waren ausreichend.

Kurz darauf wurde Toni Maluta in Kalifornien verhaftet. Auf dem Rücksitz seines Autos lagen drei geladene Revolver. Am selben Tag erhob ein US-Bundesgericht Anklage gegen ihn, eine US-Komplizin, sowie gegen Werner Bruchhausen und Dietmar Ulrichshofer.

Am Ende wurde Maluta zu einer fünfjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. *Doch Bruchhausen und Ulrichs*hofer blieben der Gerichtsverhandlung fern. Als Europäer mußten sie eine Auslieferung wegen eines Embargo-Delikts nicht fürchten. Der US-Ankläger konnte sie nur als „flüchtig" in die Fahndungsbücher eintragen. Doch Ulrichshofer blieb *weiterhin im* Geschäft und war im Frühjahr dieses Jahres in eine Schmuggelaffäre in Belgien und Österreich verwickelt.

Erst im April 1985 wurde Werner Jürgen Bruchhausen verhaftet. Er war mit einem brasilianischen Paß unter dem Namen Ernesto Hause in einem Londoner Hotel abgestiegen. Seitdem sitzt er in U-Haft.

Während Bruchhausen sich mit den Mühlen der westlichen Justiz abmüht, muß sich sein Moskauer Geschäftspartner Viktor Kedrow keine Sorgen machen. Der Geheimdienstler a. D. wurde wieder mal befördert. Er arbeitet heute als Mitglied der sowjetischen Delegation bei den MBFR-Abrüstungsverhandlungen in Wien.

Im Gegensatz zu ihren angeworbenen Mitarbeitern müssen die Profi-Agenten aus dem Ostblock die Härte des Gesetzes im Westen kaum fürchten. In überwiegender Zahl sind sie als Angestellte in Botschaften, Konsulaten und Handelsmissionen beschäftigt. In der Tasche *tragen viele* von ihnen Diplomatenpässe. Im schlimmsten Fall müssen sie damit rechnen, des Landes verwiesen zu werden. Auch wenn einer ohne Immunität erwischt wird, muß er selten lange sitzen. Meist werden abgeurteilte Ostbürger schnell nach Hause geschickt, wo nicht selten eine glänzende Karriere auf sie wartet.

● Gennadij Bataschew war Technologiespezialist bei der sowjetischen Handelsmission in Köln. KGB-Spion war er auch. Am 8. Juli 1983 sprach ihn das Düsseldorfer Oberlandesgericht der geheimdienstlichen Agen*tentätigkeit schuldig. Von der zwei*einhalbjährigen Haftstrafe (ohne Bewährung) mußte er allerdings nur wenige Monate absitzen. Im Herbst des selben Jahres wurde Bataschew in einer Austauschaktion nach Hause geschickt. Für seine vorzeitige Freilassung hatte sich der frühere KGB-Chef Jurij Andropow in München und Bonn durch einen Ostberliner Mittelsmann eingesetzt.

● Bataschews Nachfolger bei der Kölner Mission entpuppte sich ebenfalls als sowjetischer Geheimdienstler. Ein halbes Jahr nach seiner Urteilsverkündung marschierte Jewgenij *Semljakow* über *die Glienicker* Brücke von West-Berlin gen Osten. Er wurde im Rahmen der Freilassung des Bürgerrechtlers Schtscharanskij am 11. Februar 1986 ausgetauscht.

● *Die Tarnung von Jewgenij Gor*lenko bei der Handelsmission in London hielt nicht lange. Der sowjetische Ingenieur wurde relativ rasch als KGB-Offizier identifiziert und des Landes verwiesen. Einen Karriere-Knick erlitt der Spion durch sein frühzeitiges Auffliegen allerdings kaum. Gorlenko stieg zum Hauptabteilungsleiter bei Elorg auf und arbeitete jahrelang in leitender Position *neben Viktor Kedrow*.

In Sachen Spionage betreiben die Sowjets eine gepflegte Personalpolitik. Profiagenten, frühzeitig heimgekehrt, werden mit Führungspositionen in der Wirtschaft belohnt, wo ihre einschlägigen Westerfahrungen nützlich sind. Kapitalisten aus dem Westen, die Embargogüter gen Osten liefern, werden mit Millionenbeträgen aus den knappen Devisen-Kassen des Kreml entlöhnt.

Ob Spionage oder Schmuggel, die *Zielsetzung des Zentralkomitees ist* deutlich: Verbesserungen in den Waffenarsenalen des Warschauer Pakts.

Morgen in der WELT

NATO-Technologie in den Waffen *des Warschauer Pakts.*

KLAUS FICHTEL

Abschied mit Beckenbauer

sid, Gelsenkirchen

Klaus Fichtel rief, und viele Große des internationalen Fußball gaben ihre Zusage. Im großen Rahmen wird sich der älteste Bundesligaspieler heute abend verabschieden. Zum Ausstand des 41 Jahre alten Liberos von Schalke 04 haben sich im Gelsenkirchner Parkstadion unter anderem Teamchef Franz Beckenbauer und Hollands Ex-Nationalspieler Johan Cruyff angesagt. Betreut wird die internationale Auswahl im Spiel gegen Schalke 04 von Alt-Bundestrainer Helmut Schön. Die internationale Auswahl: Dieter Burdenski, Wolfgang Kleff, Berti Vogts, Franz Beckenbauer, Uli Stielike, Paul Breitner, Henning Jensen, Felix Magath, Johan Cruyff, Manfred Burgsmüller, Buffy Ettmayer, Rene Vandereycken, Gerd Müller, Hans Krankl, Willi Lippens, Horst Hrubesch und Rudi Völler. Wegen einer Verletzung mußte nur Manfred Kaltz absagen.

LEICHTATHLETIK / Heute beginnen die Europameisterschaften im Stuttgarter Neckarstadion

● Heute beginnen im Stuttgarter Neckarstadion die Europameisterschaften der Leichtathleten – die drittgrößte Sportveranstaltung in der Bundesrepublik Deutschland nach den Olympischen Spielen in München und der Fußball-Weltmeisterschaft. 1200 Athleten aus 31 Verbänden sind am Start. Die Kosten: 12,5 Millionen Mark.

● Vor vier Jahren in Athen gewann die Bundesrepublik Deutschland überraschend acht Goldmedaillen. Jetzt scheinen ihre besten Athleten in einer Krise zu stecken. Aber Horst Blattgerste, Leistungssportreferent im deutschen Verband, sagt: „Es muß endlich los gehen. Unsere Athleten werden zeigen, daß sie besser sind als ihr Ruf."

● Wo liegen die Chancen? Experten rechnen mit zehn Medaillen für die Bundesrepublik. Doch die Möglichkeiten, Gold zu gewinnen, sind eher gering. Harald Schmid ist ein fast sicherer Tip auf den Sieg im 400-m-Hürdenlauf, vielleicht auch die 4 x 400-m-Staffel der Männer. Doch dann folgen schon viele Fragezeichen.

● Erstes und Zweites Fernsehprogramm werden jeden Tag live aus Stuttgart berichten. Ab Morgen sogar vormittags ab 9.55 Uhr von den Vorkämpfen. Heute fallen vier Entscheidungen. Dabei gehört Claudia Losch aus Fürth zu den Favoritinnen im Kugelstoßen. Ein Erfolg der Olympiasiegerin könnte die Mannschaft motivieren.

Optimistischer Tip: Zehn Medaillen

■ Erste Hoffnung für die Bundesrepublik ist Kugelstoßerin Claudia Losch ■ Hürdenläufer Harald Schmid ist der einzige heiße Kandidat auf Gold ■ Fernsehen sendet jeden Tag zweimal live: Alle Vor- und Endkämpfe

DW. Bonn

Die Ungewißheit läuft, springt und wirft mit. Die große Ungewißheit darüber, ob die Athleten aus der Bundesrepublik Deutschland ihre Leistungen doch noch steigern können. Heute beginnen die Leichtathletik-Europameisterschaften in Stuttgart. Nichts wäre schlimmer für die Entwicklung dieser „Königin der olympischen Sportarten" zwischen Flensburg und München, wenn es ausgerechnet bei den Titelkämpfen im eigenen Lande ein Debakel geben würde.

„Unsere Athleten sind besser als ihr Ruf", sagt Horst Blattgerste der Leistungssportreferent im Deutschen Leichtathletik-Verband (DLV). Doch so gut sind sie wohl nicht, daß sie das überraschende Ergebnis von vier Jahren wiederholen könnten. Damals gab es acht Goldmedaillen. Diesmal könnte es durchaus passieren, daß am Ende nur ein Sieg und Titel in der DLV-Statistik verbucht werden kann: Harald Schmid, der scheinbar unverwüstliche Dauerbrenner der deutschen Leichtathletik ist noch immer ein Kandidat auf Gold.

Die WELT, die jeden Tag ihren Tip für die Entscheidungen veröffentlichen wird, ist optimistisch: Es gibt zehn Medaillen für die Bundesrepublik Deutschland. Und das ist der Kreis der Kandidaten, die sie gewinnen können. Bei den Männern neben Harald Schmid auch noch die Zehnkämpfer Jürgen Hingsen und Siggi Wentz, der 400-m-Läufer Ralf Lübke, Patriz Ilg, der Titelverteidiger über 3000 m Hindernis, der Hochspringer Dietmar Mögenburg, der auch schon in Athen gewann. Hinzu kommt die 4 x 400-m-Staffel. Bei den Frauen ist die Auswahl der Spitzenkönner noch geringer: Claudia Losch im Kugelstoßen, Gaby Bußmann über 800 m und die Sprintstaffel.

Von diesen Medaillen-Kandidaten geht Claudia Losch heute als erste an den Start. Sie sagt: „Mir ist bewußt, daß mein Abschneiden so etwas wie eine Signalwirkung auf unser Team haben kann. Aber daraus folgt für mich nicht, besonders gut sein zu müssen. Ich werde ohnehin mein Bestes geben."

Heute, 18.00 Uhr: Marathon Frauen. – **WELT-Tip:** 1. Beurskens (Niederlande), 2. Dörre („DDR"), 3. Mota (Portugal). – 18.15 Uhr: Kugelstoßen Frauen. – **WELT-Tip:** 1. Müller („DDR"), 2. Losch (Deutschland), 3. Lissowskaja (UdSSR). – 21.10 Uhr: 10 000 m Männer. – **WELT-Tip:** 1. Cova (Italien), 2. Kunze („DDR"), 3. Vainio (Finnland). – **Im Fernsehen:** 17.00 bis 19.47, 20.15 bis 21.30 Uhr im Ersten Deutschen Fernsehen (ARD).



Claudia Losch – Motivation für die ganze Mannschaft?

FOTO: BAUMANN

Morgen, ab 10.00 Uhr: Zehnkampf, erster Tag (100 m, Weitsprung, Kugelstoßen, Hochsprung, 400 m). – 18.00 Uhr: 20 km Gehen Männer. – 19.10 Weitsprung Frauen, Speerwerfen Männer. – 20.10 Uhr: 100 m Frauen, 20.20 Uhr: 100 m Männer. – **Im Fernsehen:** 9.55 bis 13.15 Uhr Vorkämpfe (ARD), 17.15 bis 18.50, 19.20 bis 21.45 Uhr im Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF).

Donnerstag: Ab 10.00 Uhr: Zehnkampf, zweiter Tag (110 m Hürden, Diskus, Stabhoch, Speer, 1500 m). – Finals: 17.00 Uhr: Diskuswerfen Frauen. – 17.30 Uhr: Hochsprung Frauen. – 18.40 Uhr: 400 m Frauen. – 18.50 Uhr: Kugelstoßen Männer. – 19.00 Uhr: 800 m Männer. – 19.40 Uhr: 800 m Frauen. – 20.20 Uhr: 3000 m Frauen. – 20.40 Uhr: 400 m Hürden Männer. – **Im Fernsehen:** 9.55 bis 13.15 Uhr, 17.30 bis 19.47 Uhr, 20.15 bis 21.30 Uhr, 23.30 bis 24.00 Uhr (ARD).

Freitag: Ab 10.00 Uhr: Siebenkampf, erster Tag (100 m Hürden, Hochsprung, Kugelstoßen, 200 m). – Finals: 16.30 Uhr: Stabhochsprung. – 19.00 Uhr: Speerwerfen Frauen. – 19.00 Uhr: Weitsprung Männer. – 19.30 Uhr: 200 m Männer. – 19.45 Uhr: 200 m Frauen. – 20.05 Uhr: 100 m Hürden Frauen. – 20.25 Uhr: 3000 m Hindernis. – 20.45 Uhr: 400 m Männer. – **Im Fernsehen:** 9.55 bis 13.00 Uhr, 23.30 bis 23.55 Uhr (ARD), 17.15 bis 18.56 Uhr, 19.20 bis 21.45 Uhr im Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF).

Samstag: Ab 10.00 Uhr: Siebenkampf, zweiter Tag (Weitsprung, Speerwerfen, 800 m). – Finals: 16.15 Uhr: Hammerwerfen. – 17.00 Uhr: Marathonlauf Männer (Zielankunft gegen 19.10 Uhr). – 18.00 Uhr: 400 m Hürden Frauen. – 18.15 Uhr: Dreisprung. – 19.05 Uhr: 100 m Hürden Männer. – 19.40 Uhr: 10 000 m Frauen. – **Im Fernsehen:** 10.03 bis 10.30 Uhr, 16.00 bis 19.47 Uhr (ARD), 22.00 bis 23.15 Uhr im Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF).

Sonntag: Finals: 13.15 Uhr: 50 km Gehen (Zielankunft gegen 17.00 Uhr). – 13.30 Uhr: Hochsprung Männer. – 15.45 Uhr: Diskuswerfen Männer. – 16.05 Uhr: 4 x 100 m Frauen. - 16.20 Uhr: 4 x 100 m Männer. – 16.35 uhr: 1500 m Frauen. – 16.50 Uhr: 1500 m Männer. – 17.10 Uhr: 5000 m Männer. – 17.30 Uhr: 4 x 400 m Frauen. – 17.45 Uhr: 4 x 400 m Männer. – 18.15 Uhr: Abschlußfeier. – **Im Fernsehen:** 14.42 bis 18.10 Uhr, 22.30 bis 22.45 Uhr (ZDF).

■ Ein Europameister schreibt für die WELT ■ Gefordert ist Bereitschaft zum vollen Risiko ■ Erzwungenes würgt den Geist des Sports ab

Von KARL HONZ

Was wünscht man einer Leichtathletik-Nationalmannschaft, die dem seltenen Ereignis entgegensieht, eine Großveranstaltung im eigenen Land zu haben?

Wünschenswert wäre der Auftritt von Sportler-Persönlichkeiten, die Kraft und Mut haben.

Sicherheit und Zweckdienlichkeit haben uns die deutschen Fußballspieler in Mexiko bis zum Überdruß vorgeführt. Gerade deren zweiter Platz bei der Weltmeisterschaft hat gezeigt, daß Erfolg allein nicht ausreicht, um zu begeistern.

Und das gerade kann der Sport im allgemeinen und die Leichtathletik im besonderen liefern: Begeisterung. Also mehr als nur Unterhaltung und Ablenkung.

Dazu sind selbstverständlich ein paar Voraussetzungen nötig: die Bereitschaft, volles Risiko einzugehen, volle Konzentration auf die Hergabe der ganzen Leistungsfähigkeit, weniger taktisches Geplänkel, das Besinnen auf die jeweiligen Stärken und keine Verschwendung der Gedanken an einen möglichen Medaillengewinn.

Die erhofften Plazierungen stellen sich eher ein, wenn die Angst verdrängt wird, unbedingt diese oder jene Medaille schaffen zu müssen. Jeder erfolgreiche Athlet erkennt im Rückblick, daß er gerade dann die besten Ergebnisse erzielt hat, wenn es ihm gelang, Sieg und Niederlage in den richtigen Relationen zu sehen. Unter Sieg verstehe ich natürlich auch jede erwünschte oder erhoffte Plazierung.

Wir wollen einen Sport, bei dem die Athleten wohl siegen wollen und auch alles dafür geben. Und wir wollen einen Sport, der Überraschungen bereithält. Wenn aber anstelle des Siegen-Wollens mit allen Risiken das Siegen-Müssen tritt, das kalkulierte Siegen also, lohnt sich der Weg auf den Sportplatz nicht mehr.

Zwanghaftes oder Erzwungenes würgt die Begeisterung und damit, wie es das Wort schon sagt, den Geist des Sports. Für eine Sportler-Persönlichkeit gehört es zum Einsatz, einen Verlust, eine Niederlage zu riskieren, also auf Sieg zu laufen, notfalls bei ungünstiger Konstellation das Gegenteil zu erreichen, als eventuell einen sicheren dritten Platz anzusteuern.

Siege sind schöner und erstrebenswerter, wenn sie einen Überraschungseffekt in sich bergen, wenn sie unter Spannung und in großem, fairen Kampf zustande kamen. Also auch an sich absolute Siege sind steigerungsfähig: mit Begeisterung.

Ich meine, diesen Geist möchte man den deutschen Athleten gerne mit auf den Weg geben, wenn man könnte, um dem eher krampfhaft gewordenen Siegeswillen zur Förderung und Unterstützung des Willens den Krampf zu nehmen.

Vor wenigen Tagen habe ich mich mit einem alten Leichtathletik-Fan über die Europameisterschaften unterhalten. Aber das war, wie sich herausstellte, nur die Einleitung. Er sprach dann bald mit einer denkwürdigen Begeisterung von den Stuttgarter Leichtathletik-Wettkämpfen der 60er Jahre wie dem Erdteilkampf. Die Namen der längst grau gewordenen Athleten dieser Zeit waren ihm bewundernswürdig geläufig.

Vielleicht wäre das der schönste Wunsch für die Veranstaltung, für die Athleten ebenso wie für die Zuschauer, daß einiges schon im Gedächtnis der Augenzeugen haften bleibt, schöne Erinnerung wird.

*

Karl Honz (35) war 1974 Europameister über 400 Meter. 1972 lief er mit 44,70 Sekunden einen Europarekord, der erst 1980 vom Sowjetrussen Viktor Markin verbessert wurde. Sein damaliger Trainer (Manfred Kinder) sagte über ihn: „Es ist einfach toll, welche Kräfte Karl Honz im Wettkampf freimachen kann. Im Training ist er einer von vielen, in der Arena wird er zum Klassemann."

TENNIS

Steffi Graf verbessert

dpa, New York

Eine glückliche Steffi Graf, ein zufriedener Mats Wilander und ein eher skeptischer Ivan Lendl waren die Sieger der letzten Generalproben für die heute in Flushing Meadow beginnenden US-Open. Während bei Boris Becker im Trainingszentrum seines Mangers Ion Tiriac auf Long Island der Schweiß floß, feierte Steffi Graf in Mahwah im Staate New Jersey mit einem 7:5, 6:1 über die Amerikanerin Molly van Nostrand ihren fünften Titelgewinn dieses Jahres und bekannte: „Das war schwerer als erwartet. Doch durch das Spiel habe ich meine Form weiter verbessern können."

Für Steffi Graf war das Turnier von Mahwah ein voller Erfolg: Der vor einem Monat beim Federationcup in Prag gebrochene Zeh hielt den Belastungen stand, das Preisgeld ist in diesem Jahr mit den in Mahwah gewonnenen 31 400 Dollar auf 333 650 Dollar angewachsen, der Saisonrekord steht nun bei 42 Siegen und nur vier Niederlagen. Da fiel es kaum ins Gewicht, daß die 17jährige Heidelbergerin das Doppelfinale an der Seite von Helena Sukova (CSSR) mit 6:7, 3:6 gegen Betsy Nagelsen/Elizabeth Smylie (USA/Australien) verlor.

Der Bestform ist Mats Wilander trotz einer dreiwöchigen Pause ganz nahe. Jedenfalls benötigte der 21jährige Schwede nur 78 Minuten, um Jimmy Connors (USA) im Finale des Grand-Prix-Turniers von Cincinnati (350 000 Dollar) mit 6:4, 6:1 keine Chance zu lassen. Beim Turnier in Jericho im Staate New York servierte Ivan Lendl den erneut über die Stränge schlagenden John McEnroe mit 6:2, 6:4 ab, gestand dem Spiel jedoch keine große Aussagekraft im Hinblick auf Flushing Meadow zu: „Wenn McEnroe sehr gut spielt, kann er jeden schlagen."

Sowohl das Damen-Finale von Mahwah als auch das Endspiel von Jericho wurde stark vom Wind beeinflußt. So startete McEnroe gegen Lendl gleich mit einem Doppelfehler und erzürnte sich über die äußeren Bedingungen so sehr, daß er gleich dreimal seinen Schläger als Wurfgeschoß benutzte.

Während Boris „Asse" Becker (gegen den Kanadier Glenn Michibata), Steffi Graf (gegen die Amerikanerin und Becker-Freundin Susan Mascarin) und Claudia Kohde-Kilsch (gegen die Schweizerin Christiane Jolissiant) erst später antreten müssen, starten fünf Deutsche bereits heute: Bunge (Aschaffenburg) – Gompert (USA), Hanika (München) – W. White (USA), Betzner (Stuttgart) – Bartos-Cserepy (Ungarn), Osterthun (Bamberg) – Chesnokow (UdSSR) und Schwaier (München) – de la Pena (Argentinien).

RUDERN / Das Duell des Weltmeisters mit Karppinen geht bis 1988 weiter

Kolbe: „Gold in Seoul – das wäre der schönste Abschluß meiner Karriere"

DIETER HENNIG, Nottingham

So einen wie ihn hat es noch nicht gegeben. Elf Jahre nach seiner ersten Weltmeisterschaft in Nottingham holte sich Peter-Michael Kolbe an gleicher Stelle zum fünften Mal WM-Gold und ließ dabei Titelverteidiger Pertti Karppinen nicht die Spur einer Chance. Kolbe: „Irgendwie habe ich damit gerechnet, Weltmeister zu werden."

Seine norwegische Frau Aina saß auf der Tribüne und verfolgte den Verlauf des Finales gebannt auf dem Monitor. Ihr Mann ging die ersten 1000 m so schnell an (3:21) wie noch nie ein Skuller, lag danach eine Länge vorn. Jeder wartete auf den gefürchteten Endspurt des Finnen, aber Kolbe ließ Karppinen nicht mehr heran, konterte kühl jede Schlagzahlerhöhung des Konkurrenten, der auf der Bahn neben ihm fuhr, aber nie gleichauf. Bei 1500 m lag eine Bootslänge zwischen ihnen, und 200 m vor dem Ziel jubelte auch Aina. Kolbe: „So richtig sicher war ich erst 100 Meter vor dem Ziel."

Vier Wochen vor WM-Beginn hatte der Deutsche auf dem Rotsee das Duell noch verloren, obwohl er in diesem Jahr erstmals ernsthaftes Wintertraining betrieb. Doch er wußte, daß „ich viel mehr Substanz habe als im Vorjahr", nutzte die Zeit zum zwei- und dreimaligen Training pro Tag und zeigte sich in Nottingham von Beginn an zuversichtlich.

1973 gewann Peter-Michael Kolbe, damals gerade 20, seine erste Europameisterschaft. Nun steht er seit 13 Jahren an der Weltspitze, sicherte sich bei elf Starts im Einer sechsmal Gold, viermal Silber, einmal Bronze (1985). Im direkten Vergleich bei Titelkämpfen gegen Karppinen heißt es jetzt 4:4, einige Male gingen sie sich aus dem Weg. Die zwei dürften die Szene im Skiff noch bis Olympia 1988 beherrschen, wenn beide bereits 35 sein werden. Peter-Michael Kolbe: „In Seoul vielleicht endlich auch mal bei Olympia vor Karppinen liegen und nach zweimal Silber Gold holen, das wäre der schönste Abschluß meiner Laufbahn."

Nach seiner Goldmedaille wird Peter-Michael Kolbe nun versuchen, auch finanziell die Zeit bis Olympia abzusichern. Verhandlungen mit einem Sponsor (Kaffee HAG), der auch schon Kolbes WM-Boot zur Verfügung gestellt hatte, stehen vor dem Abschluß. Kolbe: „Spitzenleistungen kann man nur bringen, wenn das Umfeld stimmt. Und da lag bei uns Ruderern allzu lang alles im Argen. Der Verband kümmert sich zwar hervorragend um den sportlichen Teil, ist jedoch dann, wenn es um den privaten Bereich des Athleten geht, noch überfordert."

Zum zweiten Gold für den Deutschen Ruder-Verband fehlte ein halber Meter. Der Ruhr-Vierer-ohne verlor seinen Titel an die starke USA. 500 m vor dem Ziel hatte der Rückstand noch eine Sekunde betragen, auf dem Zielstrich war es ein Zehntel davon. Aber bei Trainer Günter Petersmann, den Grabow-Brüdern Guido und Volker, Jörg Puttlitz und Norbert Keßlau herrschte keinen Moment Traurigkeit. Das Team wurde in dieser Saison von so viel Rückschlägen durch Krankheit geplagt, daß auf dem Rotsee Mitte Juli eine Medaille noch außer Reichweite schien.

Beim traditionellen WM-Abschluß war erstmals seit 1982 wieder ein „Deutschland-Achter" vertreten. Zu mehr als dem sechsten Platz reichte es nicht, aber mit einer jungen Mannschaft ist ein Anfang für Seoul gemacht, der Auftrieb gibt. Im Stützpunkt Dortmund (Vierer und Achter) wird unter Klaus Walkenhorst wohl gut gearbeitet.

Eine internationale Bilanz: Die offenen Frauenklassen werden weiter erdrückend vom Ostblock dominiert. Der Westen weicht auf die Leichtgewichte aus und hofft auf ihren baldigen Einzug bei den Spielen. In den acht olympischen Männer-Booten holten sich dagegen sieben Verbände Gold, allein die Sowjets zweimal. Die „DDR" gewann zum Auftakt den Vierer mit, mußte sich danach mit viermal Bronze bescheiden. Italien und die USA kamen zu je drei Medaillen, dann folgten schon die Ruderer aus der Bundesrepublik.

Im letzten aller Rennen gewann Australien, das schon so viele große Achter gestellt hatte, aber noch nie einen goldenen, so souverän wie überraschend. Damit kehrten alle traditonsreichen Übersee-Verbände mit zumindest einer Medaille aus dem Mutterland ihres Sports heim. Ein schönes WM-Finale, das die Australier freudetrunken feierten, das dünne englische Bier kann nicht Grund ihrer Gesänge gewesen sein.

Freude auch beim Weltverband. Als einziger schwacher Punkt der Organisation erwies sich die Royal Air Force mit ihrer täglichen Wettervorschau, die nie stimmte. Thomas Keller, seit 28 Jahren FISA-Präsident: „Der Wind spielte nur in den Hoffnungsläufen eine Rolle. Ansonsten waren die Bedingungen immer fair, nur manchmal etwas ungemütlich." Er kann es beurteilen, denn keiner war so oft im Schiedsrichterboot auf dem Wasser. Bei der nächsten Weltmeisterschaft wird er wohl auch noch den Wetterbericht selbst in die Hand nehmen.

*

Mit einem kompletten Erfolg des Ostblocks auf der 10 000-m-Strecke ging in Montreal die Kanu-Weltmeisterschaft zu Ende. Durch Siege im Einer- und Zweier-Kajak erhöhte Ungarn als erfolgreichstes Land sein Goldmedaillen-Konto auf sieben. Die restlichen Strecken teilten sich die UdSSR (Vierer-Kajak), Rumänien (Einer-Canadier) und Polen (Zweier-Canadier).

Obwohl Teilnehmer aus der Bundesrepublik auf der langen Distanz nicht am Start waren, nimmt der Deutsche Kanu-Verband (DKV) mit einer Gold- und zwei Bronzemedaillen Platz sieben unter 32 angetretenen Ländern ein – die erfolgreichste WM-Bilanz der deutschen Kanuten seit 18 Jahren.

Medaillenspiegel

	Gold	Silber	Bronze
1. „DDR"	4	2	5
2. UdSSR	3	2	2
3. Rumänien	2	2	1
4. Italien	1	2	–
5. Deutschland	1	1	–
6. USA	1	–	2
7. England	1	–	–
7. Australien	1	–	–
9. Bulgarien	–	2	1
10. Neuseeland	–	1	1
11. Finnland	–	1	–
12. Kanada	–	–	2
13. Niederlande	–	–	1

In diesem Medaillenspiegel sind nur die olympischen Bootsklassen bei Männern und Frauen erfaßt.

SPORT-NACHRICHTEN

Langer fiel zurück

Akron (GAB) – Bei der „World Series of Golf" in Akron (Ohio) fiel Bernhard Langer mit 67+71+71+75=284 Schlägen bei Par 71 auf den 16. Platz zurück, der noch 11 200 Dollar brachte. Damit blieb der Anhausener bei seinem 24. internationalen Start in diesem Jahr ohne Sieg. Es gewann Dan Pohl (USA), dessen 69+66+71+71=277 Schlägen mit 126 000 Dollar honoriert wurden, vor Lanny Wadkins (USA) 68+68+70+72=278 und Bobby Cole (Südafrika) 74+67+68+70=279.

Hinault gewann

Colorado (dpa) – Der Franzose Bernard Hinault gewann sein letztes Etappenrennen, die Colorado-Rundfahrt. Zweiter wurde der Amerikaner Greg Lemond. Bei den Frauen siegte die Französin Jeannie Longo. Nach den Weltmeisterschaften in Colorado Springs wird Bernard Hinault seine Karriere endgültig beenden.

Volleyball: Bronze

Sofia (dpa) – Bei der Volleyball-Europameisterschaft der Junioren in Bulgarien gewann der deutsche Nachwuchs die Bronzemedaille. Im entscheidenden Spiel wurde Holland mit 3:2 besiegt. Die Juniorinnen verloren ihr letztes Spiel gegen die CSSR mit 0:3 und wurden im Endklassement Fünfte.

Fehlstart für Rosenheim

Rosenheim (dpa) – SB Rosenheim, deutscher Eishockeymeister von 1985, startete beim Europacup-Finalturnier mit einer 1:3-Niederlage gegen SK Södertälje (Schweden). Kammerer hatte die Rosenheimer nach zwei Minuten in Führung gebracht, doch dann setzten sich die konditionsstärkeren Schweden durch.

Erfolg für Toscarino

Luzern (kgö) – Der Galopperhengst Toscarino gewann mit Jockey Erwin Schindler in Luzern das Schweizer St. Leger (3000m, 40 000 Franken). Toscarino, in Mülheim/Ruhr von Friedrich Müller trainiert, hatte bereits das Schweizer Derby gewonnen. – In Ostende (Belgien) belegte Daun aus dem Gestüt Röttgen mit Patrick Gilson im Grand International den vierten Platz, der mit 3675 Mark honoriert wurde. Dauns Gesamt-Gewinnsumme: 719 925 Mark.

Im Nebel zu stark benebelt?

Am Samstag vor dem 1000-km-Rennen, da waren sie sich noch alle einig. Bei einer Podiumsdiskussion über „Grenzbereiche im Motorsport" befürworteten Veranstalter, Rennleitung, Teamchefs, Fahrer und Sponsoren alle eine bessere und vor allen Dingen eine flexiblere Zusammenarbeit. Als dann am Sonntag auf dem Nürburgring im Nebel das Chaos ausbrach, da waren alle diese guten Vorsätze vergessen. Jeder wusch seine Hände in Unschuld – der Schwarze Peter drehte an den Boxen schnellere Runden als die Rennwagen auf der Piste.

Fahrer und Teamchefs gaben allein der Rennleitung die Schuld an der Massenkollision, die Hans-Joachim Stuck beinahe das Leben kostete. Die Rennleitung bestand darauf, daß sie einwandfrei nach dem Reglement gehandelt habe und verwies auf die mangelnde Eigenverantwortung der Fahrer Weaver, Baldi und Stuck.

Sicher, die Rennleitung hat korrekt gehandelt. Als die Strecke an mehreren Stellen durch Unfälle blockiert war, da wurde der sogenannte Pace Car rausgeschickt, hinter dem sich alle Fahrer langsam einzuordnen hatten. Es herrschte Überholverbot, die Streckenposten gaben *Flaggenzeichen, und die elf großen* Warnblinklichtlampen rund um den Ring waren, so die Rennleitung und einige Fahrer, alle eingeschaltet. Alles entsprach den Regeln, trotzdem gab es beinahe Tote. Warum?

Zum einen zeigte am Sonntag auf dem Nürburgring die Natur dem angeblich so hochtechnisierten Motorsport wieder einmal seine Grenzen

STAND ● PUNKT

auf. Es bedurfte nur einer Nebelfront, um die modernste Streckensicherungsanlage der Welt matt zu setzen. Die Fahrer konnten in der immer dichter werdenden Wolke aus Gischt und Nebel die Warnsignale nicht mehr erkennen.

Auch ihre persönlichen Grenzen, vor allem die ihres Verantwortungsbewußtseins, wurden mehr als deutlich. Obwohl Hans-Joachim Stuck über Bordfunk von der Porsche-Box darüber informiert gewesen sein muß, daß der Pace Car auf der Strekke war, obwohl seine Sicht bei Geschwindigkeiten von über 200 Stundenkilometern gleich Null war, fuhren er, James Weaver und Mauro Baldi weiter *Vollgas. Jeder normale* Autofahrer weiß genau, welche Folgen derartiges Verhalten im Nebel bereits auf normalen Straßen und Autobahnen haben kann. Benebelt?

Bei einigen scheint wirklich keine Eigenverantwortung vorhanden zu sein. Aus diesem Grund müssen schleunigst Mechanismen und Regeln geschaffen werden, die auch bei derartigen widrigen Wetterverhältnissen greifen und Fehlverhalten von Rennfahrern bestrafbar machen. Das Problem ließe sich mit einfachster Technik sofort lösen. Warum gibt es nicht in jedem Rennwagen eine Signallampe, die bei schlechter Sicht vom Rennleiter zentral eingeschaltet werden kann, die jeden Fahrer sofort warnt und zu langsamer Fahrt verpflichtet? Technisch dürfte das für *die Spezialisten, die bei immer geringerem* Benzinverbrauch immer noch mehr Motorleistung finden, kein Problem sein.

Das hätte vor allem den Vorteil, daß sich die Fahrer nicht mehr aus der Verantwortung stehlen und sie auf andere abwälzen können.

LEO WIELAND

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen

GOLF

Berliner Meisterschaften als deutsches Ranglistenwettspiel auf dem kombinierten deutsch-amerikanischen *Wannsee-Platz (Par 72): Herren:* 1. Strüver (Hamburg-Hittfeld) 77+71+68=216 Schläge, 2. Schieffer (Hubbelrath) 73+72+72=217, 3. Reiter (Braunschweig) 72+74+72=218, 4. N. Sallmann (Hamburg-Walddörfer) 71+73+76=220, 5. A. Stamm (Braunschweig) 75+74+73=222, 6. Schuchmann (Hamburg-Falkenstein) 76+71+75=222. – Damen, 1.: Knödler (München) 76+80+71=227, 2. Lampert (Kronberg) 80+73+75=228, 3. Kötter (Hubbelrath) 77+78+77=232, 4. Ruland (Bad Wörishofen) 77+77+80=234, 5. Fischer (Bad Nauheim) 79+76+80=235.

MOTOR

1000-km-Rennen auf dem Nürburg*ring, Endstand nach 121 Runden* = 549,582 km: 1. Thackwell/Pescarolo (Neuseeland/Frankreich) Sauber-Mercedes 3:42:30,92 Std., 2 Rd. zur. 2: Baldi/Niedzwiedz (Italien/Deutschland) Porsche 956, 3. de Villota/Velez (Spanien) Porsche 956. – Stand in der Langstrecken-Fahrer-WM nach sieben Rennen: 1. Stuck (Deutschland) und Bell (England) je 70 Punkte, 3. Warwick (England) 54.

TENNIS

Bundesliga, 10. Spieltag, Gruppe 1: Stuttgart – RW Berlin 6:3, Neuss – Mannheim 7:2, Hamburg – Bamberg 6:3. – Bayer Leverkusen – HTV Hannover 4:5, TC Karlsruhe-Rüppurr – TC Amberg 6:3, Großhesselohe – Iphitos München 5:4. – **Grand Prix-Turniere**, Damen in Mahwah, Endspiel: Graf (Deutschland) – van Nostrand (USA) 7:5, 6:1, Doppel: Nagelsen/Smylie (USA/Australien) – Graf/Sukova (Deutschland/CSSR) 7:6, 6:3. – Herren in Mason (Ohio), Endspiel: Wilander (Schweden) – Connors (USA) 6:4, 6:1. – Einladungsturnier in Jericho, Endspiel: Lendl (CSSR) – McEnroe (USA) 6:2, 6:4.

REITEN

Großer Preis von Krefeld: 1. Plägel (Breitscheid) Ikarus 0 Fehlerpunkte/32,9 Sek., 2. *Koof (Willich) Clarence* 0/33,2, 3. Polmann-Schweckhorst (Bergisch-Gladbach) Corita 4/34,5, 4. Nuxoll (Damme) Santana 8/38,0 (alle im zweiten Stechen), 5. Brüggemann (Rheine) Tower 4/52,9, 6. Koff mit Well Done 8/49,7 (beide im ersten Stechen).

FUSSBALL

2. Bundesliga: Wattenscheid – Essen 2:1 (1:0).

VOLLEYBALL

Junioren-EM in Bulgarien, Endrunde, Junioren: Deutschland – Holland 3:2, Rumänien – Italien 3:0, Bulgarien – UdSSR 3:0. – Tabelle: 1. Bulgarien 15:3, 2. Rumänien 11:7, 3. Deutschland 12:10. – Juniorinnen: UdSSR – Polen 3:0, „DDR" – Bulgarien 3:2, CSSR – Deutschland 3:0. – Tabelle: 1. UdSSR 15:1, 2. „DDR" 12:8, 3. Bulgarien 12:7, . . .5. Deutschland 5:14.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 1, 1, 1, 0, 0, 1, 2, 1, 1, 1, 2. – **Auswahlwette „6 aus 45":** 4, 5, 16, 19, 32, 35, Zusatzspiel: 41. – **Rennquintett:** Rennen A: 8, 6, 2. – Rennen B: 34, 26, 33. (Ohne Gewähr).

Brief an Ortega: Nicaragua ist ein großes KZ

AFP, Madrid

Die Herausgeberin der Ende Juni von den Sandinisten verbotenen nicaraguanischen Oppositionszeitung „La Prensa", Violeta Chamorro, hat in einem offenen Brief an Präsident Daniel Ortega schwere Vorwürfe gegen ihn und seine Regierung erhoben.

„Ihre Gesetze, Ihre Kontrolle, Ihre Repression und die Ausschaltung jeglicher Meinung, die nicht der Ihren entspricht, haben Nicaragua in ein großes Konzentrationslager verwandelt", heißt es in dem von der liberalen Madrider Zeitung „Diario 16" veröffentlichten Text. Der Brief sei als Antwort auf Ortegas Rede zum 7. Jahrestag der sandinistischen Revolution am 19. Juli gedacht. Die Oppositionsvertreterin erinnerte Ortega an seine Worte, sie verdiene 30 Jahre Haft nach der Aburteilung durch ein Volksgericht. Dies habe sie nicht überrascht, da sie die „konfusen, widersprüchlichen und leidenschaftlichen Stellungnahmen" Ortegas gewohnt sei, die nichts mit dem Niveau und der korrekten Haltung zu tun hätten, die man von einem Staatschef erwarten müsse.

Die Verfasserin wehrt sich außerdem gegen „falsche" Anschuldigungen der Sandinisten, sie habe ihr Vaterland verraten, Geld vom US-Geheimdienst CIA erhalten und „an dem terroristischen Plan der Reagan-Regierung gegen Nicaragua mitgewirkt". Die Krise in Nicaragua müsse von den Nicaraguanern selber gelöst werden, ohne Einmischung der Kubaner, Sowjets oder Amerikaner. In Nicaragua geschehe jetzt das gleiche wie in den kommunistischen Diktaturen: „Man hört so viele Lügen, daß Ihnen niemand Glauben schenkt, *wenn Sie eines Tages etwas Wahres* sagen."

Die tödliche Wolke vom Nios-See

Gefährliche Begleiterscheinungen von Vulkanausbrüchen / Thesen der Wissenschaftler

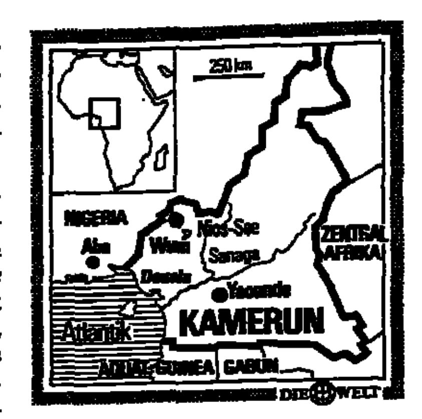
LUDWIG KÜRTEN, Bonn

Die Vulkankatastrophe in Kamerun, zu diesem Schluß gelangen erste Analysen, ist durch den exlosionsartigen Austritt einer großen Wolke giftiger Gase ausgelöst worden. Solche Gaseruptionen sind häufige Begleiterscheinungen von Vulkanausbrüchen. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um Kohlendioxid (CO_2), Schwefeldioxid (SO_2) und Schwefelwasserstoff (H_2S). *Bei der Katastrophe* in Kamerun soll vor allem Schwefelwasserstoff ausgetreten sein.

Die Gase entstehen bei vulkanischen Prozessen im Erdmantel. Meistens wandern sie gelöst in flüssigem *Magma (Gesteinsschmelze) an die* Erdoberfläche. Der Schwefel stammt dabei, so wird heute angenommen, aus schwefelhaltigen Sedimenten (Ablagerungen) unter den Vulkanen. Beim Durchtritt des Magma durch diese Schichten wird er sozusagen herausgewaschen. In größeren Tiefen bleiben die gasförmigen Verbindungen zunächst in dem Magma, das unter sehr hohem Druck steht, gelöst. Wenn das flüssige Gestein zur Erdoberfläche wandert, nimmt der Druck ab und es bilden sich zunehmend größere Gasblasen.

Diese können beim plötzlichen Entweichen an der Erdoberfläche heftige Explosionen verursachen, wie sie immer wieder bei Vulkanausbrüchen beobachtet worden sind. Dabei werden zum Teil gewaltige Gasmengen in die Atmosphäre geschleudert. So sind bei Eruptionen der Vulkane *auf Hawaii schon 3,8 Milliarden* Tonnen Kohlendioxid und 700 Millionen Tonnen Schwefel pro Tag zutagegefördert worden. Die Zusammensetzung *der austretenden Gase* ist abhängig vom Typ des Vulkans, von seiner Lage auf der Erde und von der Art des Ausbruchs.

Der Freiburger Vulkanologe Jörg Keller äußerte die Vermutung, daß *die Gase sich auf Grund* lokaler Witterungsbedingugen möglicherweise in Tälern oder ähnlich abgeschlossenen Landschaftformationen angesammelt und so die tödlichen Konzentrationen



hervorgerufen haben. Die Gaswolken *können wegen der explosionsartigen* Verpuffung zum Teil viele Kilometer in die Atmosphäre geschleudert und über weite Entfernungen verfrachtet werden.

Es ist möglich, daß alle drei Gase schon in geringen Dosen zu schweren Vergiftungserscheinungen und zum Tod führen. Kohlendioxid ist wegen seiner Geruchlosigkeit besonders gefährlich. Ein CO_2-Gehalt der Luft von etwa acht bis zehn Prozent (die Konzentration in der Atmosphäre beträgt normalerweise 0,03 %) führt rasch zu Atemnot, Bewußtlosigkeit und schließlich Atemstillstand.

Die beiden Schwefelverbindungen sind durch ihren typischen Geruch („faule Eier") leicht zu erkennen. H_2S kann, wenn es eingeatmet wird, fast ebenso schnell zum Tod führen wie Blausäure. Schon bei niedrigen Konzentration (ab etwa 200 Teile pro eine Million Teile Luft) kommt es zu brennenden Schmerzen an den Schleimhäuten der Augen und der Atemwege. Es folgen Übelkeit, Krämpfe und Atemnot bis zum Versagen der Atmung. SO_2 wirkt in höheren Konzentrationen *ebenfalls* reizend auf die Schleimhäute und führt schließlich zum Erstickungstod durch Krämpfe der Stimmritzen. Bei einer akuten Vergiftung können betroffene Personen nur gerettet werden, wenn sie sofort aus der gefährlichen Umgebung herausgebracht und mit Sauerstoff versorgt werden.

Die Berichte sprechen davon, daß die Gase aus einem Vulkankrater am Nios-See ausgetreten sind. Bislang ist jedoch nicht bekannt, um welchen Vulkan es sich handelt. Die dortige *Gegend ist mit* unzähligen Vulkanseen übersät. Schon vor zwei Jahren hatte sich an gleicher Stelle eine ähnliche Giftgaskatastrophe ereignet, bei der 35 Menschen ums Leben gekommen waren.

Die Vulkane in Kamerun liegen auf *der sogenannten Afrikanischen* Kontinentalplatte. Im Gegensatz zu tektonischen Grenzen zwischen zwei Kontinantalplatten, wo vulkanische Gesteinsschmelzen durch die Spalte zwischen den Platten an die Oberfläche transportiert werden, bilden sich Vulkane in solchen Regionen meistens über sogenannten „Hot-Spots" im Erdmantel. Dabei handelt es sich um heiße Stellen (in etwa 60 Kilometer Tiefe), aus denen Magma in die darüberliegende Kruste aufsteigt und dort Vulkanausbrüche erzeugt. Auf diese Weise sind auch die berühmtesten Vulkane der Erde, nämlich auf der Hawaii-Inselgruppe, entstanden.

Dänemark verschärft Asylpraxis

dpa, Kopenhagen

Die bürgerliche Minderheitsregierung in Dänemark hat Verhandlungen mit den oppositionellen Sozialdemokraten und der Radikal-liberalen Partei aufgenommen, um zu einer schärferen Asylpraxis zu gelangen.

Justizminister Erik Ninn-Hansen wirbt dabei um eine Änderung des geltenden Ausländer-Gesetzes, das es den Behörden bisher nicht erlaubt, einen Asylbewerber direkt an der Grenze abzuweisen. Während in dieser Frage bisher keine Einigkeit mit den Sozialdemokraten und den Radikal-liberalen besteht, gilt als sicher, daß sich Ninn-Hansen mit seinem Wunsch nach Errichtung eines großen Auffanglagers nahe der Grenze zur Bundesrepublik Deutschland in Jütland durchsetzen wird.

Hintergrund ist die gestiegene Zahl von Flüchtlingen, vor allem aus Libanon, die über die Bundesrepublik Deutschland nach Dänemark einreisen. Die dänischen Behörden schätzen, daß mehr als die Hälfte von ihnen vor dem Grenzübertritt bereits einen Asylantrag in der Bundesrepublik gestellt hat.

Dänischen Grenzbeamte hatten in den vergangenen *Wochen* den Vorwurf erhoben, Flüchtlinge seien von westdeutschen Behörden zur Weiterreise überredet oder sogar gegen ihren *Willen in Eisenbahnzüge* nach Dänemark gesetzt worden.

Dänemark und Schweden hatten Anfang des Jahres mit der „DDR" eine Neuregelung des *Flüchtlings*-Transits von Ost-Berlin nach Skandinavien vereinbart. Seitdem reist die Mehrzahl der aus Libanon, Iran und Sri Lanka stammenden Asylbewerber über die Bundesrepublik ein. Für 1986 rechnen die Behörden mit einer Gesamtzahl von mehr als zehntausend Flüchtlingen. 1985 waren 6553 Asylanträge genehmigt worden.

Moskau: Teststopp bringt uns politische Vorteile

Generalstabschef sieht Gleichgewicht nicht gefährdet

rmc./DW. Bonn/Moskau

Der Chef des sowjetischen Generalstabs, *Marschall* Sergej Achromejew, hat vor Journalisten in Moskau erklärt, die Sowjetunion habe das Moratorium für Atomtests bis zum Ende des Jahres verlängert, weil die politischen Vorteile weitaus größer seien als die militärischen Nachteile. Er bezog sich auf die jüngste Ankündigung Gorbatschows, den von der Sowjetunion einseitig vor einem Jahr verkündeten Versuchsstopp für nukleare Waffen nochmals um fast fünf Monate auszudehnen. Achromejew fügte hinzu, die USA hätten durch diese Einseitigkeit zwar Vorteile für sich verbuchen können, aber dennoch sei das militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West nicht zu Lasten der Sowjetunion verändert worden. „Wir mußten in Kauf nehmen, daß wir uns ein gewisses Maß an Schaden zufügen würden, aber uns war klar, daß dieser Schaden hinzunehmen war", erklärte der Marschall. Beobachter verstanden seine Argumentation als indirekten Hinweis auf die Widerstände, die die Militärführung im Kreml offensichtlich gegen die Verlängerung des Teststopp geleistet hatte.

„Rauchwolke der USA"

Seit dem 6. August 1985, als die Sowjetunion ihr Testmoratorium proklamierte, hätten die USA achtzehn *Nuklearversuche unternommen*. Dieser militärische Vorteil sei aber, räumte Achromejew ein, so gering, daß er das militärische Gleichgewicht zwischen den beiden Weltmächten nicht beeinflusse. Auf derselben Pressekonferenz nannte der stellvertretende sowjetische Außenminister Juli Woronzow die Begründung der USA, sich nicht am Atomteststopp zu beteiligen, weil dessen Einhaltung nicht überprüfbar sei, *eine „Rauchwolke"*. *Washington* verberge sich dahinter, um weitere Tests für ein weltraumgestütztes Waffensystem zu unternehmen. Achromejew *erklärte dazu, die Sowjetunion* könne schnell eine Antwort auf das amerikanische SDI-Programm finden, die es entwerte.

Übergewicht bei C-Waffen

Nach einem Besuch in Moskau sagte gestern der FDP-Bundestagsabgeordnete Olaf Feldmann in Bonn, die Sowjetunion habe an einem weltweiten Verbot chemischer Waffen Interesse gewonnen. Seine sowjetischen Gesprächspartner hätten sogar eingeräumt, unterstrich das Mitglied im Verteidigungsausschuß des Bundestages, daß der seit 17 Jahren dauernde Produktionsstopp für C-Waffen in den USA eine von Moskau nicht genutzte abrüstungspolitische Chance sei. *Nun wolle die Sowjetunion* das Versäumte nachholen und einen Verbotsvertrag fördern.

In einem WELT-Gespräch betonte der *abrüstungspolitische* Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Todenhöfer, Moskau solle nicht nur von seiner Bereitschaft zur *Abrüstung und zum* Verbot von C-Waffen reden; es solle handeln. Die Sowjetunion könnte nach seinen Worten ohne Schwierigkeiten für die *eigene Sicherheit* und – *ohne auf den* Abschluß eines Verbotsvertrags in Genf warten zu müssen – die Produktion von chemischen Waffen einstellen. „Das wäre ein Anfang, der sowjetischen guten Willen beweisen würde", meinte er. Ohnehin verfüge Moskau bei den vorhandenen C-Waffen über ein Übergewicht von 80 zu 1 gegenüber den USA.



FDP kündigt der Union harte Koalitionsverhandlungen an

Bangemann: Nach Wahl Fehler von 1983 nicht wiederholen

DIETHART GOOS, Bonn

Bei Fortsetzung der gegenwärtigen Bundesregierung von CDU/CSU und FDP nach der Wahl im Januar 1987 muß sich die Union auf langwierige Koalitionsverhandlungen einstellen, bevor über die personelle Zusammensetzung des neuen Bundeskabinetts entschieden wird. Das kündigte der FDP-Vorsitzende, Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, gegenüber der WELT an. Er kritisierte zugleich die Regierungsbildung im Frühjahr 1983. „Hätten die Koalitionspartner damals gründlicher über die Sachfragen beraten, hätten wir uns manche Reibereien und Kontroversen bis in die Endphase der Legislaturperiode ersparen können."

Der FDP-Vorsitzende nannte als Beispiele die Asylantenproblematik, das Demonstrationsrecht und Umweltschutzmaßnahmen, darunter das Verbot von verbleitem Normalbenzin. Aber auch in außenpolitischen Kernfragen, wie den Ost-West-Beziehungen und der Position der Bundesregierung gegenüber Südafrika hätten die Koalitionspartner bereits während ihrer Verhandlungen über die Regierungsbildung generelle Absprachen treffen müssen.

Damit sich diese schlechten Erfahrungen nicht wiederholen, will die FDP-Führung nach dem erwarteten Wahlsieg am 25. Januar 1987 möglichst viele Sachthemen mit der Union verbindlich vereinbaren.

Auch das FDP-Präsidiumsmitglied Otto Graf Lambsdorff sprach sich dafür aus, nach der Wahl zunächst über Sachfragen mit der Union zu verhandeln. Auf die Frage, ob er im neuen Kabinett wieder ein Ministeramt übernehmen würde, sagte er im Deutschlandfunk: „Ich richte meine *Lebensplanung nicht danach* aus, Minister zu werden."

CSU ergreift Initiative

Vorstoß für neues Demonstrationsrecht im Bundesrat

DW. München

Die bayerische Staatsregierung wird nach den Worten von Ministerpräsident Franz Josef Strauß im September im Bundesrat einen Gesetzentwurf zur Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts einbringen. Mit diesem Hinweis beantwortete Strauß ein Schreiben des Bundesvorsitzenden der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund, Gregg. Der Gewerkschaftsvorsitzende hatte Strauß *angesichts der Vorgänge in* Brokdorf und Wackersdorf dringend gebeten, „parlamentarische Schritte über den Bundesrat einzuleiten, um *der neuen Form* von Terrorismus ein schnelles Ende zu bereiten".

Wie Strauß betonte, haben die bayerischen Staatsministerien der Justiz und des Innern den Auftrag, bis 15. September 1986 einen Gesetzentwurf mit folgenden Regelungen auszuarbeiten:

- Erweiterung des Landfriedensbruchtatbestands
- Strafbewehrtes Verbot der Vermummung und passiven Bewaffnung
- Strafbarkeit der Aufforderung zur Teilnahme an einer verbotenen Versammlung
- *Erweiterung des Haftgrunds der* Wiederholungsgefahr auf bestimmte Fälle des Landfriedensbruchs.

Strauß erklärte, unabdingbar für jede polizeiliche Einsatztaktik sei die Wiederherstellung des alten Landfriedensbruchstatbestands. Eine völlig stumpfe Waffe gegen Gewalttäter sei das geltende Haftrecht.

Strauß betonte, daß sich die FDP 1985, als die CSU auf eine wirksame Ausgestaltung des Demonstrationsrechts gedrängt hatte, in „unverantwortlichem Opportunismus" gegenüber den Erfahrungen der Polizei völlig uneinsichtig gezeigt habe.

„Geld für Pflegefälle"

Landkreistag fordert, *Risiken* besser abzusichern

E.N. Bonn

Der Deutsche Landkreistag hat gestern in Bonn an den Bundestag appelliert, das Pflegefallrisiko noch in dieser Legislaturperiode besser abzusichern und dabei dem Weg zu folgen, den der Bundesrat in seiner Sitzung am 11. Juli dieses Jahres mehrheitlich vorgeschlagen hat.

Während ein Gesetzentwurf der Bundesregierung nur vorsehe, Leistungsverbesserungen der gesetzlichen Krankenversicherung ausschließlich für kranke Schwerstpflegebedürftige in häuslicher Pflege vorzunehmen, will die Bundesratsmehrheit anstelle von Sachleistungen pauschalierte Geldleistungen gewähren. Damit, so das geschäftsführende Präsidialmitglied des Landkreistages, Hans Tiedeken, greife der Bundesrat wesentliche Elemente der vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge vorgeschlagenen Lösung auf. Er wolle Leistungsverbesserungen der gesetzlichen Krankenversicherung *auch im stationären* Bereich und auch für diejenigen Pflegebedürftigen, bei denen eine therapiefähige Krankheit nicht vorliege. Der Bundestag sei aufgerufen, ähnlich wie bei der Neuordnung der Krankenhausfinanzierung im vergangenen Jahr, zwischen beiden Gesetzentwürfen im Interesse der zwei Millionen Pflegebedürftigen in der Bundesrepublik einen Kompromiß zu finden.

Insgesamt hatten in Bonn fünf Gesetzentwürfe zur Absicherung des Pflegefallrisikos vorgelegen. Die Bundesregierung und die Länder Bayern und Hessen schlugen eine versicherungsrechtliche Lösung vor, die Fraktion der Grünen im Bundestag und das Land Rheinland-Pfalz ein steuerfinanziertes Leistungsgesetz.

Sowjets isolieren sich in Stockholm durch Einwände

cvb. Brüssel

Die ablehnende Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber den jüngsten Vorschlägen der Sowjetunion auf der Konferenz für vertrauenbildende Maßnahmen und Abrüstung (KVAE) in Stockholm ist in diplomatischen Kreisen der NATO unterstützt worden. Die restriktive sowjetische Auslegung des Begriffs „Inspektionen vor Ort" liefe der gewünschten Bildung von Vertrauen auf gegenseitiger Basis zuwider.

In Brüssel wurde daran erinnert, daß der amerikanische Chefunterhändler bei der Stockholmer Konferenz, Botschafter Robert Barry, schon im April dieses Jahres vor dem NATO-Rat die zufriedenstellende Lösung des Problems der Inspektionen von Truppenmanövern in Ost und West als „conditio sine qua non", als unerläßliche Bedingung für den Abschluß eines Stockholmer Abkommens genannt hatte. Seine Darlegungen fanden den Beifall der Bündnispartner. Der jetzt wenige Wochen vor Konferenzende vorgebrachte sowjetische Einwand, daß große und von der Zivilbevölkerung bewohnte Gebietsteile im Osten als „Sperrgebiete" angesehen und von westlichen Beobachtern nicht betreten werden dürften, sei geeignet, die Stockholmer Gespräche zu gefährden.

Nach einem positiven Auftakt, bei dem die Sowjetunion Entgegenkommen signalisiert habe, müsse die nunmehrige sowjetische Einlassung als Rückschlag gewertet werden. Der traditionelle sowjetische Standpunkt, daß Inspektionen als Spionage anzusehen seien, habe offenbar im Kreml die Überhand gewonnen. Sinn der in Stockholm vom Westen verfolgten Maßnahmen sei es jedoch, durch gegenseitige Offenheit die Gefahr militärischer *Konflikte einzuschränken*.

(SAD)

Familie darf nach 30 Jahren ausreisen

DW. Frankfurt

Dreißig Jahre nach der Einreichung des ersten Ausreiseantrags darf jetzt die Familie Neufeld die Sowjetunion verlassen und zu ihren Angehörigen bei Karlsruhe ziehen. Ausgereist sind bisher die Eltern Wilhelm (37) und Anna Neufeld (37) mit ihren Kindern Andreas (9) und Paul (6) sowie Großmutter Katharina Neufeld (64), teilte die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte mit.

Die Eltern von Anna Neufeld hatten 1956 das erste Mal die Ausreise beantragt. 1963 wurde sie mit der Auflage *genehmigt, daß die inzwischen* verheiratete Tochter Anna in der Sowjetunion zurückbliebe. Familie Neufeld war seit etwa einem Jahr verstärkten Repressalien ausgesetzt. Wilhelm Neufeld, der wegen seines Antrags arbeitslos geworden war, wurde mehrfach mit Verhaftung wegen „Schmarotzer- und Parasitentums" gedroht.

Für Familie Neufeld hatten sich insbesondere der nordrhein-[illegible]sche Ministerpräsident Johan[illegible] eingesetzt.



Eine oder mehrere Urlaubsreisen im Jahr sind für die meisten EG-Bürger eine Selbstverständlichkeit. Dabei hängt der Drang in die Ferne deutlich vom Einkommen ab. Eine Ausnahme machen nur die Belgier, von denen viele ein eigenes Haus besitzen und die es daher daheim am schönsten finden. QUELLE: GLOBUS

FÜR DEN ANLEGER

Britisches Pfund: Der Mittelkurs wurde bei dem Rekordtief von 3,029 DM festgestellt.

Schweiz: Die niedrigeren kurzfristigen Zinssätze führten bei den sfr-Auslandsanleihen zu Kursgewinnen von einem Viertelpunkt.

Japan: Die drei Long-Term-Credit Banken haben beschlossen, ihre langfristige Prime Rate unverändert bei 6,4 Prozent zu lassen.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 287,04 (285,01); Chemie: 166,48 (166,51); Elektro: 340,40 (339,01); Auto: 757,38 (750,25); Maschinenbau: 148,95 (148,12); Versorgung: 166,36 (165,66); Banken: 435,15 (431,13); Warenhäuser: 173,01 (178,57); Bauwirtschaft: 503,36 (502,46); Konsumgüter: 188,17 (188,17); Versicherung: 1542,47 (1525,22); Stahl: 157,20 (156,81).

Nachbörse: gut behauptet

WELTWIRTSCHAFT



EG: Die Fischereipolitik bedarf erneut der Reform. Die Süderweiterung um Spanien und Portugal hat das empfindliche Gleichgewicht gestört. (S. 12)

Arbeitslose: Die Zahl in der EG ist bis Ende Juli wieder auf 15,7 Mill. gestiegen, nachdem im Monat zuvor noch ein Tiefstand von 15,5 Mill. registriert worden war.

Brasilien: Neue Verhandlungen mit den Gläubigern über die Gesamtaußenverschuldung sollen ohne die Mitwirkung des IWF stattfinden.

Südafrika: Als „schieren Wahnsinn" hat die Regierung in Pretoria Presseberichte aus London bezeichnet, im Falle von Sanktionen würden die Aktiva dort tätiger britischer Firmen beschlagnahmt werden.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	22. 8. 86	21. 8. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	191,50	186,50	165,00	286,00	97,00
Diesel (EG-Material)	127,50	125,50	104,00	226,00	84,00
Heizöl 3,5 % S	70,50-	70,50	51,00	139,00	29,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

BASF: Der Chemiekonzern wird Aktivitäten bei Großcomputern und Peripheriesystemen in eine selbständige Tochtergesellschaft überführen. (S. 12)

Conoco: Das Mineralölunternehmen weist für 1985 einen Jahresüberschuß von 52,7 Mill. DM aus und liegt damit wesentlich über dem Vorjahr mit 23,9 Mill. DM. (S. 13)

Fokker: Mit einem Darlehen von 30 Mill. Pfund Sterling (92 Mill. DM) unterstützt die Europäische Investitionsbank die Entwicklung eines neuen Düsenverkehrsflugzeuges.

Haller-Meurer: Der Hersteller von Gasheizautomaten wies in der AG bei einem Umsatz von 48,4 (1984: 40,8) Mill. DM einen Jahresfehlbetrag von 0,99 (1,4) Mill. DM aus.

Mövenpick: Beim konsolidierten Umsatz, beim Cash-flow und beim ausgewiesenen Konzern-Nettogewinn erzielte das international tätige Unternehmen im vergangenen Geschäftsjahr markante Wachstumsraten. (S. 13)

Toyota: Ab 1987 sollen Gabelstapler in Frankreich produziert werden. Im Geschäftsjahr 1985/86 verzeichnete Japans größter Autohersteller einen Gewinnrückgang um 24,6 Prozent auf 448,38 Mrd. Yen (5,96 Mrd. DM).

MÄRKTE & POLITIK

Stahl: Die Produktion der westlichen Industriestaaten ist im Juli gegenüber demselben Monat des Vorjahres von 35,67 Mill. auf 33,19 Mill. Tonnen gesunken.

Schiffbau: Die Wirtschaftsminister und -senatoren der vier norddeutschen Küstenländer treffen am Donnerstag zu einer kurzfristig einberufenen Konferenz über die Krise im deutschen Schiffbau zusammen.

WER SAGT'S DENN?

„Bei Esso darf man Fehler machen – nur nicht zweimal den gleichen."
Wolfgang Oehme, Vorsitzender des Vorstandes der Esso AG.

DIHT sieht einen „robusten Kern" im deutsch-deutschen Handel

Mit Spezialitäten bei Konsum- und Investitionsgütern gute Geschäfte in der „DDR"

ARNULF GOSCH, **Bonn**

Steigende Chancen für viele Firmen der Bundesrepublik sieht der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) im innerdeutschen Handel. In einem Positionspapier zur bevorstehenden Leipziger Herbstmesse weist die Kammerorganisation darauf hin, daß der massive Preisverfall im Rohstoffhandel den leichten Aufwärtstrend im deutsch-deutschen Industriegüteraustausch verdecke. Sowohl die westdeutschen Lieferanten von Investitionsgütern als auch eine Reihe von Konsumgüterlieferanten, vornehmlich die Anbieter von Spezialitäten, hätten ihre „DDR"-Geschäfte zum Teil sehr deutlich ausgeweitet.

Wenn einige westdeutsche Lieferanten hier und dort noch Zurückhaltung bei der Auftragsvergabe und eher noch vorsichtigere Dispositionen als in der Vergangenheit beobachteten, so liegt das nach Meinung des DIHT zum Teil an der in einigen Bereichen stärker drängenden Konkurrenz, vor allem aber an der momentanen Unübersichtlichkeit im Bereich der Devisenerlöse. Trotzdem sei der westdeutsche Lieferanteil in letzter Zeit deutlich stärker gewachsen als der anderer westlicher Konkurrenten. Hoffnung setze man auf den vom XI. SED-Parteitag unterstrichenen Kurs einer umfassenden Modernisierung und Effizienzsteigerung ganzer Industriezweige.

Auf ein besseres Geschäft können nach Meinung des DIHT auch die Lieferanten hochwertiger Vorprodukte spekulieren. Sie sähen ihre Chance in der Umstellung auf höhere Qualitäten, wie sie die westlichen Märkte, nun zunehmend aber auch die Sowjetunion verlangten. Die momentan von einigen Außenhandelsbetrieben der „DDR" wieder verschärften Gegengeschäfts-Forderungen schaffen nach Meinung der Kammerorganisation aber nicht das wechselseitige Vertrauensklima, das gerade für das gemeinsame Anpacken von Problemen notwendig sei.

Auch die „DDR"-Wirtschaft werde nämlich durch die neuen Marktdaten der Weltwirtschaft vor erhebliche Anpassungsprobleme gestellt: Gedrückte Rohstoffpreise, radikaler Preissturz auf den westlichen Rohöl- und Produktenmärkten und dramatische Dollarkursrückgänge hätten auch das Umsatzvolumen im innerdeutschen Handel reduziert.

Nach jahrelanger Handelsausweitung ließen die Preiskorrekturen die westdeutschen Lieferungen um acht Prozent und die Bezüge um fünf Prozent zurückgehen. Nicht ohne Sorge sei zu beobachten, daß im Westhandel der „DDR" der Rohstoff- und rohstoffnahe Anteil für eine hochindustrialisierte Volkswirtschaft unverhältnismäßig hoch angewachsen sei.

Wie der DIHT in seinem Positionspapier betont, seien neue Impulse auch durch eine engere betriebliche Kooperation auf dem Wege von Joint-ventures zu erwarten. So sehe sich die „DDR" aufgrund der rechtlichen und faktischen Beziehungen zur Wirtschaft der Bundesrepublik in der Lage, einige wichtige Elemente derartiger Kooperationen bereits jetzt aktivieren zu können.

Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten dabei Breite und Nachhaltigkeit des Angebots an Technologien bis hin zu Hilfen beim Marketing, wie sie von westdeutschen Firmen in Leipzig wieder angeboten werden. Schließlich wird die in Fahrt kommende Binnenkonjunktur in der Bundesrepublik auch die Absatzchancen der „DDR" in praktisch allen Lieferbereichen erweitern, vorausgesetzt, Preise, Qualität, Ersatzteildienst und Pünktlichkeit stimmen.

EG verhängt Schutzzölle gegen Japaner

Ha. **Brüssel**

Mit einem vorläufigen Antidumping-Zoll hat die EG-Kommission japanische Fotokopiergeräte belegt. Nach ihren Ermittlungen wurden diese in der Zwölfer-Gemeinschaft zu erheblich geringeren Preisen angeboten als in Japan selbst. Die handelspolitische Schutzmaßnahme richtet sich gegen zwölf Fabrikanten. Für die meisten von ihnen beträgt der Ausgleichzoll 15,8 Prozent.

Nach Angaben der Brüsseler Behörde haben die japanischen Exporteure ihren Anteil am EG-Markt zwischen 1975 und1 1981 versechsfacht und zuletzt auf 85 Prozent erhöht. Als eine europäische Firma Kleingeräte herzustellen begann, boten die Japaner ein vergleichbares Erzeugnis um 40 Prozent billiger an. Der vorläufige Ausgleichzoll gilt für vier Monate.

Pfund sinkt wieder auf ein Rekordtief

rtr. **Frankfurt**

Das britische Pfund ist gestern an der Frankfurter Devisenbörse auf ein neues Rekordtief abgerutscht. Der Mittelkurs wurde Händlern zufolge bei 3,029 DM festgestellt. Die britische Währung lag damit um gut drei Pfennig unter dem Freitagsfixing von 3,060 DM. Im Handel rechnet man in der nächsten Zeit mit einem Fall des Pfundes unter die wichtige Widerstandslinie von 3,00 DM. Am Bankschalter in Frankfurt gab es für das Pfund bereits nur noch 2,96 DM, während der Verkaufspreis noch bei 3,11 DM lag.

Etwas schwächer lag auch der Yen mit 1,3285 nach 1,3315. Leicht erholt zeigte sich dagegen der US-Dollar, der gestern in Frankfurt mit 2,0413 DM notiert wurde, nachdem er beim Freitagsfixing auf 2,0391 DM abgerutscht war.

Glaube und Hoffnung

Mk. – Schon zum Auftakt des SPD-Parteitages, auch in der Eröffnungsrede von Willy Brandt, wurde deutlich, daß bei dem Sozialdemokraten der Glaube an das Machbare in der Wirtschaftspolitik ungebrochen ist. Sicher, die hohe Zahl der Arbeitslosen ist für eine Partei, die sich nicht nur jetzt am Begriff Solidarität entlanghangelt, eine Herausforderung ganz besonderer Art.

Aber Patentrezepte zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit gibt es nicht. Beschäftigungsprogramme haben einen starken Hautgout. Doch die Sozialdemokraten wollen dieses Thema besetzen. Dazu benötigen sie allerdings eine wirtschaftliche Entwicklung, die in den Köpfen der Bürger anders abläuft als die reale. Daher malen die Sozialdemokraten hier schwarz in schwarz, so versuchen sie, einen staatlichen Handlungszwang zu begründen.

Auch die rhetorische Frage Willy Brandts, warum die Bundesregierung nicht die gute Konjunktur genutzt habe, um die Arbeitslosigkeit abzubauen, unterstreicht nur noch einmal die Ansicht vieler Sozialdemokraten, wonach alles ganz anders laufen könnte, wenn der Staat nur wollte.

Zwar wird ab und zu das Wort Wettbewerbsfähigkeit erwähnt. In die Debatte eingeführt, wird es zugleich relativiert, in Verbindung zur Solidarität gesetzt. Dafür wird die Hoffnung auf die Wirksamkeit von Beschäftigungsprogrammen geschürt. Dieses ist alles nicht neu, und das Zutrauen ist in der Bevölkerung in den vergangenen Jahren bestimmt nicht größer geworden. Und trotzdem bleiben die Sozialdemokraten dabei. Der Glaube an das Machbare ist unerschütterlich.

Mäzene wollen keine Steuern sparen

IW-Umfrage: Wirtschaft fördert vor allem die Wissenschaft, weniger die Kunst

A. G. **Bonn**

Die deutsche Wirtschaft hat ihr vielfältiges Engagement als Mäzen, Förderer oder „Sponsor" in den letzten Jahren erheblich verstärkt. Wie aus einer Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in drei ausgewählten Kammerbezirken sowie bei namhaften deutschen Großunternehmen hervorgeht, haben Unternehmen in der Bundesrepublik zwischen 1982 und 1984 ihre Spenden für wissenschaftliche, kulturelle und sozial-karitative Zwecke um rund 45 Prozent gesteigert. An der Spitze stand nach wie vor die Förderung der Wissenschaft. Auch der Sport fand mehr und mehr Förderer in der Wirtschaft.

Das durchschnittliche Spendenaufkommen stieg im genannten Zeitraum in den untersuchten Kammerbezirken um 43,2 Prozent, bei den bundesweit ausgewählten Großunternehmen sogar um 46,4 Prozent. Den höchsten Stellenwert hat die Wissenschaftsförderung, die bei den befragten Unternehmen zumeist mehr als 50 Prozent des Spendenvolumens ausmacht.

Demgegenüber spielen Kunst-, Kultur- und Musikförderung durch Unternehmen eine insgesamt geringere Rolle, wenngleich unternehmerisches Mäzenatentum auf diesen Feldern einen hohen Bekanntheitsgrad in der Öffentlichkeit erreicht. Den Umfrageergebnissen zufolge liegt das Engagement der Unternehmen hier in der Regel zwischen einem und zehn Prozent und erreicht nur in Einzelfällen 50 Prozent des Spendenaufkommens.

Für 76 Prozent der befragten Unternehmen sind die „Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl" und „allgemeines staatsbürgerliches Interesse" Motivation für ihr Mäzenatentum. 69,3 Prozent erklärten, „aus sozialer Verantwortung" heraus zu handeln. Wichtig für die Spendentätigkeit seien auch „persönliche Kontakte" (69,3 Prozent). Dagegen liegen „Imagepflege" mit 46,7 und „betrieblicher Nutzen" mit 20 Prozent am unteren Ende der Motivskala. Lediglich 18,7 Prozent der Unternehmen sehen ihre Spendenpraxis im Zusammenhang mit der Möglichkeit, dadurch Steuern zu sparen.

Ein nahezu ausgewogenes Bild gibt ein Vergleich zwischen „aktiver" und „passiver" Spendenpolitik: 50,4 Prozent reagieren auf Anfragen von außen, 49,6 Prozent werden von sich aus aktiv.

AUF EIN WORT

„Der als vordringlich erkannte Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wird vorzugsweise statisch mit dem Blick auf die weiter vorhandenen etwa 2 Millionen Arbeitslosen gesehen. In Wirklichkeit ist das Problem ganz und gar dynamisch, da die frühere Bundesregierung durchaus ein Ansteigen der Arbeitslosenzahl auf mehr als 3 Millionen ins Auge gefaßt hatte. Daß dies nicht erfolgte, ist schon ein Erfolg. Aber wie soll es möglich sein, auf der Basis der Tarifabschlüsse dieses Jahres in größerem Umfang neue Arbeitsplätze zu schaffen? Wieder dürfte das Bibelwort recht behalten: „Wer hat, dem wird dazugegeben", und wer nichts hat, dem wird die Chance, etwas zu kriegen, genommen."

Hellmut Kruse, Vorstandsvorsitzender der Beiersdorf AG, Hamburg.
FOTO: SVEN SIMON

Ifo: Auch die Bauwirtschaft ist nun optimistisch

sz. **München**

Eine anhaltende Verbesserung des Konjunkturklimas in der deutschen Bauwirtschaft bei ansonsten fast unverändert günstiger Situation in den übrigen Wirtschaftsbereichen. So stellt sich die wirtschaftliche Lage im Juli 1986 nach dem Konjunkturtest des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung dar.

Die Belebung der Bautätigkeit führte dazu, daß die Baufirmen ihre Geschäftslage erneut günstiger beurteilten als noch im Juni und auch den nächsten sechs Monaten zuversichtlicher entgegensehen. Mit 59 Prozent waren die Gerätekapazitäten so hoch wie seit fünf Jahren nicht mehr ausgelastet. Durch die erhöhte Produktion haben sich die Auftragsbestände etwas verringert (2,2 Monate).

Daß das verarbeitende Gewerbe seine aktuelle Lage wieder etwas ungünstiger beurteilte, ist nach Ansicht des Ifo nicht auf eine wesentliche Änderung der konjunkturellen Situation zurückzuführen. Die Ordereingänge nahmen nämlich sogar noch zu und führten zu einem leichten Produktionsanstieg. Und eher skeptischer sah die Industrie auch wieder den nächsten Monaten entgegen, obwohl die Exportchancen erneut weniger Anlaß zu Pessimismus gaben.

Auch der Einzelhandel bewertete seine Geschäftslage im Juli schlechter. Zurückzuführen ist dies wohl darauf, so das Ifo, weil sich die stetige Klimaverbesserung seit März nicht fortgesetzt hat.

Ein Pfennig Freiheit

Von HANS BAUMANN

Daß der Mittelstand in der Marktwirtschaft etwas härteres Brot beißen muß, dafür sind die Betreiber freier Tankstellen ein geradezu klassischer Beweis. Sie haben nicht nur die Aufgabe, für die Importeure Absatzkanäle freizuhalten, den heimischen Raffinerien Renditen für die Kapazitätsspitzen zu verschaffen und jene Landstriche mit Vergaserkraftstoff und Diesel zu versorgen, die wegen ihrer mangelhaften Nachfragedichte für den Konzernhandel marginal und damit ohne Magnetismus sind. Mit einem Wort: Der Markt der Freien ist der Markt der höheren Kosten.

Da verwundert es nicht, daß die freien Zapfsäulen nicht immer so fein herausgeputzt sind wie die besser dotierten Konzernstationen, daß es ihnen viel schwerer fällt, zu rationalisieren, um die Kosten zu drükken, und daß sie aus all den Gründen im Lauf der Zeit Probleme bekommen, „biologisch" zu überleben. Erben weigern sich, die freie Tankstelle weiter zu betreiben. Käufer lassen sich nicht finden. Freie Stationen überleben in der Regel, weil ihr Betreiber kein festes Gehalt kalkuliert, sondern weil sich bei ihnen die Tätigkeit im Familieneinkommen niederschlägt.

Wie hart das Leben der Freien ist, läßt sich an Zahlen demonstrieren. 1060 Tankstellen addiert ihr Verband heute. Sie werden von 365 Unternehmen betrieben. 280 von ihnen besitzen nur eine Tankstelle. Doch seit seiner Gründung 1960 hat der Bundesverband rund 1000 Tankstellen verloren, gleichzeitig aber 600 hinzugewonnen, durchweg solche, von denen sich die Markengesellschaften getrennt hatten. Daß aber in diesen 26 Jahren der Marktanteil der Freien beim Benzin von fast elf Prozent auf knapp unter sechs gesunken ist, das lasten sie den Supermärkten und ihrer Preispolitik an.

Es ist bekannt, daß die Konzerngesellschaften in der Ölkrise den trockensitzenden Freien mit 60 000 Tonnen Sprit bei einem Pfennig Rabatt je Liter über die Runden halfen. Dafür haben die Freien das Problem der „Blinden-Stationen" gelöst, das die Multis nicht auf dem Rechtsweg ausräumen konnten, weil sie damals unweigerlich verketzert worden wären, Blinden den Lebensunterhalt wegzunehmen. Zur Erinnerung: Vor gut zehn Jahren kamen findige Benzinhändler auf den Gedanken, ihre Säulen an Blinde zu verpachten, um so die Umsatzsteuern zu sparen. Die Freien lösten das Problem intern und bewahrten so die ganze Branche vor negativem Ruf.

Die Freien lebten also schon immer in einer lockeren Ehe mit den Konzerngesellschaften, jedoch mit einem gravierenden Unterschied: Während sie sich in Zeiten des Überflusses an Mineralölprodukten vornehmlich aus Rotterdam versorgten, haben sie sich nun zu drei Vierteln an die heimischen Raffineure gebunden. Da bleibt es nicht aus, daß die einst so stolz betonte Freiheit ein wenig auf der Strecke blieb, daß man allmählich in den Windschatten der großen Brüder geriet, was nicht unbedingt identisch sein muß mit dem Sog, den solche Kräfte verursachen können.

Daß aber selbst lockere Fesseln drücken, haben die Freien erfahren müssen, als unter den Markengesellschaften der Qualitätswettbewerb ausbrach. Verstöße gegen die DIN-Norm bei einigen Freien und ein Urteil des Landgerichts Düsseldorf, in dem es hieß, daß ein solcher Verstoß kein Betrug am Kunden Kraftfahrer sei, brachten die Freien ins Zwielicht und zwangsläufig ins Hintertreffen.

Doch es ist bezeichnend für die Verbissenheit, mit der gerade der Mittelstand sich zur Wehr setzt. Nicht nur, daß das unverständliche Urteil angefochten wurde, man brachte auch die Importeure und die heimischen Konzerne dazu, nur noch DIN-gerechte Waren zu liefern. Verbandsmitglieder wurden verpflichtet, Stichproben in den Rechnungsunterlagen hinzunehmen, um künftige Panschereien auszuschließen, man setzte ein Markensignet durch mit weißem „T" auf schwarzem Grund in einem orangefarbenen Feld, beschränkte sich für die Lieferung von Additiven auf drei erfahrene, angesehene Lieferanten und wirbt heute mit dem Slogan „DTG ist besser als DIN". Der Verband ist sich sehr wohl klar darüber, daß es sich genaugenommen um vergleichende Werbung handelt, doch man lief das Risiko, weil man diese Defensivwerbung brauchte und sich gegen qualitative Diskriminierung kaum anders zur Wehr zu setzen wußte.

Den größten Rettungsanker warfen die Freien aber, indem sie die Philosophie entwickelten, „immer nur einen Pfennig billiger zu sein als die Markengesellschaften". Der Preiskampf, mit dem man einst gegen die Giganten des Marktes ins Feld zog, ist also beendet. Der eine Pfennig wird somit zur Marke. Er symbolisiert aber auch den Grad der Freiheit, die den Freien in diesem Geschäft noch geblieben ist.

Dank Boris – Hobby- und Sportreisen stiegen überdurchschnittlich

DIETRICH BOSING, **Hamburg**

„Wir sind noch einmal davongekommen" – so lautet die erste Bilanz des Touristikjahres 1985/86 (31. 10.), die die deutschen Reiseveranstalter am Ende der Sommerferien ziehen. Trotz einiger Widrigkeiten rechnet die Branche mit einem Plus von etwa zwei Prozent. Das sind zwar vier Prozent weniger als der Zuwachs im Vorjahr, doch das wirtschaftliche Ergebnis wird günstiger sein: Der Dollarverfall wird das Betriebsergebnis aufhellen.

Ein Jahr der Turbulenzen liegt hinter den Touristikunternehmen. Erst beeinträchtigten die Entführung der „Achille Lauro" und die Polizeirevolte in Ägypten das Wintergeschäft vor allem im östlichen Mittelmeer und im Nahen Osten. Dann störten der amerikanisch-libysche Zwischenfall, die Katastrophe von Tschernobyl und die ETA-Anschläge auf spanische Touristenziele nachhaltig den verhalten angelaufenen Sommerreiseverkehr. April und Mai wurden zu „schwarzen Monaten" des Touristikgeschäfts, erst im Juni ließ die Verunsicherung vieler Kunden deutlich nach.

Besonders einschneidend wirkte Tschernobyl. Zahlreiche Reisen in die Ostblockländer mußten umgebucht oder storniert werden. Bilanz Ende August: Der Reiseverkehr nach Rumänien ist bei den Touristikveranstaltern um etwa 60 Prozent, nach Bulgarien und in die Sowjetunion um je 25 Prozent zurückgegangen. Auch Jugoslawien litt unter Tschernobyl. Das Reisegewerbe schätzt den erlittenen Schaden auf 100 Millionen DM. Rund 70 000 Reisen wurden nicht angetreten.

Manches Reiseunternehmen müßte zum Ende der Saison möglicherweise rote Zahlen schreiben, hätten nicht drei Ereignisse das Touristikgeschäft positiv beeinflußt: In den Reisezielen außerhalb des Ostblocks – von Spanien bis nach Griechenland – gab es einen beträchtlichen Kundenzuwachs. Mit dem Näherrücken der Sommerferien setzte zudem ein Buchungsansturm ein, der die Zahl der Reiseteilnehmer im Juli und August zum Teil weit über Vorjahresstand ansteigen ließ. Der sinkende Dollarkurs und die starke DM belebten das Geschäft zusätzlich.

Spanien, bei den deutschen Touristikveranstaltern mit einem Anteil von 40 bis 50 Prozent ohnehin das stärkste Reiseland, konnte einen weiteren Zuwachs erzielen. Hubert Geppert von der Touristik Union International, dem größten deutschen Reiseveranstalter: „Obwohl wir im letzten Reisejahr bereits mehr als 900 000 Gäste nach Spanien brachten, konnten wir 1985/86 noch ein weiteres Plus erzielen."

Renner der Saison sind ferner Griechenland und die Türkei, Portugal und Tunesien. In den Veranstalterprogrammen konnte die Türkei einen beträchtlichen Zuwachs erzielen. Die TUI meldet einen Zuwachs von 140 Prozent, bei der NUR Touristik beläuft sich das Plus auf 78 Prozent.

Gegenüber dem Vorjahr konnten Tunesien und Italien aufholen. Gut liefen auch die Deutschlandprogramme. Dagegen liegt Österreich noch zurück. Gut gefragt waren in diesem Jahr die Hobbyreisen. Dank Boris Becker konnte das Deutsche Reisebüro (DER) 50 Prozent mehr Tennisreisen verkaufen.

Der von den Reiseveranstaltern erwartete Zuwachs bedeutet, daß im Touristikjahr 85/86 erneut mehr Pauschalreisen verkauft worden sind. Damit wird die Zahl dieser Reisen auf über zehn Millionen anwachsen. Betrug der Anteil der Pauschalreisen 1984 am gesamten Reisemarkt 29 Prozent, dürfte er in diesem Jahr auf etwa 35 Prozent steigen.

Geschätzt wird, daß die Bundesbürger in diesem Jahr allein für Auslandsreisen rund 47 Milliarden DM ausgeben werden, das wären zehn Prozent mehr als 1985. DER-Sprecher Karl Maute: „Der Kunde ist wieder bereit, mehr Geld für Reisen auszugeben." Doch das Preis-Leistungs-Verhältnis muß stimmen.

Nicht zuletzt wegen des gestiegenen Durchschnittsreisepreises und der günstigen Währungsentwicklung rechnet die Branche mit einem guten wirtschaftlichen Ergebnis. „Wir werden ein ganz solides Ergebnis erzielen", betont NUR-Geschäftsführer Hermann Kratz. NUR erwartet ein Plus in zweistelliger Millionenhöhe und damit das Ende der „Durststrecke" nach der Karstadt-Übernahme.

(dpa/VWD)

Die BASF plant Zusammenarbeit mit Siemens AG

dpa/VWD, Ludwigshafen

Der Chemiekonzern BASF wird für seine stark wachsenden Aktivitäten bei Großcomputern und Peripheriesystemen (ohne kleine Speicherlaufwerke) noch in diesem Jahr eine selbständige Tochtergesellschaft gründen. Die Neugründung solle unter anderem die gesellschaftsrechtlichen Voraussetzungen für Kooperationen mit anderen Unternehmen, vor allem mit der Siemens AG, München, schaffen, teilte die BASF mit. Bei einem erfolgreichen Abschluß der gegenwärtig mit dem Münchener Elektrokonzern geführten Gespräche wird sich Siemens an der neuen Gesellschaft beteiligen, erklärte ein BASF-Sprecher. Die Beteiligungsverhältnisse würden noch ausgehandelt.

Die BASF wird in die neue, auf Großcomputer spezialisierte Gesellschaft einen EDV-Geräteumsatz von 600 Mill. DM (1985) einbringen. Der Umsatz hat sich den Angaben zufolge innerhalb der vergangenen zehn Jahre verachtfacht: 1984 hatte er bei 430 Mill. DM gelegen. Eine Kooperation von BASF und Siemens würde nach Meinung von Fachkreisen bei Großrechnern hinter IBM „mit Sicherheit" den zweiten Platz einnehmen.

Ihre Aktivitäten bei Speichermedien für die elektronische Datenverarbeitung – Disketten, Computerbandkassetten und -bänder und Magnetplattenprodukte – sowie das Komponentengeschäft mit kleinen Speicherlaufwerken soll innerhalb der BASF AG weitergeführt werden. Das Geschäft mit Großrechnern und Peripheriesystemen ist Teil der BASF-Datentechnik, die 1985 weltweit 1,05 Mrd. DM umsetzte und zum Unternehmensbereich Informationssysteme gehört. Hierzu zählen außerdem Audio/Video und die Reproduktionstechnik.

Kampf um Erhaltung der europäischen Fischbestände

Die EG-Süderweiterung hat das mühsam erreichte Gleichgewicht beeinträchtigt – Kontrollen sollen verstärkt werden

WILHELM HADLER, Brüssel

Gute Erfahrung hat die EG bisher mit ihrer Fischereipolitik gemacht. Zwar sind die Beschlüsse der Gemeinschaft zur Erhaltung der europäischen Fischereiressourcen nicht immer von allen Mitgliedsländern eingehalten worden, doch gelang es wenigstens bei den wichtigsten Beständen, die alarmierende Entwicklung umzukehren.

Trotzdem sind Reformen unerläßlich und von der Brüsseler Kommission bereits in den großen Zügen konzipiert worden: Der EG-Beitritt Spaniens und Portugals hat nämlich das mühsame Gleichgewicht zwischen Fangflotten und Fangmöglichkeiten erneut empfindlich gestört.

So hat sich durch den Beitritt der beiden iberischen Länder die Zahl der Fischereischiffe in der EG mit mehr als 150 Bruttoregistertonnen um rund 94 Prozent, die der im Fischfang beschäftigten Menschen um 108 Prozent auf rund 250 000 erhöht. Die Anlandungen stiegen mengenmäßig um 29 Prozent und wertmäßig sogar um die Hälfte. Andererseits wird allerdings in Spanien je Kopf der Bevölkerung nahezu dreimal soviel Fisch verzehrt wie in der Zehner-Gemeinschaft.

Die Zwölfer-EG sieht sich daher nach Ansicht der Kommission vor die Aufgabe gestellt, diesen Veränderungen Rechnung zu tragen. Sie wird, wie es in einem Papier der Brüsseler Behörde heißt, nur dann über genügend Fischbestände verfügen können, wenn sie weiterhin zu einer entschlossenen Politik der Bewirtschaftung der autonomen Ressourcen bereit ist. Dabei müsse sie sich vor allem um die Abgrenzung eines dauerhaften Rahmens bemühen.

Notwendig sei es, künftig Leitlinien für zehn Jahre festzulegen und entsprechende Mittel bereitzustellen. Der Gesamtmechanismus der gegenwärtigen Quotenregelung sei zwar aufrechtzuerhalten, doch gelte es die Kontrollen künftig zu verbessern und zu verstärken. Um die Fischereimöglichkeiten außerhalb der Gemeinschaft zu konsolidieren, müsse die EG auf eine Stärkung ihrer Positionen bei den Neuverhandlungen mit Drittländern sowie auf eine größere Unabhängigkeit gegenüber diesen Staaten hinarbeiten. Es gelte die für Handelszugeständnisse bestehenden Möglichkeiten nach dem Grundsatz „Zugang zu den Ressourcen – Zugang zum Markt" attraktiver zu gestalten.

Die Veränderungen infolge der Erweiterung der Gemeinschaft machten auch bestimmte Anpassungen der Regeln und Mechanismen der gemeinsamen Marktorganisation notwendig. Wegen der größeren Bandbreite der angebotenen Fischarten müßten zusätzliche Mechanismen zur Regelung und Rationalisierung der Märkte eingeführt werden, ohne daß bei diesen Erzeugnissen von lokaler oder regionaler Bedeutung strukturelle Überschüsse entstehen dürften.

Bis ein befriedigenderes Verhältnis zwischen Fangkapazitäten und den Fischereiressourcen erreicht sei, könne auf weitere Beihilfen für die Erneuerung und Modernisierung der EG-Flotte kaum verzichtet werden. Voraussetzung sei allerdings dafür, daß dadurch die gesamte Fangkapazität nicht erhöht werde.

Turbulenzen im US-Luftverkehr

People Express beantragt Konkurs für Frontier Airlines

dpa/AFP, Washington

Die US-Luftfahrtgesellschaft People Express hat alle Flüge ihrer inneramerikanischen Tochterfirma Frontier Airlines eingestellt, deren 4700 Angestellte entlassen und ein Konkursverfahren beantragt. Als Begründung für ihre Entscheidung führte die Billigfluggesellschaft die Liquiditätsklemme von Frontier an und erklärte, sie sei nicht mehr bereit, weitere Mittel in das Unternehmen zu stecken. Die Verluste bei Frontier erreichten in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 60 Mill. Dollar.

People hatte die 39 Jahre alte Gesellschaft, die 50 Städte in den USA anflog, 1985 gekauft. Verhandlungen mit der Fluggesellschaft United Airlines, die 146 Mill. Dollar für die Übernahme von Frontier zahlen wollte, hatten in den vergangenen Tagen kein Ergebnis gebracht. Die Gewerkschaft der United-Piloten hatte es offenbar abgelehnt, Gehaltskürzungen hinzunehmen, um der Gesellschaft die Übernahme von Frontier zu erleichtern.

Ins Gerede gekommen ist auch die US-Fluggesellschaft Pan Am. Wegen Verstößen gegen die Sicherheitsvorschriften hat die amerikanische Zivilluftfahrtbehörde in Washington dem Unternehmen eine Geldbuße von 1,95 Mill. Dollar auferlegt. Die Behörde traf diese Entscheidung nach einer zweimonatigen Inspektion der Gesellschaft. Pan Am, die fünftgrößte der amerikanischen Fluggesellschaften, hat nach Angaben der FAA unter anderem reparaturbedürftige Maschinen eingesetzt und Ersatzteile montieren lassen, deren zulässige Nutzungsdauer überschritten war.

Chemisches Versteckspiel

Deutsche Konzerne liegen in Frankreich an der Spitze

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die chemische Industrie Frankreichs hat 1985 bei einem Umsatz von 287 Mrd. Franc (einschließlich Arzneimittel) ein mengenmäßiges Wachstum von 2,6 Prozent erzielt. Die Töchter ausländischer Chemiekonzerne brachten es dabei allerdings auf 8 Prozent. Auch ihre Ertragsentwicklung war wesentlich günstiger als die der rein nationalen Unternehmen. Das ergibt sich aus einer von „Les Echos" zusammengestellten Übersicht. Von den 19 angeführten ausländischen Gesellschaften verbuchte nur die Shell-Chimie Verluste. Umsatzmäßig stand sie allerdings mit 7,36 Mrd. Franc an erster Stelle.

In Wirklichkeit jedoch würde Hoechst dieser Rang gebühren. Ihre hundertprozentige französische Tochter SF Hoechst nimmt mit einem Umsatz von 5,6 Mrd. Franc offiziell zwar erst den 5. Platz ein (nach Shell-Chimie, ICI, Solvay und Esso-Chimie). Rechnet man aber den Pharmakonzern Roussel-Uclaf hinzu, an welchem Hoechst mit immerhin etwas mehr als 51 Prozent beteiligt ist, dann hätte der deutsche Konzern nicht weniger als 18 Mrd. Franc konsolidierten Umsatz ausweisen müssen.

Seine Bescheidenheit ist wohl noch auf die Verstaatlichungsaktion der sozialistischen Regierung zurückzuführen. Sie sollte sich ursprünglich auch auf Roussel-Uclaf erstrecken. Dann aber kam es zu einem Kompromiß, welcher es der Regierung – auch heute noch – erlauben würde, die Kontrolle über diesen Pharmakonzern zu erlangen, obwohl dieser seine Expansion vor allem dem starken Export verdankt, welchem ihm Hoechst wegen seiner weltumfassenden Vertriebsorganisation ermöglicht.

Aber auch BASF versteckt sich – ohne besonderen Grund – mit einem ausgewiesenen Umsatz von nur 1,75 Mrd. Franc auf Platz Nr. 16. Einschließlich seiner diversen anderen französischen Filialen käme dieser deutsche Chemiekonzern aber auf 8 Mrd. Franc und stünde damit nach Hoechst an zweiter Stelle, während Bayer mit mehr als 7 Mrd. Franc – offiziell nur 1,8 Mrd. Franc – den 3. oder 4. Platz einnehmen würde.

Die französischen Filialen der ausländischen Chemiekonzerne sind besonders im Pharmabereich aktiv. Zwar hält die Regierung immer noch die Preise der Pharmazeutika unter strikter Kontrolle, um das Defizit der Securite Sociale zu begrenzen. Zum Jahresende jedoch erwartet man eine gewisse Lockerung, was den ausländischen Konzernen weiteren Auftrieb geben müßte.

Der Verkäufer kommt per Kabel-TV ins Wohnzimmer

dpa/VWD, New York

Clevere Geschäftsleute haben für das Fernsehen eine neue Rolle entdeckt: Über den Bildschirm kann man neuerdings in den Vereinigten Staaten Einkäufe tätigen, ohne sich aus dem Sessel erheben zu müssen. Und da der US-Bürger im Durchschnitt 30 Stunden in der Woche vor dem Flimmerkasten hockt, verspricht das Home Shopping ein ertragreiches Geschäft zu werden.

So jedenfalls sieht es die Börse: Die Aktie des Pioniers dieser neuen Vertriebsmethode, Home Shopping Network Inc. (HSN), gehört zu den heißesten Rennern dieses Jahrzehnts. Über Kabel kommt die Sendung „Home Shopping Club" bereits in 3,5 Millionen Haushalte. Sie wird von einem Studio in Clearwater (Florida) aus gesendet, das dem Flugkontrollzentrum der Raumfahrtbehörde Nasa gleicht. Um mit den Verkäufen Schritt zu halten, hat HSN ein Computersystem eingesetzt, das dem der Nasa an Größe nur wenig nachsteht.

Spritzige Moderatoren preisen – wie Auktionatoren bei Versteigerungen – in atemlosem Tempo Hausgeräte, Schmuck und anderes zu herabgesetzten Preisen an. Mehr als 100 Telefonistinnen jubeln, klatschen oder läuten jedes Mal Kuhglocken, wenn ein neuer Artikel eingeführt wird. Und das passiert gewöhnlich alle drei bis fünf Minuten. Wem etwas gefällt, der greift zum Telefon, wählt eine gebührenfreie Nummer an und bestellt mit seiner Kreditkarte. Er muß sich aber beeilen. Denn von jedem Artikel wird nur eine begrenzte Zahl angeboten und der „niedrige Preis" gilt nur höchstens 15 Minuten lang.

HSN erwirbt die über TV feilgebotenen Waren in großen Mengen billig bei Restverkäufen oder Liquidierungen von Bankrottfirmen. Die Waren werden dem Käufer über einen privaten Paketversand zugestellt.

Als die HSN-Aktie am 16. Mai dem Publikum für 18 Dollar angeboten wurde, sprang der Kurs am selben Tag auf 42⅝, ein Zuwachs von 137 Prozent. Inzwischen notiert das Papier bei etwa 80 Dollar. Der Umsatz verzehnfachte sich von Februar bis Mai auf 42,9 Millionen Dollar. Der Quartalgewinn sprang in einem Jahr von einem auf 36 Cent je Aktie. Schon einen Monat nach Börseneinführung wurde die HSN-Aktie durch zwei geteilt – der schnellste Aktiensplit aller Zeiten in den USA.

HSN, das bereits Nachahmer gefunden hat, will bis Ende 1987 40 Millionen Haushalte erreichen. Die 325 Kabelgesellschaften mit Shopping-Sendezeiten erhalten eine Provision von fünf Prozent des Umsatzes.

Kaufkraftverluste in Frankreich

Insee: Höhere Angestellte erlitten die höchsten Einbußen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Je mehr die Franzosen verdienten, desto so höher waren ihre Kaufkraftverluste. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des statistischen Amtes Insee. Danach sind zwischen 1979 und 1985 die Bruttoeinkommen (Vor Steuern und Familienzulagen) inflationsbereinigt um sechs Prozent (jahresdurchschnittlich ein Prozent) bei den leitenden Angestellten, um vier Prozent bei den mittleren und um 1,5 Prozent bei den anderen Angestellten zurückgegangen, während die Einkommen der Arbeiter leicht zugenommen haben.

Der Generalsekretär der Angestelltengewerkschaft CGC, Paul Marchelli, hält diese Entwicklung für besorgniserregend. Denn die Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs hänge nicht zuletzt vom Einsatz seiner Kader ab. Die starke Verminderung ihrer Realeinkommen habe sie aber inzwischen „entmutigt". Marchelli fordert deshalb Steuererleichterungen für Bezieher von mittleren, hohen und höchsten Einkommen.

Die Regierung hat bereits zugesagt, ab 1987 den obersten Einkommensteuersatz von 65 auf 60 Prozent zu senken, was die Staatskasse etwa zwei Mrd. Franc (knapp 700 Mill. DM) kosten wird. Außerdem sollen die Steuern in der mittleren Kategorie um drei Prozent, beziehungsweise vier Mrd. Franc ermäßigt werden. (Für die unteren Einkommenskategorien sind zehn Mrd. Franc Erleichterungen vorgesehen). Darüberhinaus profitieren vor allem die oberen Einkommensschichten von der Beseitigung der durch die Sozialisten eingeführten Vermögensteuer und von dem geplanten 25prozentigen Erbschaftsteuerabschlag für Vermögensteilung zu Lebzeiten.

Die Untersuchung des statistischen Amtes ist allerdings mit Vorsicht zu interpretieren. Sie erfaßt nur die den Finanzämtern gemeldeten Einkommen, die bei Spitzenverdienern erfahrungsgemäß die effektiven Einkommen besonders stark unterschreiten. Auch ist zu bedenken, daß in den letzten Jahren immer mehr Angestellte zu unterdurchschnittlichen Bedingungen in leitende Funktionen aufrückten.

Die alteingesessenen Kader, so stellt das Insee-Institut abschließend fest, haben deshalb weniger oder überhaupt keine Kaufkrafteinbußen erlitten. Den stärksten realen Einkommenszuwachs verbuchte allerdings die nicht mehr arbeitende Bevölkerung dank der unter der sozialistischen Regierung erfolgten starken Aufbesserung der gesetzlichen Altersversorgungen.

Schnelles Wachstum hält an

Deutsche Mövenpick beschäftigt inzwischen 3500 Mitarbeiter

adh. **Frankfurt**

Wolfgang vom Hagen, Generaldirektor Deutschland und Mitglied des ab Januar 1987 amtierenden Geschäftsleitenden Ausschusses der Mövenpick-Holding, hat einen Traum: „Ein Brückenrestaurant über das Frankfurter Kreuz mit Eingängen an vier Seiten". Trotz aller bisher erfolglosen Verhandlungen von Mövenpick in Sachen Restauration an den deutschen Bundesautobahnen – zuzutrauen ist es dem agilen Deutschland-Chef von Mövenpick allemal, daß er seinen Traum eines Tages verwirklicht. Zur Zeit haben neue Gespräche begonnen.

Bei Mövenpick Deutschland stehen die Zeichen weiter auf Expansion, nachdem das deutsche Geschäft der Schweizer Aktiengesellschaft seit einigen Jahren schneller wächst als das heimische, das freilich immer noch gut 60 Prozent zum Umsatz (1985 im Konzern 606 gegenüber 567 Mill. sfr im Jahr zuvor) beiträgt. Inklusive Managementbetrieben erzielte Mövenpick im vergangenen Jahr weltweit einen Umsatz von knapp 660 (620) Mill. sfr, 6,4 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Gut 48 Prozent dieses Umsatzes stammen aus dem Restaurantbereich, die Systemgastronomie ist mit gut 14 Prozent beteiligt, Hotels mit knapp 26 Prozent, Handel und Produktionsgesellschaften tragen 11,5 Prozent bei. Weitaus stärker als der Umsatz expandierten Cash-flow (7,1 nach 6,3 Prozent vom Umsatz) und Nettogewinn (9,7 nach 8 Mill. sfr). Die Aktionäre (Hauptaktionär ist unverändert Unternehmensgründer und Direktionspräsident Ueli Prager) partizipieren mit einer auf 18 (17) Prozent erhöhten Dividende.

Flotter als das Gesamtgeschäft wuchs auch im vergangenen Jahr das Mövenpick-Geschäft in der Bundesrepublik mit einem Plus von gut acht Prozent auf 278 (i. V. 255) Mill. DM. Daran sind die Restaurants mit rund 150 Mill. DM beteiligt, die Hotels mit 82 Mill. DM, der Handel mit 40 Mill. DM und die Kellerei mit 11 Mill. DM.

Das Investitionstempo von 1985 – die Netto-Investitionen wuchsen auf gut 67 (25,5) Mill. sfr und wurden u. a. mit einer 75-Mill.-DM-Optionsanleihe finanziert – will der Konzern beibehalten. In Düsseldorf wird Ende September das mit elf Restaurants bisher größte Mövenpick-Objekt eröffnet. Auch nach weiteren Hotels hält Mövenpick Ausschau, ohne sich allerdings unter Zeitdruck zu fühlen.

Besonders starkes Wachstum wird weiterhin in den Bereichen Handel und Kellerei erwartet. International expandierten die – erstmals genannten – Lizenzumsätze im vergangenen Jahr um gut ein Fünftel auf 154,6 Mill. sfr. Als „Schlüssel für eine prosperierende Entwicklung unseres Unternehmens" nennt Prager im Geschäftsbericht ausdrücklich die knapp 8000 Mitarbeiter, darunter 3500 in der Bundesrepublik.

Entscheidungen meist beim Mittagessen

Die Röhm-Gruppe ist mit einer breiten Palette von chemischen Produkten am Markt

JOACHIM WEBER, **Darmstadt**

An der Spitze des Familienunternehmens steht mit Gerhard Ziener seit 1973 ein – allerdings hoch geschätzter – Familienfremder. Doch die dritte Eigentümergeneration steht schon parat, die bald 80jährige Familientradition der Röhm GmbH Chemische Fabrik in Darmstadt auch wieder auf dem Chefsessel zu demonstrieren: Axel Röhm, 46 und promovierter Jurist, hat sich schon bis auf den Platz des Vizevorsitzenden emporgearbeitet.

Das Unternehmen, das er eines Tages leiten wird, zählt mit seinen weltweit 7200 Mitarbeitern und beinahe 1,8 Mrd. DM Umsatz zum Kreis der mittelgroßen deutschen Chemieunternehmen, der durchweg im Schatten der drei Konzernriesen steht. Die Bekanntheit der Markenprodukte – etwa Plexiglas oder das (weltweit erste enzymatische) Waschmittel Burti – dürfte die des Firmennamens jedenfalls weit übertreffen.

Dabei hat auch das Unternehmen keinen Grund sich zu verstecken. In seinen vier Produktbereichen Kunststoffe (allein rund 50 Prozent vom Stammhaus- und etwa 60 Prozent vom Gruppenumsatz), Chemieprodukte, Öladditive und Enzyme konzentriert es sich vornehmlich auf Spezialitäten, die in kleinen Märkten gute Marktpositionen erlauben. Und auch ordentliche Erträge: Selbst der 1985 durch Dollar-Umrechnung und Vorruhestands-Rückstellungen auf 62 (106) Mill. DM gedrückte Gruppen-Gewinn nach Steuern bedeutete noch eine Netto-Umsatzrendite von 3,5 Prozent.

So reicht die Palette von Chemikalien für die Lederbearbeitung über Waschmittel, Papier- und Textilchemikalien, Lackrohstoffe bis hin zum Kunststoff-Halbzeug – mit der US-Tochter Cyro ist Röhm weltgrößter Hersteller von Acrylglasplatten. Arzneimittel werden zudem bei der Beteiligung Röhm Pharma (zu 50 Prozent bei Procter & Gamble) in Darmstadt hergestellt.

Die Lederhilfsstoffe stehen nicht ohne Grund am Anfang der Liste: Mit ihnen begann auch die Firmengeschichte. Gemeinsam mit seinem Partner Otto Haas gründete Otto Röhm 1907 ein Unternehmen zur Produktion der von ihm erfundenen enzymatischen Gerbereibeize, die die unhygienische Hundekotbeize ablösen sollte. Nachfrage gab es rund um den Globus – schon 1909 wurden Filialen in Lyon und in Philadelphia gegründet.

Der Internationalität blieb man treu: 55 Prozent von gut einer Milliarde Mark GmbH-Umsatz und 66 Prozent vom Gruppenumsatz werden im Ausland erzielt. Besonders stark ist das US-Bein, das rund 600 Mill. DM beisteuert. Neue Märke sucht Röhm nun in Fernost: Ein eigenes Büro in Singapur versucht seit einem Jahr, das Geschäft in Südostasien zu verstärken, und ein Joint Venture in Japan ist in Vorbereitung.

Die Stärke des Gruppengebildes sieht Ziener in der weitgehenden Unabhängigkeit aller Sparten, die durchweg von Prokuristen geführt werden – mit Titeln ist man sparsam in Darmstadt. Wichtig sind aber auch die kurzen Entscheidungswege: „Bei uns geht es auch ohne lange Vorlagen", unterstreicht Ziener. Denn: „Die sieben Geschäftsführer treffen sich meist beim Mittagessen".

Hohe Investitionen für Bleifrei

Zahl der Jet-Tankstellen hat sich weiter verringert

VWD, **Hamburg**

Die Conoco Mineralöl GmbH, Hamburg, weist für das Geschäftsjahr 1985 ein auf 52,7 (i.V. 23,9) Mill. DM verbessertes Ergebnis aus. Nach Angaben der Gesellschaft hat sich der Absatz im Berichtsjahr mit 2,7 Millionen Tonnen um etwa sechs Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht. Die Steigerung beruht ausschließlich auf einem erhöhten Verkaufsvolumen im Großhandelsgeschäft, da im Tankstellengeschäft (Jet) das Verkaufsvolumen von 1984 nicht ganz erreicht werden konnte. Die Versorgung wurde wie in den vergangenen Jahren – zum überwiegenden Teil aus der OEMW-Raffinerie Karlsruhe (an der die Conoco mit 25 Prozent beteiligt ist) und aus der britischen Conoco-Humber-Raffinerie gedeckt.

Lediglich der Spitzenbedarf wurde erneut über inländische Zukäufe abgedeckt. Der Umsatz der Gesellschaft einschließlich Tauschgeschäfte und Mineralölsteuer belief sich auf 4 (3,8) Mrd. DM. Die Investitionen von 20,6 (13,5) Mill. DM dienten wie in den Vorjahren in erster Linie der Modernisierung des Tankstellennetzes.

Der Ausbau der Verkaufseinrichtungen für den Vertrieb von bleifreiem Benzin beider Qualitäten führte darüber hinaus zu erheblichen Neuinvestitionen – eine Entwicklung, die sich im Jahr 1986 noch verstärken wird. Die Anzahl der Jet-Tankstellen hat sich 1985 auf 392 gestellt, gegenüber 397 im Vorjahr. Das Netz wird weiterhin optimiert.

Das laufende Jahr war bis Ende Juli durch den rasanten Preisverfall des Rohöls gekennzeichnet. Obwohl die Margen in der ersten Jahreshälfte positiv waren, wurde durch den Verfall der Preise und daraus resultierend der Abwertungsverluste auf die Bestände das Ergebnis negativ beeinflußt.

Die Einigung der Opec-Mitgliedstaaten auf eine Förderreduzierung habe zwar zu ersten Preisreaktionen nach oben geführt, doch die weitere Entwicklung sei nur schwer voraussehbar. Daher erscheine eine Ergebnisprognose – so die Conoco-Geschäftsführung – für 1986 nicht sinnvoll.

PERSONALIEN

Dr. **Alfons Althaus**, Bergwerksdirektor i. R. und ehemaliges Vorstandsmitglied der Fried. Krupp Hüttenwerke AG, Essen, vollendete am 25. August sein 85. Lebensjahr.

Otto Breun (82), persönlich haftender Gesellschafter der Pharmagroßhandlung Ferd. Schulze und Co., Mannheim, hat sich aus Altersgründen zurückgezogen und seine Anteile abgegeben.

Gert Frederking, Geschäftsführer bei der Franz Schneider GmbH + Co. KG, München, verläßt das Unternehmen mit Wirkung vom 1. September 1986.

Dr. **Kurt H. J. Büttner**, Hauptgeschäftsführer der Byk Gulden Lomberg Chemische Fabrik GmbH, Konstanz, feiert am 28. August seinen 60. Geburtstag.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Braunschweig: Star-Plast Kunststoffe Hermann Helbing & Co. KG; **Dortmund:** Schröder & Petter GmbH, Castrop-Rauxel; Thermotec Ges. f. Lüftung u. Klimatechnik mbH; Nachl. d. Gerd Stehl; **Düsseldorf:** Nachl. d. Erwin Hildebrand; **Göppingen:** Pizza-Grill GmbH; **Hanau:** Elou-Bau GmbH; Gebr. Dorschner GmbH; **Heilbronn:** Joachim Durst GmbH, Pfaffenhofen; **Köln:** ACEF Ges. f. Investitionsplanung u. -betreuung mbH; **Leverkusen:** Karl Scharwächter Verlag GmbH u. Co. KG; **Mönchengladbach:** Gert Adolf Clasen, Erkelenz; **Nürnberg:** ICOM Computersysteme GmbH; **Osnabrück:** Multimatic Maschinen GmbH & Co., Melle; Multimatic Maschinen Verwaltungs- u. Betriebsges. mbH, Melle; **Passau:** Nachl. d. Hermann Strübing, Programmierer, Otterskirchen; **Pforzheim:** Wolfgang Bossert GmbH, Eisingen; **Salzgitter:** Adolf Herbert Remus; **Stade:** Kurt Romeyke KG; **Stuttgart:** Velisch GmbH, Filder; Hans Schmid GmbH, Fellbach; Klaus Keinath, Kaufmann; **Wesel:** Gräve GmbH.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Gunter Sachs verkauft

Frankfurt (cd.) – Gunter Sachs, früher als Playboy bekannt, reduziert seine 12,5prozentige Beteiligung an der Sachs AG, München, auf 2,5 Prozent. Er hat das Paket an die Commerzbank verkauft, die bereits 25,01 Prozent dieser Holding besitzt, deren größte Beteiligung die Kapitalmehrheit der Fichtel & Sachs AG, Schweinfurt, ist. Die Commerzbank hat schon seit Jahren die Absicht, ihren Anteil an der Münchener Holding an die Börse zu bringen, die sich jedoch bisher aus rechtlichen und steuerlichen Gründen nicht verwiklichen ließ. Weitere 37,51 Prozent der Sachs AG liegen bei einer Sachs-Erbengemeinschaft bis 1988 unter Testamentsvollstreckung,24,98 Prozent bei der Salzgitter AG.

Gegenanträge

Hamburg (VWD) – Aktionär Kurt Fiebich, Düsseldorf, hat zu der am 29. August stattfindenden HV der insolventen Werftenholding Harmstorf AG, Flensburg, Gegenanträge gestellt. Fiebich beantragt, Vorstand und Aufsichtsrat nicht zu entlasten. Die Geschäftspolitik des Vorstandes und des Aufsichtsrates hätten „in die Katastrophe geführt". Der Aufsichtsrat hätte es versäumt, die Geschäftsführung des Vorstandes ordnungsgemäß zu überwachen.

Steigende Tendenz

Dublin (DW.) – Um elf Prozent stiegen 1985 die irischen Exporte in die Bundesrepublik Deutschland und haben damit ein Volumen von 3 Mrd. DM erreicht. Bei einer Steigerung von 700 Prozent in den letzten zehn Jahren ist die Bundesrepublik inzwischen der zweitgrößte Exportmarkt der „Grünen Insel", wie die irische Industrie-Entwicklungsbehörde IDA mitteilt.

Beschäftigungsabbau

Hamburg (VWD) – In der Margarinefabrik der Union Deutsche Lebensmittelwerke GmbH in Hamburg-Bahrenfeld wird die Belegschaft im engeren Werksbereich von 350 auf rund 120 verkleinert. Wie das Unternehmen bestätigte, sollen rund 230 Arbeitsplätze im Zuge einer umfassenden Modernisierung abgebaut werden. Etwa die Hälfte der Betroffenen wird bis Ende 1987 in den Ruhestand gehen, für etwa 100 sollen zum Teil Arbeitsplätze im Unilever-Konzern gesucht beziehungsweise ein Sozialplan erarbeitet werden. Das Unternehmen will die Maßnahme als politische Entscheidung zugunsten des Standortes Hamburg verstanden wissen.

Steuernachzahlung

Mexiko-Stadt (AFP) – Der französische Autokonzern Renault muß 2,5 Mill. Dollar rückständige Steuern nachzahlen. Dies erklärte der Gouverneur des mexikanischen Bundesstaates Hildago, Guillermo Rossell. In diesem Bundesstaat befindet sich das Montagewerk der mexikanischen Renault-Filiale in Ciudad Sahagun. Renault hatte am vergangenen Donnerstag die Schließung des Werkes bekanntgegeben. Der Konzern müsse sich bei der Werksstillegung an mexikanische Gesetze halten, erklärte der Gouverneur andererseits. Er müsse so unter anderem die 1170 Beschäftigten des Werkes, die nach der Schließung auf der Straße stehen, entschädigen.

Suwelack geht zu Schwartauer

Gesellschafter Löwe verkauft seinen 50-Prozent-Anteil

hdt. **Billerbeck**

Die Schwartauer Werke Beteiligungs-Holding GmbH & Co, Bad Schwartau, übernahm 50 Prozent der Anteile an der Dr. Otto Suwelack Nachf. GmbH & Co, Billerbeck, die bisher von dem Gesellschafter Klaus F. Löwe gehalten wurden. Die weiteren Anteile verbleiben unverändert bei Wolfgang Suwelack, dem geschäftsführenden Gesellschafter des Unternehmens.

Das Unternehmen zählt zu den führenden Gefriertrocknern in der Nahrungsmittelindustrie, für die Vorprodukte und veredelte Halbfertigungserzeugnisse hergestellt werden. Zu den Abnehmern gehört auch die Pharma- und die Chemieindustrie.

Der Umsatz 1985 betrug 115 (110) Mill. DM bei einem Exportanteil von rund 33 Prozent. Umsatzsteigerungen wurden vor allem bei diätischen Produkten, Feinbackmischungen und Milcherzeugnissen erzielt, als erfolgreiche Innovation erwiesen sich auch gefriergetrocknete Schwämme. Für 1986 erwartet das Unternehmen, das 225 Mitarbeiter beschäftigt, einen Umsatzanstieg auf 140 Mill. DM.

Commerzbank als Zugpferd

Kräftige Kursgewinne aber auch im Konsumbereich

DW. – Obwohl die sonst über London geleiteten Kaufaufträge für deutsche Aktien wegen des Feiertags ausblieben, war die Tendenz gestern freundlich. Im Vordergrund standen zeitweise die Papiere der Commerzbank. Deren Kurssteigerungen werden mit der bevorstehenden Börseneinführung in Japan begründet. Bei den Warenhausaktien betrugen die Gewinne bis zu 20 DM. Zurückhaltung besteht weiterhin gegenüber den Aktien der Investitionsgüterindustrie, bei der wegen der festen Mark Exportprobleme vermutet werden.

Auf der Stelle traten diesmal die Papiere der Großchemie. Nach Veröffentlichung der Halbjahresberichte von BASF und Hoechst gibt es in diesen Papieren kaum noch spekulative *Phantasie.* Bei Bayer, so sagt man, sei das zu erwartende *gute Ergebnis* bereits im Kurs enthalten. Das Fehlen englischer Orders führte zu einer Kursstagnation bei Springer, PKI und Nixdorf. Puma konnten sich dagegen bei 1000 DM halten. Von den Autowerten lagen wieder BMW mit einem Tagesgewinn von rund 20 DM vorn. VW-Aktien zogen dagegen nur geringfügig an. Man vermutet, daß wegen der bevorstehenden Ausgabe von Vorzugsaktien alte VW-Aktien abgegeben werden. Bei Mannesmann wurden zu den in letzter Zeit ermäßigten Kursen umfangreiche Rückkäufe beobachtet. Zu einer Sonderbewegung kam es bei Kali und Salz mit einem Tagesgewinn von mehr als 10 DM.

Frankfurt: Cassella gewannen 35 DM, Escada *verbesserten sich* um 82 DM und Puma um 70 DM. *Enka verloren 12 DM,* Hutschenreuther gaben um 20 DM nach und Leifheit sanken um 15 DM.

Düsseldorf: DAT zogen um 15 DM an, Gildemeister verbesserten sich um 4 DM und Westag um 1 DM. Düwag sanken um 5 DM, Hagen Batterie fielen um 7 DM und Kochs Adler um 4 DM.

Hamburg: Phoenix Gummi erhöhten sich um 1 DM und Reichelt befestigten sich um 0,50 DM. Bremer Vulkan sanken um 2 DM. Holsten Brauerei wurden mit plus 2 DM und Bavaria mit minus 1 DM gehandelt.

Berlin: Berliner Elektro gewannen 30 DM und Detewe 18 DM. Berthold lagen um 3,50 DM freundlicher. Springer büßten 4 DM und Kempinski 5 DM ein. Bergmann gaben um 3 DM nach.

München: Agrob St. erhöhten sich um 5 DM und Audi befestigten sich um 28 DM. Dywidag stiegen um 2 DM. AKS verminderten sich um 4,60 DM, Hutschenreuther um 40 DM und Tucher fielen um 11 DM.

Stuttgart: Karstadt konnten 23 *DM zulegen.* Kolb & Schüle zogen um 7 DM an und Hohner verbesserten sich um *8 DM. Die erstmals* gehandelten Optionsscheine der Salamander AG stellten sich auf 158 DM ein.

Nachbörse: gut behauptet

WELT-Aktienindex: 287,04 (285,01)
WELT-Umsatzindex: 4509 (5165)
Advance-decline-Zahl: 118 (116)
50-Tage-Linie: 261,96 (261,48)
200-Tage-Linie: 274,89 (274,69)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München

Aktien-Umsätze

Inland

		25.8.	22.8.
H	Aach M Beil. 12,5	2370	2350
H	Aach. M. Vers. 7	1800	1800
D	Aach. Rück. 9	2800	2810
D	Aseag *4	360G	360G
M	Act-Gögg. 8	168	166,5
H	Adca 3	190	185
D	Adler 12+16	295G	300
F	AEG 0	340	333,1
D	AEG KABEL 9	420	410G
S	Aesculap 9	430	436
F	AGAB 5	176,5	175
D	Agrippina *0	3790	3800bB
M	Agrob *0	185	180

		25.8.	22.8.
F	Cobl.Genußsch.	125,9	126T
D	Conc. Chem. 4,5	245T	245T
B	Conc. Spinne * 0	510G	510G
D	Contigas 8	345G	355
D	Conti Gummi 5	335,9	335,9
D	Dahlb. St. 7,75	285	280
D	dgl. Vz. 14,75	410bB	400
S	Daimler 12+2,5	1315	1300
M	Deckel AG 6	227,8	225
D	Dt. Atl. Tel.10	690T	675G
D	Dt. Babcock St. 3	202	202
D	dgl. Vz. 3,5	197,5	195
F	Dt. Bank 12	848	847
D	Dt. Centrboden 12	900T	870T
D	Dt. Conti Rück 0	4000G	4000G
D	dgl. NA 0	1010G	1010G

		25.8.	22.8.
H	Hdl. Lüb. 9	650	-G
Hn	Hann. Papier 6	241,5	240
H	Harmstorf 0	45	34
D	Harpener 11+1	321	314
F	Hartm. & B St. 6	2610bG	2600bB
F	dgl. Vz. 6	1700	1680
M	Hasen-Bräu 9	950G	750G
S	Heidelb. Zem. 7	635G	620
M	Heilit & W. 5	270	272B
D	Hein, Lehm. *6	500bG	500G
D	Heinr. Ind. *16+2	660	660G
D	Henkel 3	442	432
F	Henninger 2	184,8	185
B	Herlitz 7	189	187
B	dgl. Vz. 7,8	170	174
B	Hermes 8	820G	820G
S	Hesser *14,5	515TG	515TG

		25.8.	22.8.
F	dgl. Vz. 7,5	338bB	337T
D	Mannesmann 6	173	172
F	Mannh. Vers. 8	935	895
H	Markt & K. 8	205G	205
F	MAN St. 5,8	233	234
F	dgl. Vz. 5,5	198,5	199
F	MAN-Rol. 20,2	620bB	600bG
F	Massa	469	465
S	M.Müll.Weing. *0	300bG	300TG
D	Mauser 0	85	85bB
F	Mercedes 10,5	1195	1161
F	Metallges. 6	314,5	312,5
S	Met. u. Lack 0	104,8	103
S	Müag 6,5	460G	460G
F	Moenus 0	87,5	86
F	Monachia 5	2640G	2610T
Hn	Mühl. Rün. 3	130G	130G

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Singapur

Sydney

Oslo

Toronto

Stockholm

Tokio

Wien

Zürich

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

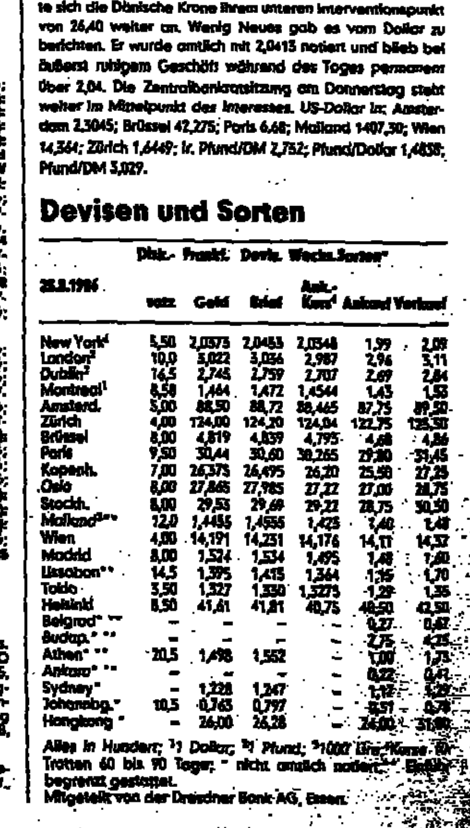
Optionshandel

Rentenoptionen

Junge Aktien

Devisenmärkte

Devisen und Sorten



Nicht das Schöne, sondern die Qualität

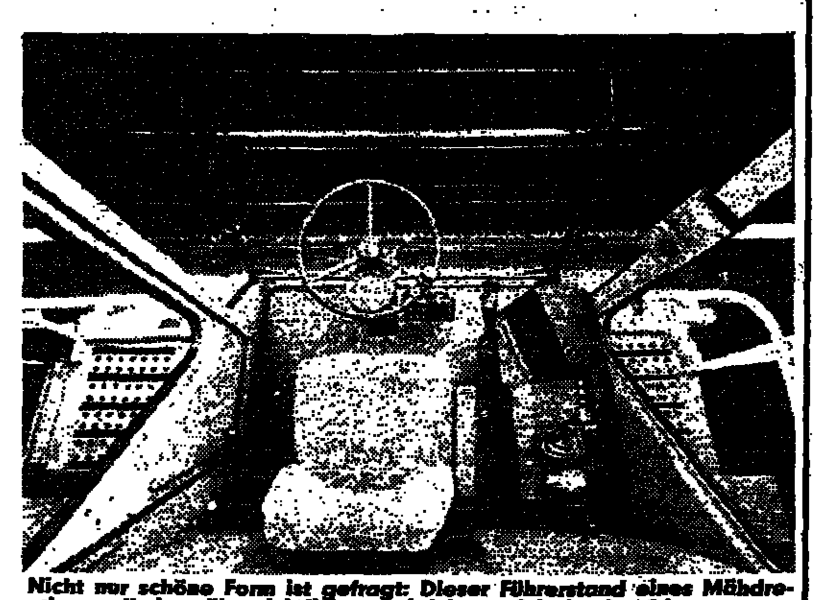
Wer von gutem Design redet, denkt an Mode, Schmuck, schnelle Autos oder vielleicht an ein teures Kaffeeservice. Wenn Paul Budde, Designer aus dem westfälischen Nottuln bei Münster, über seine Arbeit spricht, nennt er drei Produkte: einen Papierkorb, ein Fahrradschloß und – einen Mähdrescher.

Budde hat sich als freiberuflich tätiger Industriedesigner auf Investitionsgüter und Gegenstände des täglichen Gebrauchs spezialisiert. Die Arbeit des Designers zielt hier in eine ganz andere Richtung als etwa im Kunsthandwerk oder in der Mode: „Bei einer Krawatte steht das Dessin als kaufentscheidender Impuls im Vordergrund, bei einem Kaffeeservice vielleicht die elegante Form und bei einem Kugelschreiber die Repräsentation", meint Budde.

Im Investitionsgüterbereich komme es nicht auf modisch aktuelle Trends an. „Nicht das Schöne ist die Zielsetzung, sondern ausschließlich die Qualitätsverbesserung, die Erhöhung der Gebrauchstauglichkeit", betont Budde den Unterschied.

Was Investitionsgüterdesign in der Praxis bedeutet, verdeutlicht Budde an seinem Paradebeispiel, dem von seinem Team gestalteten Mähdrescher Claas Dominator, der auf der Hannover-Messe Industrie mit dem Prädikat „Die gute Industrieform" ausgezeichnet wurde: „Ein Mähdrescher muß in erster Linie technische Leistung bringen, in zweiter aber auch gut bedienbar, ergonomisch richtig sein und optisch seine technische Qualität zeigen."

Besondere Probleme bereiten bei dieser Erntemaschine die Belastungen durch Lärm, Staub, Hitze, Vibration und Sonnenblendung, denen der Fahrer ausgesetzt ist. Durch eine Neugestaltung des Fahrerplatzes ließ sich hier einiges verbessern: Die optischen Anzeigen machen nur das sichtbar, was im Moment der Bedienung erforderlich ist. Die Leuchtanzeigen werden in kritischen Momenten durch akustische Signale unterstützt. Lenksäule und Sitz sind individuell anpaßbar, Hebel und Bedienelemente in der Reihenfolge ihrer Benutzung angeordnet, um Bedienungsfehler und schnelle Ermüdung des Fahrers zu verhindern. Dieses Beispiel zeigt, daß der Industriedesigner ohne technische Kenntnisse nicht auskommt. Er muß sich mit den Werkstoffen und in der Fertigungstechnik auskennen, „denn der beste Entwurf nutzt nichts, wenn das Produkt nicht oder nur so teuer zu fertigen ist, daß die Rendite nicht *stimmt", weiß Budde.*



Nicht nur schöne Form ist gefragt: Dieser Führerstand eines Mähdreschers soll einen übersichtlichen und sicheren Arbeitsplatz bieten. FOTO: DIE WELT

Daß Industriedesigner heute „halbe Ingenieure" sein müssen, bestätigt auch Karl-Heinz Krug, Präsident des Verbandes Deutscher Industrie-Designer (VDID) in Düsseldorf. An kleinen Werkkunstschulen wie früher sei dieses Rüstzeug nicht zu vermitteln. Krug begrüßt es deshalb, daß sich die

> ***„Der Industrie-Designer muß die Sprache seiner Partner in Technik und Marketing beherrschen."***
>
> Karl-Heinz Krug, Präsident des Verbandes Deutscher Industrie-Designer

Ausbildung des Berufsnachwuchses auf rund ein Dutzend Fachhochschulen und Hochschulen konzentriert, wo der erforderliche technische Hintergrund nicht zu kurz komme.

Etwa 2000 Industriedesigner arbeiten derzeit in der Bundesrepublik, schätzt Krug, davon die Hälfte freiberuflich. Da die Industrie sich mit der Festanstellung von Designern zurückhalte, steigt der Anteil der Selbständigen. Gleich nach dem Studium ein eigenes Büro zu eröffnen, mag der Verbandspräsident jungen Industriedesignern *aber nicht* raten. *Sie sollten* lieber vorher noch Erfahrungen in der Praxis sammeln. An der mangelnden Industrie-Erfahrung hapert es bei vielen Berufsneulingen, bestätigt Budde. Er empfiehlt allen Interessenten deshalb, nach Abitur oder Fachabitur für ein halbes Jahr Praktika zu absolvieren und erst dann zu studieren. „Auf jeden Fall sollte man als Student frühzeitig den Kontakt zur Industrie suchen", verrät der 35jährige sein eigenes Erfolgsrezept.

Der Stellenwert des Designs, da ist sich Verbandspräsident Krug sicher, wird noch weiter zunehmen mit entsprechend positivem Effekt auf die Berufschancen der Industriedesigner, die sich schon in den letzten zehn Jahren ständig verbessert hätten. Erfahrene Industriedesigner seien nach wie vor gesucht.

Gutes Design werde immer mehr zu einer Frage der Wettbewerbsfähigkeit. „Der deutsche Vorsprung in der Technik ist international so knapp geworden, daß allein darüber kein Produkt zu verkaufen ist", betont Krug. Deshalb komme es immer mehr auf eine markante Produktform an, die sofort erkannt werde. Den stärksten Wandlungsprozeß sieht er bei Investitionsgütern. „Früher waren bei der Entwicklung von Straßenbahnen oder Intercity-Zügen die Konstrukteure unter sich, heute sind wir beteiligt."

Daß gerade mittelständische Unternehmen sehr zurückhaltend externe Designer in Anspruch nehmen und bei diesem Thema recht unsicher sind, leugnen die Praktiker nicht. Zumindest die Kosten stehen ihrer Ansicht nach einer engeren Zusammenarbeit nicht im Wege: Selbst bei stark design-orientierten Firmen lägen sie unter einem halben Prozent des Gesamtumsatzes. HEINZ STÜWE

Fallensteller-Methoden?

Leserbrief zu dem Artikel „Psychologische Auswahlmethoden haben oft nur den Zweck, den Bewerber in eine Falle zu locken" von E. Koch und W. H. Kunze; WELT vom 12. August 1986

Zumindest mit Befremden muß man als seriöser Personalberater den Artikel von Koch und Kunze zur Kenntnis nehmen, unterstellen sie den Kollegen doch, sich bei der Personalauswahl als psychologische Fallensteller zu betätigen – eine abstruse Behauptung, die um so ärgerlicher ist, als die von den Autoren dargestellte Bewertung der Selektionsverfahren nahezu jegliche Fachkompetenz und Erfahrung vermissen läßt.

Der Grundforderung der Autoren an den Berater, die Anforderungen der einstellenden Institution und die Wünsche des Bewerbers in eine Balance zu bringen, ist sicher uneingeschränkt zuzustimmen. Jeder erfahrene, fachlich kompetente Personalberater wird sich jedoch, um diese Aufgabe lösen zu können, eines breit gefächerten wissenschaftlich fundierten Instrumentariums bedienen, das je nach Anforderung der zu besetzenden Position vom strukturierten persönlichen Gespräch über die Analyse des Werdegangs und eventuell den Einsatz von funktionsbezogenen Tests zu einer Beurteilung des Bewerbers führt.

Dabei hat sich auch das angesprochene „Assessment-Center", zu dem – nebenbei bemerkt – als Bausteine auch Gespräche und psychologische Tests gehören, in den letzten Jahren als ein hervorragendes, sehr valides Auswahlinstrument bewährt. Wer sich ernsthaft mit psychologischen Selektionsverfahren befaßt, weiß, daß Fallenstellermethoden in der Personalauswahl – mit ihren nicht objektiv zu bewertenden Ergebnissen – zwangsläufig fast immer zu Fehlurteilen führen.

Der kompetente Berater wird sich hüten, dieses Risiko einzugehen, sondern ist immer bemüht, dem Bewerber korrekt und fair entgegenzutreten und ihm breiten Raum zur Darstellung seiner Person zu geben. Sich persönlich in das Gespräch einzugeben, ist nicht seine Aufgabe – was die Autoren in Verkennung der Beraterfunktion irrtümlich fordern. Glücklicherweise ist es unsere Erfahrung – diese basiert auf jährlich weit über 500 Personalrekrutierungen unseres Hauses –, daß der kritische, eigenständig denkende Kandidat immer noch die besten Chancen bei der Bewerbung um eine Position hat.

Dr. Giesela Seggebruch
Dr. Wolfgang Lichius
Kienbaum Personalberatung GmbH, Gummersbach

Qualifikation ständig verbessert

DW. Bonn

Die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten in der privaten Versicherungswirtschaft hat sich in den letzten fünf Jahren deutlich nach oben verschoben. Wie aus einer Personalstatistik des Arbeitgeberverbandes der Versicherungsunternehmen in Deutschland, München, hervorgeht, hatten 1985 insgesamt 7,8 Prozent der Arbeitnehmer dieser Branche den Abschluß einer Hochschule, Fachhochschule oder höheren Fachschule. 1980 waren es erst 5,4 Prozent: Der Anteil der Abiturienten stieg in diesem Zeitraum von 6,2 Prozent auf 10,8 Prozent. Dagegen kamen Volks- und Hauptschüler sowie Absolventen der Mittleren Reife nur noch auf 81,4 Prozent gegenüber 88,5 Prozent fünf Jahre zuvor.

Diese Entwicklung ist zunächst Folge der veränderten schulpolitischen Landschaft. Immer mehr Bewerber haben immer qualifiziertere Abschlüsse. Zum anderen ist die steigende Qualifikation aber auch Folge der gestiegenen Anforderungen an die Mitarbeiter. Der Einsatz moderner Technik entlastet die Beschäftigten von Routine-Tätigkeiten. Die Arbeit wird anspruchsvoller, das Spektrum erweitert sich.

Ein „Kochbuch" für Stellensuchende

JOACHIM WEBER, Frankfurt

„Wer sich heute bei der Bewerbung um einen Job vernünftige Chancen sichern will, der sollte in der Lage sein, seine Fähigkeiten und seine Arbeitsleistung auch richtig zu verkaufen", postuliert Marlen Theiß, selbständige Personaltrainerin in Wiesbaden. Gemeinsam mit ihrem Kollegen Winfried Volz hat sie ihre berufsbedingten Einblicke in Bewerbungsfehler und -gewohnheiten in eine Anleitung umgemünzt: „Bewerber-Training – Crash-Programm für Stellensuchende" (Modul-Verlag, Wiesbaden, 39,60 DM).

Der Gedanke des Verkaufens wird darin konsequent durchgehalten; schließlich stammen beide Autoren aus dem Computer-Vertrieb. So lernt der Jobsucher – als wesentliche Zielgruppe hatte das Trainergespann die wachsende Zahl von Hochschulabsolventen auf Stellensuche im Auge – sein persönliches Marketing von Grund auf.

Am Anfang steht die eingehende „Produkt"-Beschreibung: Mit umfangreichen Tabellen über persönliche Eigenschaften und fachliches Potential, die der Selbstinventur und auch der Fremdeinschätzung (durch ehrliche Freunde) dienen, soll sich der Bewerber Klarheit über sein Persönlichkeitsprofil, über Fertigkeiten, Stärken und Schwächen verschaffen.

Denn: „Genausowenig wie man ohne Vorkenntnisse einen Computer verkaufen kann, genausowenig können Sie Ihre eigene Person, Ihre Arbeitsleistung verkaufen, ohne konkretes Wissen darüber zu besitzen." Und dann der nächste Schritt: „Genauso wichtig ist es aber auch, dieses Produkt strategisch und konzeptionell durchdacht zu vermarkten."

Auch dieser Abschnitt beginnt beim Bewerber selbst – mit einer sehr vernünftig-systematischen Anleitung zur Eingrenzung der gewünschten und erreichbaren Berufsfelder, unterstützt von ganz praktischen Hinweisen (Adressen) und Denkhilfen zur Markterkundung. Doch dann geht es ans eigentliche Verkaufen. Oder wenigstens beinahe: „Sie müssen sich die wichtigsten Fertigkeiten für die Bewerbung aneignen, um einen Vorteil gegenüber Ihren Mitbewerbern zu erzielen oder um zumindest mit Bewerber-Profis gleichzuziehen", wird erst einmal zum Trockentraining aufgefordert.

Kontaktaufnahme (die Autoren empfehlen die aktive Blindbewerbung, auch per Telefon, anstelle der Nur-Reaktion auf Stellenanzeigen), Bewerbung, Vorstellungsgespräch – alles sollte gut vorbereitet sein, meinen die beiden Trainer. Und für all das gibt das Buch ganz praktische (und teils recht unkonventionelle) Anleitungen bis hin zur Vorbereitung auf die unerwarteten Fragen der Personalchefs („Was erwarten Sie von Ihrem zukünftigen Vorgesetzten?").

Daß auch die äußeren Formen vom Fettfleck auf dem Bewerbungsschreiben bis zum Sweatshirt bei der Vorstellung gelegentlich eine Rolle spielen, halten Theiß und Volz bei der akademischen Turnschuhgeneration offenbar nicht mehr für selbstverständlich. Hier wird der Bewerber mit Fotos an die Hand genommen.

Nicht fehlen darf schließlich die Einstimmung auf die verschiedenen Verfahren von Tests („Gott sei Dank: Sie werden immer seltener"), mit denen den Kandidaten zu Leibe (oder besser: zu Seele) gerückt wird. Hier geht das Programm allerdings nicht mehr so sehr in die Tiefe, sondern verweist auf Standardliteratur. Alles in allem ein brauchbares „Kochbuch für Stellensuchende" (Volz), aus dem sich jeder seine (verständlichen) Rezepte herauspicken kann.

Renten nur knapp behauptet

Bei den festverzinslichen Papieren machte sich am Wochenbeginn der Feiertag in London bemerkbar. Es fehlte die Nachfrage nach länger laufenden öffentlichen Anleihen. Sie gaben daraufhin bis zu 0,15 Prozentpunkte nach. Im Hinblick auf die vielfach erwartete Diskontsenkung in der Bundesrepublik hat der Berufshandel offensichtlich umfangreiche Vorkäufe getätigt, von denen er sich jetzt zumindest teilweise zu entlasten sucht. Bei den Pfandbriefen blieb das Geschäft wie schon am Wochenende ruhig, die Renditen veränderten sich kaum.

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Mit deutlichen Verlusten schlossen am Freitag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer gingen Silber und Kupfer aus dem Markt. Durchweg um das Limit höher notierte Kaffee. Mäßige Gewinne verzeichnete Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	22.8.	21.8.
Sept.	251,50	251,25-251,50
Dez.	256,50-256,75	255,25-255,00
März	256,00-255,75	253,50-253,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	190,78	190,78
Am. Durum	188,56	188,56

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Okt.	96,10	95,60
Dez.	97,50	97,30
März	99,00	98,80

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Okt.	77,40	77,70
Dez.	76,60	76,90

HAFER Chicago (c/bush)

Sept.	109,50	109,25
Dez.	120,25	120,00
März	121,75	121,25

MAIS Chicago (c/bush)

Sept.	158,50-158,75	160,50-160,00
Dez.	168,50-169,00	169,50
März	179,75-179,50	180,50

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Okt.	82,90	83,10
Dez.	83,10	83,40
März	83,50	83,80

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	22.8.	21.8.
Sept.	196,00-196,25	184,50-186,25
Dez.	197,75-198,00	187,50-188,00
März	190,95	186,90-187,00

KAKAO New York ($/t)

	22.8.	21.8.
Sept.	1889	1875-1880
Dez.	1965-1970	1952-1958
März	2010-2018	2000-2002
Umsatz	2876	3710

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 Sept.	5,20-5,30	5,20-5,30
Okt.	5,93-5,95	5,79-5,80
Jan.	6,18-6,19	6,10
März	6,81-6,82	6,73-6,74
Mai	6,99	6,90-6,94
Umsatz	9710	11601

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)

	5.11	4,98

KAFFEE London (£/t) Robusta

	25.8.	22.8.
Sept.		2165-2165
Nov.	geschl.	2170-2175
Jan.		2160-2165
Umsatz	-	7890

KAKAO London (£/t)

Sept.		1401-1404
Dez.	geschl.	1450-1451
März		1488-1489
Umsatz	-	3321

ZUCKER London ($/t) Nr.6 (fob)

	25.8.	22.8.
Okt.		131,20-131,60
Dez.	geschl.	138,40-139,80
Jan.		-
Umsatz	-	2279

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg

schw.	25.8.	22.8.
Saraw.spez.	862,50	852,50
weiß.Saraw.	1212,50	1172,50
weiß.Munt.	1227,50	1187,50

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	22.8.	21.8.
Sept.	100,70-101,00	101,00-101,10
Nov.	102,00-102,30	102,00
Jan.	104,00	104,00
März	105,20	105,00-105,50
Mai	106,60-106,80	106,40-106,60
Umsatz	500	500

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

	22.8.	21.8.
	29,00	29,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

	17,50	17,50

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Sept.	13,52-13,50	13,88
Okt.	13,64	14,41-14,43
Dez.	14,17-14,15	14,55-14,56
Jan.	14,25-14,26	14,88-14,92
März	14,60	15,05-15,15
Mai	14,85	15,20-15,35
Juli	14,95-15,05	-

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk.

	13,00	13,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	15,00	15,00
Choise white hog 4 % fr. F.	9,00	9,00

TALG New York (c/lb)

top white	10,25	10,25
fancy	9,75	9,75
bleichf.	9,50	9,50
yellow max. 10% fr.F	8,50	8,50

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Okt.	56,35-56,45	56,90-56,70
Dez.	53,90-54,05	54,85-54,70
Febr.	51,45-51,55	52,02-52,20

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Aug.	82,20-82,00	82,70-82,90
Febr.	74,12	76,20-76,05
März	72,65	74,70-74,55

HÄUTE Chicago (c/lb)

	22.8.	21.8.
Ochsen einh. schwere River Northern	64,00	64,00
Kühe einh. schwere River Northern	58,00	58,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Sept.	477,5-478,25	471,5-471,0
Nov.	468,25-468,5	479,0
Jan.	476,75-477,0	488,0-487,75
März	486,0	495,0-495,5
Mai	493,0	500,0
Juli	498,5-499,5	498,0
Aug.	497,0	-

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Sept.	154,4-154,2	148,9-148,7
Okt.	148,6-148,7	148,3-148,2
Dez.	147,8-147,9	149,0-148,5
Jan.	149,0-148,6	150,0-150,5
März	150,0	150,9-151,0
Mai	151,0	151,5
Juli	151,0-151,5	-

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	22.8.	21.8.
Okt.	231,70	232,50
Dez.	236,90	237,90
März	244,9-245,2	246,20

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

	22.8.	21.8.
	9,75	9,75

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)

	25.8.	22.8.
jegl. Herk. cif	unerh.	560,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank

		355,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra

cif	unerh.	197,50

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk

	unerh.	61,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen

cif	unerh.	217,50

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1

cif	unerh.	179,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	22.8.	21.8.
Okt.	33,75-33,80	33,05
Dez.	34,80-34,85	34,10-34,15
März	36,15	35,33-35,35
Mai	36,70	36,25
Juli	37,50-37,69	37,00-37,20
Okt.	38,40-38,80	38,00-38,20

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1

	43,62	43,62

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.

	25.8.	22.8.
Aug.	505-542	540-550
Dez.	529-532	528-533
Jan.	531-532	530-532
Umsatz	2333	2318

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	25.8.	22.8.
Okt.	41,50-45,50	41,50-45,50
Dez.	-	-
Umsatz	0	0

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard

	25.8.	22.8.
Okt.	611,00--	620,00-650,00
Dez.	611,00-619,00	-
Mai	-	-
Umsatz	5	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	25.8.	22.8.
EA	geschl.	680,00
UG		570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	25.8.	22.8.
Aug.	12390	12392
Sep.	12390	12399

KAUTSCHUK London (p/kg)

	25.8.	22.8.
spot		59,00-61,00
RSS 1 Okt.	geschl.	58,50-59,50
RSS 2 Sept.		57,50-58,50
RRS 3 Sept.		56,50-57,50

Tendenz: -

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	25.8.	22.8.
Sept.	218,00-220,00	218,00-220,00
Okt.	211,50-212,50	216,00-218,00
Nr. 2 Sept.	208,00-209,00	211,50-212,50
Nr. 3 Sept.	204,50-205,50	208,00-209,00
Nr. 4 Sept.	201,50-202,50	204,50-205,50

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)

	25.8.	22.8.
BWC		267
BWD	geschl.	267
BTC		310
BTD		310

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	25.8.	22.8.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	geschl.	236,16-236,31
dritt. M.		232,79-232,94
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	geschl.	82,81-83,12
dritt. M.		83,42-83,58
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	geschl.	779,02-780,55
dritt. M.		788,53-788,83
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	geschl.	159,48-161,02
Prod.-Pr.		171,62
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)

25.8.	22.8.
14,02	14,05

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	25.8.	22.8.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	270,96-273,09	273,73-275,88
BLEI in Kabeln	89,75-90,75	90,50-91,50
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen Ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	25.8.	22.8.
MS 58, 1.VS	262	262-263
MS 58, 2.VS	313	314-317
MS 63	285-286	285-288

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	25.8.	22.8.
Leg. 225	290-295	290-295
Leg. 226	292-297	292-297
Leg. 231	327	327
Leg. 233	337	337

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	25.8.	22.8.
PLATIN (DM/g)	40,158	40,508
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	28956	29298
Rückn.-Pr.	24600	24900
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	25460	25780
Rückn.-Pr.	24470	25090
verarbeitet	267108	270508
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	24880	25250
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	347,90	343,00
Rückn.-Pr.	329,20	353,90
verarbeitet	363,208	369,408

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze)

London	25.8.	22.8.
10.30	geschl.	384,45
15.00	geschl.	386,25
Zürich mitt.	377,25-378,00	386,90-387,40
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	81900	82150

SILBER (p/Feinunze) London

Kasse		350,50
3 Mon.	geschl.	358,55
6 Mon.		367,05
12 Mon.		383,15

PLATIN (£/Feinunze)

London	25.8.	22.8.
fr. Markt	geschl.	391,40

PALLADIUM (£/Feinunze)

London	25.8.	22.8.
f. Händl.-Pr.	geschl.	93,60

New Yorker Metallbörse

	22.8.	21.8.
GOLD H & H Ankauf	386,25	381,00
SILBER H & H Ankauf	517,50	520,50
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	544,00-547,00	544,00-547,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	130,00-131,00	130,00-131,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Aug.	374,00	384,20
Sept.	374,10	384,80
Okt.	375,00-376,00	386,10-387,20
Dez.	379,00-380,00	390,30-390,80
Febr.	382,00	393,50
Umsatz	50000	30000

SILBER (c/Feinunze)

Aug.	510,00	519,80
Sept.	508,00-509,50	520,10-521,00
Okt.	511,50	-
Dez.	515,00-517,50	523,30
Jan.	519,40	528,00-529,50
März	525,00-526,00	531,50
Mai	529,00-530,50	538,00
Umsatz	14000	14000

KUPFER (c/lb)

	22.8.	21.8.
Aug.	57,75	57,65
Sept.	57,20-57,35	57,70-57,75
Okt.	57,50	-
Dez.	58,00-58,15	58,80
Jan.	58,30	58,50-58,65
März	58,80	58,90
Mai	59,20	59,40
Umsatz	5700	6500

Londoner Metallbörse

	25.8.	22.8.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	geschl.	771,00-773,00
3 Mon.		757,00-758,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	geschl.	269,00-270,00
3 Mon.		271,00-271,50
KUPFER grade A (£/t)		
mitt. Kasse		873,50-874,50
3 Monate	geschl.	885,50-886,00
ab. Kasse		876,00-878,00
3 Monate		890,00-890,50
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	geschl.	856,00-858,00
3 Monate		876,00-878,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	geschl.	564,00-566,00
3 Monate		564,50-565,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	geschl.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/FL)	geschl.	160-180
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	geschl.	40-45

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	22.8.	21.8.
Sept.	43,10-43,15	43,10-43,20
Okt.	44,20-44,30	44,15-44,25
Nov.	45,25-45,30	45,25
Dez.	46,25-46,40	46,20-46,40

GASÖL – London ($/t)

	25.8.	22.8.
Sept.	130,50-130,75	130,50-130,75
Okt.	134,75-135,00	134,75-135,00
Nov.	137,00-137,75	137,00-137,75
Dez.	139,50-140,50	139,50-140,50
Jan.	142,00-142,50	142,00-142,50
Febr.	138,00-142,00	138,00-142,00
März	122,00-133,00	122,00-133,00

BENZIN – New York (c/Gallone)

	22.8.	21.8.
Sept.	45,50	42,70-42,80
Okt.	44,90-45,15	45,20-45,30
Nov.	44,00	44,30

ROHÖL – New York ($/Barrel)

	22.8.	21.8.
Okt.	15,48-15,51	15,42-15,50
Nov.	15,48-15,51	15,42-15,52
Dez.	15,46-15,50	15,45-15,52
Jan.	15,45	15,41-15,50
Febr.	15,41	15,34-15,45

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob

	22.8.	21.8.
Arabian Lg.	-	-
Arabian Hv.	-	-
Iran Lg.	9,20N	9,20N
Forties	13,90	13,95
North Brent	13,75N	13,95N
Bonny Light	14,00N	14,10N

Kartoffeln

London (£/t)

	25.8.	22.8.
Nov.		116,00
Febr.	geschl.	126,00
April		174,50
Mai		189,00

New York (c/lb)

	22.8.	21.8.
Nov.	3,99	3,55
März	3,92	3,84-3,85
Mai	4,75-4,77	4,75
-	-	-

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	22.8.	21.8.
Sept.	173,70-173,90	174,90-174,60
Nov.	164,50-164,80	166,60-167,00
Jan.	166,10-166,20	167,40
März	167,10	168,60

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Euro-Geldmarktsätze

Edelmetallmünzen

Dollar-Anleihen

Euro-Yen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

ECU

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Nullkupon-Anleihen (DM)

New Yorker Finanzmärkte

ECU-Tagesgeld

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„Wer sind nun diese Kreise?"

„Wer schürt nun die Angst vor dem CO_2-Problem"?; WELT vom 9. August

Im Hauff-Papier zum Ausstieg aus der Kerntechnik durch verstärkten Einsatz von Kohle heißt es: „Wir wenden uns entschieden gegen jene interessierten Kreise, die die Angst vor dem CO_2-Problem ganz offensichtlich schüren." Wer sind nun diese Kreise? Gestatten Sie mir, einige davon aufzuzählen.

Es ist der National Research Council, USA, der 1983 in einem 496 Seiten umfassenden Bericht („Changing Climate") auf den ständig steigenden CO_2-Gehalt in der Atmosphäre hinwies.

Es ist die amerikanische Umweltschutzbehörde Environmental Protection Agency (EPA), die 1983 einen Bericht unter dem Titel „Can We Delay a Greenhouse Warning?" herausbrachte mit der Warnung, daß bei Fortdauer der CO_2-Emission im Jahre 2100 mit einer globalen Erwärmung um fünf Grad Celsius zu rechnen sei. In einem weiteren Bericht „Projecting Future Sea Level Rise" hält die EPA aus gleichem Grund ein Ansteigen des Meeresspiegels um 3,5 Meter im Jahre 2100 für möglich.

Es ist die Deutsche Physikalische Gesellschaft, die im Januar 1986 im Rahmen einer Pressekonferenz in Bonn das CO_2-Problem dargelegt hat und in einem eindringlichen Appell an die „Verantwortlichen in der Politik" zur emissionsarmen Energieerzeugung aufgerufen hat. Dabei wurde die Kernenergie dezidiert genannt. Es ist schließlich der Nestor der deutschen Klimatologie, Professor Hermann Flohn, der in vielen Aufsätzen vor der globalen Gefahr einer CO_2-Klimakatastrophe gewarnt hat. Bei einem Vortrag in Bonn 1975 sagte er wörtlich: „Unsere Generation trägt die Verantwortung für ein Weltproblem unserer Enkel – sehen wir zu, daß wir dieser Verantwortung gewachsen sind."


Dr. Willy Marth

Der phantasielose Rückgriff auf vermehrten Kohleeinsatz läßt daran zweifeln, daß Herr Hauff und seine Kommissionsmitglieder diese Verantwortung kennen.

Mit freundlichem Gruß
Dr. Willy Marth,
Projektleiter Schneller Brüter
Kernforschungszentrum Karlsruhe

Der „Störenfried"

„Korrektur"; WELT vom 21. August

Es bedarf nur der Verkündung eines einseitigen Teststopps für Atomwaffen durch den guten Herrn Gorbatschow – und allenthalben brandet Jubel auf. Und siehe da: Reagan ist nunmehr in den Augen vieler der große Störenfried, weil er sich erdreistet, den westlichen Sicherheitsinteressen Priorität zu verleihen – und alle großmäuligen Moralisten bei uns haben anscheinend keine anderen Sorgen, als sich mit an Besessenheit grenzendem Eifer in total einseitiger Manier auf die Probleme Südafrikas zu stürzen. – Wie lächerlich!

Edgar Hügel,
Grefrath 1

Autotelefone

„Post-Gewinn nur noch drei Milliarden"; WELT vom 20. August

Der Bedarf an Autotelefonen liegt nach unseren Schätzungen bei über einer halben Million. Bereits bei der Einführung des B-Netzes gab es nur die Möglichkeit, 13 000 Autotelefone zu schalten. Das B2-Netz hat also keine Entlastung gebracht.

Das neue C-Netz ist immer noch mit einer wahnsinnig hohen Grundgebühr belegt (DM 120). Auch im Ortsverkehr muß man Zeittakte bezahlen. Dennoch bringt es keine besseren Verbindungen. Im Gegenteil: Im Fernsprechverkehr ist es weniger leistungsfähig, weil in Österreich, Liechtenstein und den Beneluxländern nicht telefoniert werden kann. Selbst in der Bundesrepublik ist es noch nicht überall möglich, einwandfrei mit dem C-Netz zu telefonieren, etwa in über zehn Regionen. Bei modernster Ausrüstung des Überlandfunkes wäre es möglich, die Gebühren des Autotelefons auf das Niveau der stationären Telefone zu bringen.

A. Weidlich,
Bundesvereinigung deutscher Autotelefonbesitzer e. V.,
München

Arbeitsmarktorientierte Frauen

„Als Ingenieurinnen im luftleeren Raum"; WELT vom 16. August

Die Arbeitslosigkeit von Ingenieurinnen spricht nicht gegen die stärkere Orientierung von Frauen hin zu naturwissenschaftlich-technischen Berufen, sondern hängt vor allem mit der schwierigen Beschäftigungslage im Baugewerbe zusammen: Von ihr sind Architektinnen und Bauingenieurinnen in gleicher Weise betroffen wie ihre männlichen Kollegen.

Frauen orientieren sich heute bei ihrer Studienwahl sehr viel stärker als früher an den Berufsaussichten. So hat das Studium für das Lehramt und für sozialpflegerische Berufe erheblich an Attraktion verloren, dagegen ist das Interesse an wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern, Ingenieurwissenschaften und Humanmedizin deutlich gewachsen. Dies entspricht einer begrüßenswerten realistischen Einschätzung.

Dem DGB ist darin zuzustimmen, daß weiter daran gearbeitet werden muß, ungerechtfertigte Vorbehalte gegenüber Frauen in „Männerberufen" abzubauen. Ob das DGB-Vorstandsmitglied Bleicher mit seinen Vorwürfen gegen Unternehmen und Bundesregierung dieser gesellschaftlichen Aufgabe einen Dienst erwiesen hat, muß bezweifelt werden.

Dr. Klaus Ulrich Ebmeyer,
Pressereferat des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft,
Bonn-Bad Godesberg

Mieterstreit

„Mieter fühlen sich von NH-Tochter geneppt"; WELT vom 8. August

In Ihrem Bericht wird die Arbeitsweise des Mietervereins Hannover teilweise negativ dargestellt.

Der Mieterverein benötigt nach wie vor Mitglieder und betreibt dafür auch eine entsprechende Werbung. Es ist einfach falsch, wenn behauptet wird, wir hätten gegenüber dem Vermieter (Nordwestdeutsche Siedlungsgesellschaft) unsere Unterstützung versagt. Der Syndikus unseres Vereins, Herr Stöver, hat ein halbes Jahr sehr intensiv ein Mitglied aus dieser Wohnsiedlung beraten und auch Schriftwechsel mit der NWDS geführt. Unsere Bemühungen standen kurz vor einem erfolgreichen Abschluß, als uns das Mitglied das Mandat entzogen hat. Wir konnten eine weitere Beratung nicht mehr durchführen, da wir nach dem Rechtsberatungsgesetz nur Mitglieder beraten dürfen.

Manfred Jonas,
Mieterverein Hannover und Umgebung e. V.

*

Das Mitglied G. des Mietervereins Hannover sah sich bereits lange vor Rückerstattung der 130 000 Mark an 280 Mieter der Nordwestdeutschen Siedlungsgesellschaft (NWDS), einer Tochter der Neuen Heimat, nämlich am 14. Oktober 1984 gezwungen, dem Mieterverein seinen Austritt anzukündigen, da ihm keine konkrete Hilfe zuteil wurde. Die Handlungsweise des Mietervereins bewies Herrn G., daß dieser Verein überhaupt nicht an dem Fall interessiert war.

Der Syndikus des Mietervereins, Herr Stöver, gab folgende Antworten: „Herr G., Sie stehlen mir meine Zeit" und: „Für ein Mitglied (hiermit war Herr G. gemeint) kann ich mir den Aufwand, der mit der Überprüfung der Wirtschaftlichkeitsberechnung verbunden ist, nicht leisten."

Margret Warnecke,
Sprecherin der Mietergemeinschaft Flemmingstraße,
Hannover

Verweigerer

„Kriegsdienstverweigerer mit der Kalaschnikow"; WELT vom 21. August

Diese Leute können niemals als „Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen" anerkannt werden, sondern nur als „Kriegsdienstverweigerer aus gewissen Gründen", und das bedeutet keine Befreiung vom Wehrdienst der Bundeswehr.

Jürgen Poeck,
Langenfeld

Wort des Tages

» *Erfindungsgabe ist der einzige Beweis von Genie.* «

Luc de Clapiers Vauvenargues, französischer Moralist (1715–1747)

Personen

MILITÄR

Erstmals in der Geschichte der französischen Streitkräfte ist eine Frau in die Militärschule von Saumur aufgenommen worden. Im September beginnt **Francine Vaitilingom** ihre Ausbildung zum Leutnant, die sie zur Führung einer Panzereinheit berechtigen wird. Erst seit Mai vergangenen Jahres stehen Frauen in der französischen Armee auch Posten bei kämpfenden Einheiten offen.

EHRUNG

Die tschechoslowakische Fernseh-Opernsendung „Der ewige Faust" von **Lubos Fiser** erhält den diesjährigen Fernsehopernpreis der Stadt Salzburg. Von den 14 eingereichten Werken wählte die internationale Jury dieses Stück nach einem Libretto von **Eva Bezdekova** aus, das unter der Regie von **Jaromil Jires** gesendet wurde. Der Salzburger Fernsehopernpreis wurde zum zehnten Mal verliehen.

GEBURTSTAGE

Joseph Luns erreichte in seinen 75 Lebensjahren – am Donnerstag hat er Geburtstag – zahlreiche Superlative: Er ist 196 Zentimeter groß, war 19 Jahre niederländischer Außenminister, 13 Jahre NATO-Generalsekretär und gehört zu den witzigsten


Joseph Luns

und umstrittensten Politikern Europas. Der „geborene Diplomat" arbeitete während des Krieges für sein Land im Exil, trat dann aber für die Versöhnung mit Deutschland ein (deutsch-niederländischer Ausgleichsvertrag von 1960). Dem Aufbau eines politisch geeinten Europa gehörte sein ganzes Engagement. Als „höchste Autorität der NATO", wie er sich selbst nannte, mahnte er die Bündnispartner hartnäckig zur Erfüllung der Verteidigungspflichten. In der Friedensbewegung gegen die Nachrüstung erblickte er eine „Kriegsgefahr". Die Kritik, kalter Krieger zu sein, ertrug er ironisch. Luns wurde 1984 von **Lord Carrington** als NATO-Generalsekretär abgelöst. Seitdem tritt er als Schriftsteller hervor.

*

In bester Form hat Charles Vanel, der „Patriarch des französischen Films", im südfranzösischen Vence im Kreise von vierzig Freunden seinen 94. Geburtstag gefeiert. Unter seinen Gästen befanden sich der Bildhauer **Arman** und die Schlagersängerin **Mireille Mathieu**, mit der **Charles Vanel** vor seinem Geburtstag in einem Studio seine erste Schallplatte aufgenommen hatte: „La Vie, rien ne la vaut" („Nichts ist so wie das Leben") mit Text und Musik von **Pierre Delanoe** und **Georges Moustaki**. Vanel („Lohn der Angst"), der seit zwanzig Jahren in Südfrankreich lebt, erhielt zu seinem Geburtstag 2000 Glückwunschkarten aus ganz Europa.

BUCHPREMIERE

Dr. **Karl Wand**, ehemaliger Botschafter in den afrikanischen Staaten Benin, Malawi und Angola, hat ein Buch über den deutschen Afrika-Forscher **Albrecht Roscher** geschrieben. Titel: „Albrecht Roscher, eine Afrika-Expedition in den Tod". Dr. Wand, der heute in Bonn-Bad Godesberg lebt, hat das Buch gestern in der Hamburger Buchhandlung **Kurt Saucke** vorgestellt.

Heute will der Hamburger Senat, zusammen mit der Universität, Roscher, den einstigen Sohn der Hansestadt, in einer Gedenkstunde ehren. Roscher, der Naturwissenschaften und Arabisch studiert hatte, fuhr 1858 mit einem Handelsschiff nach Afrika, um die tansanische Ostküste zu studieren. 67 Tage später als Afrikaforscher David Livingstone erreichte er den Malawi-See. Am 27. August jährt sich zum 150. Mal der Geburtstag von Roscher. Im September soll das Buch auch bei der Afrika-Stiftung in Bonn der Öffentlichkeit präsentiert werden.

ABSCHIED

Über 21 Jahre – länger als jeder andere – zählte **Klaus Fichtel** zur Elite des deutschen Fußballs. Nie war er „Fußballer des Jahres", nie schillernder Superstar, nie Schwätzer oder Sprücheklopfer. Was er stets war und heute noch ist: die Zuverlässigkeit und Bescheidenheit in Person. Je länger seine Karriere


Klaus Fichtel

dauerte, desto mehr wurde der Abwehrspieler zur Persönlichkeit und Ausnahmeerscheinung. **Franz Beckenbauer**: „Wenn jemand ein Vorbild für die Jugend ist, dann der Klaus!" Ob Beckenbauer, ob **Helmut Schön** oder die von Fichtel so geschätzten früheren Schalker Trainer **Fritz Langner** und **Ivica Horvat**: in diesem Urteil sind sie sich wohl mit allen Spielern und Trainern der Liga einig. Von 1965 bis zum vergangenen Freitag bestritt der bald 42jährige Senior und Rekordmann 541 Bundesliga-Begegnungen. Heute abend hängt er seine Fußballschuhe an den berühmten Nagel. Zum Ausklang seiner beispiellosen Laufbahn tritt er mit Schalke 04 (verstärkt durch **Fischer**, **Rüßmann**, **Abramczik**, **Kremers**) gegen eine internationale Auswahl voller Prominenz an.

FILM

Anthony Quinn und **John Travolta** werden die Hauptrollen in der Verfilmung des Musicals „Alexis Zorbas" spielen. Dies teilten die Israel-Studios des Filmunternehmens Cannon in Tel Aviv mit. Der Film soll Anfang 1987 in Israel gedreht werden. Anthony Quinn spielte bereits in der berühmten Verfilmung der Novelle von **Nikos Kazantzakis** die Hauptrolle. Regie beim Film-Musical führt **Robert Wise**.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.), Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach, Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.), Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke M.A.; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Wenn die Wirklichkeit zum Tabu geworden ist

Strategien des Wegsehens

Kann Wirklichkeit Tabu sein? Sie kann, antwortet der deutsch-schweizerische Schriftsteller Armin Mohler als Herausgeber des Sammelbandes „Wirklichkeit als Tabu", wenn „die eigentlichen Lebensprobleme unserer Gesellschaft in einer Weise ferngehalten" werden, „für die das Wort (Tabu) aus den primitiven Kulturen die richtige Bezeichnung ist". Neun Autoren belegen, wie vor allem in der Bundesrepublik „Scheinprobleme mit Inbrunst diskutiert, die wirklichen Probleme aber nur zu oft verdunkelt" (Mohler) werden.

Nehmen wir zum Beispiel das Geburtendefizit in Westdeutschland. Der Soziologe Robert Hepp spricht vom „Volkssterben". Obwohl die



Fruchtbarkeit in der friedlichen Bundesrepublik mittlerweile geringer sein soll als im belagerten Leningrad 1941–44, sei es „erklärungsbedürftige Kuriosität", daß dies „in einer Gesellschaft, die sonst für alle Katastrophenmeldungen empfänglich ist, weitgehend ignoriert wird". Diese „Tabuisierung der Wirklichkeit" hänge mit der Politiker-Furcht vor den Konsequenzen einer Umkehr vom propagierten „Masseneudämonismus" zusammen. In den westlichen Gesellschaften gibt es eine umgekehrte Korrelation zwischen Kinderzahl und sozialem Aufstieg. Um die Kinderzahl ansteigen zu lassen, müßten „soziale Errungenschaften" aufgegeben werden, an die sich aber kein Politiker heranwage.

So bastelt denn der Bundesrepublikaner, dem „nichts ferner liegt als die Zukunft seines Volkes" nur noch an „optimalen Strategien der Anpassung an die kurzfristige Entwicklung". Bevor man sich bei einem anspruchsvollen (Wahl-)Publikum mit „Gebärpredigten" unbeliebt macht, werden die entstandenen Lücken lieber gleich mit „fügsamen fremdländischen Einwanderermassen" aufgefüllt. So meint der glückselige Bundesbürger, seinen „sozialen Aufstieg in die Dekadenz" lustvoll fortsetzen zu können, auch wenn bald „in diesem Land ein ethnisch und kulturell recht buntes Völkchen leben" dürfte.

Im engen Zusammenhang damit steht Helmut Quaritschs Beitrag über „das Grundrecht Asyl und die neuen Wirklichkeiten". Hier steht, so der Staatsrechtler, unter Frageverbot, wie die Bundesrepublik mit ihrem „in der Weltgeschichte einzigartigen" Asylrecht auf die neuen Flüchtlingswellen reagieren soll. Die Bestandsfestigkeit des Asylrechts „gegenüber jedem Regulierungsversuch von Parlament oder Regierung" mache die Bundesrepublik letztlich handlungsunfähig. Hier müsse zunächst der „archaische Charakter" des bundesdeutschen Asylrechts erkannt werden. Das einklagbare Individualgrundrecht sei in einer Zeit formuliert worden, als die Entwicklung des Flugverkehrs und dessen praktische Folgen für Flüchtlingsbewegungen kaum vorhersehbar war. Solange eine Änderung im Grundgesetz blockiert werde, müßten die Richter die Folgen einer zu liberalen Rechtsprechung bedenken, wenn dadurch „ein Grundrecht an seine eigenen Grenzen" geführt werde.

Der Rechtswissenschaftler Josef Isensee („Die Verfassung als Vaterland") würde diesen deutschen Stolz auf das Asylgrundrecht wohl unter die Merkmale des in der Bundesrepublik mit Eifer betriebenen „Verfassungsmessianismus" subsummieren, mit dem manche das verlorene Vaterland ersetzen wollen. Nachdem durch das „Hitlersyndrom" alles Überkommene unter Verdacht gestellt worden ist, sei für manchen nur noch die Verfassung – sprich: das Grundgesetz – als unbelastetes Identifikationsobjekt verblieben. Und die soll dem „Verfassungspatrioten" dann alles bieten: Ersatz für Religion, Kultur, Tradition oder bürgerliche Konvention. Da kommt das Grundgesetz am Ende selbst in Gefahr, wenn es so seiner Rationalität beraubt wird. Auch hier verlangt der Autor das Ende von Tabus: Die Deutschen, die nur noch abstrakte „Verfassungsbürger" sein wollten, sollen sich ihrer selbst annehmen, und zwar so, wie es Geschichte und Lage verlangen.

HANS KRUMP

Armin Mohler (Hrsg.): „Wirklichkeit als Tabu. Anmerkungen zur Lage." Schriften der Carl Friedrich von Siemens Stiftung (Band 11). Oldenbourg Verlag, München, 283 S., 38 Mark.

„City Hai" Arnold Schwarzenegger: Der Bodybuilder, soeben noch in dem Film „Der Terminator" das Böse schlechthin, diesmal als rundum positiver Held.

Eiskalter Grizzly im Dienste des Rechts



FOTO: CINEVOX

Minderwertigkeitskomplexe sind seine Sache nicht. Sie sind ihm fremd wie Spitzwegische Spillerigkeit: Arnold Schwarzenegger, Hollywoods neuer stiernackiger Muskel-Protz, weiß, was er und seine shirtsprengenden Bizeps, seine wüsten, feineren Geschmack freilich abstoßenden Brustkorb-Maße wert sind. Schließlich haben ihm nicht allein seine „Mister Olympia"-Siege, sondern auch seine Bodybuilding-Schwarten mit so hochtrabenden Titeln wie „Arnold's Encyclopedia of Modern Bodybuilding" Ruhm und Vermögen gebracht.

Auf medienerwärmende Promotion-Tour für seinen jüngsten Film „Der City Hai" geschickt, kontert er denn auch den süffisanten Hinweis auf seine neue Verwandtschaft mit dem Kennedy-Clan mit Alt-Steiermärker Selbstbewußtsein: Bei ihm sei es Sitte, daß die Frau in die Familie des Mannes heirate. Punctum. Man soll nur nicht sagen, „Rambo"-Konkurrent Schwarzenegger sei ebenso auf den Mund gefallen wie der tumbe Sylvester Stallone.

Mit einiger Cleverness hat sich der diplomierte Grazer Betriebswirt ja auch im schönen Kalifornien aus der Trimm-Ödnis männlicher Muskel-Prachtentfaltung und dämlichen Schönheitslächelns befreit, um – wie er und seine Produzenten es nennen – Schauspieler zu werden. Aber genau da fängt für sensiblere Zeitgenossen das Unbehagen auch schon an. Denn der Ex-„Terminator", der alte „Conan"-Barbar, stolziert auch in seiner jüngsten Leinwand-Ballade wie ein ausgestopfter Grizzly durchs Revier, steifschultrig, mit schwerem, profil-belastendem Kinnladen und einem Gesicht, auf dem Smartness und Brutalität immer wieder vergebens nach triftigem Ausdruck suchen.

Nun, Haie sind auch nicht gerade Wunder an pantomimischer Vielseitigkeit. Und einen „City Hai" soll er in seinem jüngsten Film-Opus ja mimen: einen coolen FBI-Agenten, der, wegen allzu brachialer Methoden von seinem Dienst dispensiert, sich seinen alten Job wieder „verdienen" soll, indem er sich in Chicagos Mafia-Kreise einschleicht, um diese von innen heraus zu zerstören.

Da muß er dann ballern, was die diversen Schießeisen hergeben an tödlicher Munition. Ein eiskalter Killer im Dienste irdischer Gerechtigkeit, an dem die Kugeln der Mafia-Gegner abprallen, als stammten sie aus Spielzeuggewehren. So pflastern Leichen en masse seinen Weg durch Chicagos Bars, Spielhöllen und Kiesgruben, in denen „auf zweierlei Art und Weise Kies gemacht wird", wie's der Dialog so umwerfend geistvoll verheißt.

Der Dialog – das ist denn auch das zweite Dilemma des von keinem psychologischem Feinschliff bedrohten Schwarzenegger-Heldenepos. Denn der „City Hai" will nicht nur ein knallharter, sondern obendrein auch noch ein witziger Action-Film sein. Aber für die parodistische Kontrapunktierung einer solch kaltschnäuzigen und oft sogar ausgesprochen degoutanten Brutalität, wie sie das Drehbuch vorschreibt, bedarf es denn doch eines nachdenklicheren, empfindsameren Regisseurs, als es der Brite John Irvin ist. Einen kleinen Lichtblick gibt es allerdings: die wandlungsfähige Kathryn Harrold als verliebter Spitzel und der alte TV-Recke Darren McGavin als FBI-Chef Shannon.

KLÄRE WARNECKE

Venedig: Das älteste Juden-Ghetto als Museum

Manhatten ante litteram

Das erste Ghetto der Geschichte, das allen anderen den Namen gab, ist auch das einzige, das mit seinen fünf Synagogen die Barbarei der Hitlerzeit überstanden hat. „Die Juden müssen alle vereint in den Häusern leben, die im Ghetto bei San Girolamo stehen", lautete das Dekret vom 29. März 1516, mit dem die Republik Venedig ihre Juden – angeblich auf Drängen der franziskanischen Minderbrüder – in das „Ghetto" verbannte. Dort waren bisher die Kanonen für die mächtigste Flotte auf den Weltmeeren gegossen worden.

Der venezianische Ausdruck für Eisenguß, „Ghetto", hatte dem engen Quartier seinen Namen gegeben. Es war möglicher Feuersbrünste wegen durch breite Kanäle von der übrigen Stadt getrennt. Die schmalen Eingänge, die „Sottoporteghi", schloß man des Nachts mit schweren Holztüren. Die hatte zwar Napoleon im Namen von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" 1797 abreißen lassen. Aber offiziell wurde das Ghetto erst abgeschafft, als Venedig und das Veneto 1866, sechs Jahre nach der Einigung Italiens, zum Königreich der Savoyer kamen.

Über den „Sottoporteghi" stehen noch immer die hebräischen Lettern der ersten Tage. Auch die schmalen Gassen, die ärmlichen hohen Häuser und der Duft ungesäuerten Brotes aus der einzigen koscheren Bäckerei Norditaliens blieben unverändert. Drei der fünf Gotteshäuser sind bereits restauriert worden, und nur eines, die „Scola Levantina", dient dem Kult. Was hier wie durch ein Wunder erhalten blieb, ist ein unersetzliches Kapitel der Geschichte des Judentums und der Kultur- und Architekturgeschichte Venedigs. Das vorbildlich umgebaute und kürzlich wiedereröffnete Museum wird viel zu ihrem Verständnis beitragen. Denn seine Sammlung kostbarer Kultgegenstände ist nur der erste Teil eines großen Komplexes, der nach dem Entwurf des Architekten Ugo Camerino das Leben des Ghettos in drei Jahrhunderten belegen soll. Unter anderem mit der Rekonstruktion des Inneren eines typischen jüdischen Hauses und mit einer Abteilung voller Dokumente der jüdischen Druckerei Venedigs.

Schon für seine ersten Bewohner, aschkenasische Juden, war der Raum im Ghetto sehr eng. Als dann der Strom der Sephardim, der von Isabella von Kastilien aus Spanien vertriebenen Juden, kam, als der Ruf der Venezianer, „freundlicher und umgänglicher mit der hebräischen Nation zu sein als alle anderen Völker der Welt" – so schrieb der Rabbiner Simon Luzzato im 17. Jahrhundert – immer mehr Glaubensgefährten aus West und Ost anlockte, wurde das Ghetto mit immer höher aufgestockten Häusern zu einem „Manhattan ante litteram. „Da jede der Volksgruppen ihre eigenen Tempel wünschte, um die Besonderheit ihrer Kultformen zu erhalten, wurden fünf Synagogen in den oberen Etagen der Wohnhäuser errichtet.

Die erste war die „Scola Grande Tedesca", 1528 als feierlicher Elypsenraum – mit erhöhter Marmorgalerie für die Frauen – errichtet und wie ihre Schwestern, die „Scola Italiana", „Levantina", „Spagnola" und die ebenfalls deutsche „Scola Canton" im Barock umgebaut. Scola – nach der italienischen Übertragung der Synagoge (= Lehrhaus, Schule) nannte man in Venedig die verschiedenen Kultgemeinschaften, die wie die Griechen, die Albanesen oder die Slaven eigene Lehrstätten für ihre Kinder besaßen.

Die „Scola Grande Tedesca" ist nun mit vielerlei Hilfe, nicht zuletzt dank einem ungenannten großzügigen deutschen Spender, restauriert worden. Wer sie im 4. Stock über dem Museum betritt, wird überrascht sein von ihrem Glanz. Die sephardische „Levantina" ist die prächtigste von allen, und darum wohl glüht in ihr das ewige Licht. Wie alle jüdischen Tempel wurde sie von venezianischen Architekten errichtet, denn dieser Beruf war den Juden, die nur Händler, Pfandleiher, Tuchweber und – zunächst nur in Venedig – Ärzte sein durften, verwehrt. Mit Schnitzwerk des berühmtesten venezianischen Meisters, Andrea Brustolon verziert, zur Barockzeit von einem Schüler Baldassare Longhenas umgestaltet, verbindet die „Scola Levantina" am deutlichsten den Geist jüdischen Kultes mit venezianischer Anmut zu einer köstlichen Synthese.

Die grauen, zerbröckelnden Häuser des Ghettos aber teilen das Schicksal Venedigs: Sie sind vom galoppierenden Verfall bedroht. Darum bittet die Comunità Israelitica di Venezia auch für sie um Hilfe. Denn hier gilt es, den letzten, fast intakten Zeugen jüdisch-europäischer Geschichte zu erhalten.

MONIKA von ZITZEWITZ

Einige Beispiele für den Skandal der Monopole

Wiederholungs-Strategie der Öffentlich-Rechtlichen

Zum Beispiel das sommerliche ZDF-Kintopp **Wunschfilm der Woche**: Am 16. August boten die Mainzelmännchen drei trostlos verknitterte Oldies zur Wahl an, die zusammen schon elf Male über den Schirm flimmerten – **Grün ist die Heide**, ein Ferienrummel mit Roy Black, der die Kritiker schon vor 14 Jahren bei der Kinopremiere ratlos machte; **Der Hexer**, zum sechsten Male im Angebot mit stetig sinkenden Einschaltquoten – ein betagter Wallace-Film, dessen Sequenzen Millionen auswendig kennen. Und **Witwer mit fünf Töchtern**, eine in 30 Jahren ergraute Klamotte um den exzellenten Heinz Erhardt, von dem es weit bessere Filme gibt.

Der Erhardt-Jux erhielt den Zuschauer-Zuschlag wohl deshalb, weil er erst einmal im ZDF gesendet worden war. Zuvor, am 9. August, votierte der Zuschauer aus eben diesem Grund für den französischen Action-Film **Der Buschpilot**, eine der wenigen Kinopremieren im deutschen sommerlichen Tele-Theater – 13,56 Millionen sahen hin. Am letzten Samstag nun wieder das Wiederholungs-Trauerspiel – drei Western standen zur Wahl, die zusammen bereits ein Dutzend Mal im Programm flimmerten. Und an kommenden Samstag im Wunschfilm-Angebot: **Der Gentleman-Zinker** (zuletzt gezeigt 1984), **Im weißen Rößl** (erinnern Sie sich noch an 1980?) und **Ein Elefant irrt sich gewaltig** (das tat er auch schon 1982). Als Spätfilm folgt am kommenden Samstag im ZDF Wickis **Brücke** (Wiederholung).

Aber auch, was sonst am vergangenen Wochenende angeboten wurde, war Repetitionsware: **Flüsternde Schatten** und **Hundstage** im Ersten wurden schon sechs Mal geboten. Der Mitternachtsfilm des Zweiten namens **Mord auf Bestellung** war schon zweimal dran.

Zum Wiederkäuen wird beileibe nicht nur im allabendlichen Familienprogramm gedeckt; das Vormittagsprogramm speist sich bis auf die Zusammenstellung der **Presseschau** fast ausschließlich aus Wiederholungen, die Nachmittagsprogramme sind mit Serien-Senilitäten und Kintopp-Leichen zugepflastert. Auch die Western-Idylle **Unsere kleine Farm** im Nachmittagsfahrplan des Ersten gehört dazu. Das gilt fast uneingeschränkt auch für den ZDF-Nachmittag, an dem vornehmlich Abgestandenes aus den Archiven auf die Mattscheibe befördert wird – etwa **Patrick Pacard** oder das **Königlich-Bayerische Amtsgericht**.

Nicht anders die Dritten der ARD, die ihr Programm nahezu ausschließlich mit x-mal über den Schirm geschleudertem Altmaterial füllen. Kein Fernsehspiel hat dort Premiere.

Der Skandal hat seinen traurigen Höhepunkt jedoch in den öffentlich-rechtlichen Satelliten-Programmen, die zur Verdrängung privater Anbieter aus dem Himmel schießen und so blumige Beinamen wie „Kulturprogramm" erhielten. Bei 3SAT und Eins Plus ist der Archivar Programmdirektor. Abgestandene Serien tummeln sich im Dutzend. Die **Drombuschs** quasseln, **Derrick** ermittelt alte Fälle, **Das blaue Palais** wird wiedereröffnet, Wuttigs **Alle meine Tiere** kennt auch jeder. Alle Spielfilme in den Satelliten-Programmen der elektronischen Giganten liefen mindestens schon einmal. Die Zwischenzeiten werden – wie heute – für Wiederholungen vom **Auslands-Journal** und ähnlichem genutzt.

Insgesamt werden 1986 mehr als 3600 Filme, Serien, Reportagen, Cartoons und sonstiges wiederholt. Da die **Schwarze Serie**, dort die Bogart-Filme. Unter dem Stichwort **Monsterfilme** werden sämtliche Koloß-Schinken nochmals geschlachtet.

Auch Hans Albers kam unter die Repetitions-Räder – nach dem schon ein Dutzend Male gesendeten Halbwelt-Melodram **Große Freiheit Nr. 7** träufelte das klassische **Wasser für Canitoga** gleich zweimal. Am vergangenen Freitag war **Der Greifer** dran. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen verkommt zu einer gigantischen Wiederaufbereitungs-Anlage für Hollywood- und Ufa-Uraltmaterial.

Dieser Wiederholungswelle liegt eine Strategie zugrunde. Noch ehe der erste private Fernseh-Sender seinen ersten Pieps ausstrahlte, antichambrierten die öffentlich-rechtlichen Unterhändler bei den internationalen Filmbörsen, bei Leo Kirchs Betafilm in München und bei den Flimmermultis in Hollywood. Dort kauften die Monopol-Agenten für knapp 700 Millionen Mark fast 4000 neue Spielfilme und Serien ein – mit Optionen auf künftige Premierenfilme.

Aus diesem Stock könnten ARD und ZDF praktisch zehn Jahre lang allabendlich eine Fernseh-Premiere bestreiten. Allein, diese Filme sollen für jene Verdrängung reserviert bleiben, die massiv gestartet wird, wenn SAT 1 und RTL plus über drahtlose Frequenzen, Kabel und Satellit zu den Zuschauer-Millionen kommen. Dann und erst dann werden die Top-Filme ausgestrahlt werden.

REGINALD RUDORF



Das **Ännchen von Tharau**, ein Flüchtlingsmädchen aus Ostpreußen (Ilse Werner), arbeitet in einem Dorf als Kellnerin. Bei ihr lebt der 10jährige Utz (Klaus Ullrich Krause), dessen Eltern als verschollen gelten. Als sein Vater auftaucht, weint Ännchen (zunächst) sehr – das Melodram (1954) im ZDF, 20.15 Uhr. FOTO: KINDERMANN

Was in der Sowjetunion ein Recorder kostet

Video-Boom sozialistisch

Der sowjetische Journalist Alexander Bielinskij von der Presseagentur „Nowosti" schwärmte über den Preis des sowjetischen Videogerätes „Elektronika WM-12": „Es ist sieben- bis achtmal billiger als ein Mittelklassewagen und zweimal billiger als eine komplette moderne Wohnzimmereinrichtung", schrieb er in der polnischen Tageszeitung „Slowo Powszechne" über das Interesse der sowjetischen Bevölkerung für Video. Das „Elektronika"-Gerät, mit dessen Produktion 1984 begonnen wurde, kostet 1200 Rubel. Diese Angabe – wie übrigens der Preisvergleich mit Pkw oder Möbelgarnitur – sagt allerdings wenig aus, wenn man nicht weiß, was ein sowjetischer Bürger durchschnittlich im Monat verdient: 180 Rubel. Das relativiert Bielinskijs Lob über den Preis.

Seit 1983, als in der Sowjetunion der Ministerrat das Ministerium für elektronische Industrie und das Staatliche Komitee für Kinematografie beauftragte, sich um die Video-Zukunft zu sorgen, steigt das Interesse der sowjetischen Bevölkerung an allem, was mit Video irgendwie zusammenhängt. Da wegen des hohen Preises sich kaum ein normaler Bürger ein Gerät leisten kann, wurden in einigen großen Städten der Sowjetunion sogenannte Videosalons errichtet. Allerdings unterscheidet sich ein sowjetischer Videosalon nicht wesentlich von einem Kino. Maximal 100 Personen können sich in einem „Salon" ausgewählte Filme vorführen lassen. Der Eintrittspreis ist nicht viel höher als der einer Kinokarte: 50 Kopeken bis 1.40 Rubel, je nach Länge und Alter der vorgeführten Filme.

Ende 1985 waren in der Sowjetunion 18 Videoverleihe der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Hier sind zur Auswahl lediglich Filme sowjetischer Produktion zu haben – von Zeichentrickfilmen über Dokumentar- bis zum Spielfilm. Der größte Videokassetten-Verleih ist in Moskau in der Arbat-Straße. Hier registrierte man 700 ständige Kunden.

Selbstverständlich ist man mit der Zahl der Verleihe nicht zufrieden. Darum beschlossen die Parteiführung und der Ministerrat, daß bis Ende 1986 in allen Republik-Hauptstädten sowie den wichtigsten Industriezentren weitere Videoverleihe entstehen sollen – insgesamt, so heißt es in dem Beschluß, sollen Ende 1986 weitere dreißig Videoverleihe der Bevölkerung zur Verfügung stehen. Und: Bis Ende 1986 soll auch die sowjetische Kinematografie imstande sein, jährlich 60 „Originalprogramme" für Videoliebhaber herzustellen.

Alles in allem also knapp fünfzig Videotheken und jährlich 60 spezielle Videoprogramme auf Kassetten für die gesamte Sowjetunion – für die knapp 280 Millionen Sowjetbürger eine weitere sozialistische Zukunftsperspektive.

R. STRÖBINGER

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Info Garten
10.00 heute
10.05 Johanna von Orleans
Amerikanischer Spielfilm (1948)
Mit Ingrid Bergman
12.25 WISO
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

14.40 Klamottenkiste
Larry soll als Sheriff im Wilden Westen für Ordnung sorgen. Ein Gangsterboß ist damit natürlich nicht einverstanden.
14.55 Unsere kleine Farm
Die Waisenkinder
15.40 Tagesschau
15.50 Spaß am Dienstag
Mit Monika und dem Miesling
16.50 Tagesschau
17.00 Leichtathletik-EM
Eröffnungsfeier
Live aus dem Stuttgarter Neckarstadion
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder Nichts
Spiel und Show
Mit Max Schautzer
Die Geschichte des Automobils
21.00 Leichtathletik-EM
21.45 Dallas
Spur des Blutes
Jamies Überlebenschancen steigen, seitdem ihr Bruder Jack gefunden wurde. Pam will mit Matt Centrell nach Kolumbien fliegen.
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturweltspiegel
Mit Hansjürgen Rosenbauer
Themen: „Harlemweek" – Treffen schwarzer Musiker. „Sophiatown" – Johannesburger Stadtteil als Symbol schwarzen Widerstandes. „Subkultur in Chile" – Trotz Militärdiktatur blüht in Randgebieten ein reges Kulturleben
23.45 Leichtathletik-EM
0.15 Tagesschau
0.20 Nachtgedanken

ZDF

15.00 heute
15.05 Kiwi – Abenteuer in Neuseeland
Das Geister-Kanu (2)
15.30 Ferienkalender
Themen: Ferien in England
Kunstturnen
16.05 Kleine Welt auf Rädern
Der Fahrzeugpark
16.30 Patrik Pacard
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Ein himmlisches Vergnügen
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Apfel fällt nicht weit vom Stamm
19.00 heute
19.30 Die Reportage
Frankreichs Wunderkind Bernard Tapie – Genie oder Filou?
Bericht von Horst Schättle und Monica Cossardt
20.15 Ännchen von Tharau
Deutscher Spielfilm (1954)
Mit Ilse Werner, Klaus-U. Krause
Regie: Wolfgang Schleif
21.45 heute-journal
22.10 Der Fall des Elefanten
Buch, Regie: Volker Anding
1950 sprang ein Elefant aus der Schwebebahn in die Wupper; er blieb unverletzt. Nach dem Sprung meldeten sich Zeugen mit den widersprüchlichsten Aussagen. Tuffi wurde vermarktet.
22.55 Ich heiße An-Magritt
Norwegischer Spielfilm (1969)
Mit Liv Ullmann, Per Oscarsson
Regie: Arne Skouen
Deutsche Erstaufführung
An-Magritt (16) und ihr Großvater in der rauhen Männerwelt.
0.30 heute

III.

WEST
18.30 3:0 für die Bärte
19.00 Aktuelle Stunde
19.45 Fensterprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
16 Tage bis Timbuktu
20.45 Grün war die Heide
60. Geburtstag von Hermann Löns
21.00 Der Forellenhof
22.00 Kalifornischer Wein
22.45 Dresdner Sammlungen
Jean Etienne Liotard: „Das Schokoladenmädchen"
23.00 Pulcinella
Musikalische Komödie
23.45 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Rockpalast: Paul Young
19.15 Kindsein ist kein Kinderspiel
Redaktion: Michael Krey
20.00 Tagesschau
20.15 Schwierig mit dem Bündnis?
Die SPD und die NATO
21.00 Der Mann aus dem Bootshaus
Mit Rosemarie Fendel, Ulrich Matschoss, Susanne von Borsody
22.10 Literarisches Café
Live aus dem „Einstein"
Mit Wolf Biermann, Richard Hey, Marcel Reich-Ranicki
23.25 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.32 Rockpalast
19.20 Hessenschau
Ab 20 Uhr wie NORD

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Schwarzes Theater
18.35 Zoos der Welt
Pretoria-Nationalzoo
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Schauplatz Europa
20.15 Schauplatz der Geschichte
Odessa. Film von Stefan Fischer
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Mein großer Freund Shane
Amerikanischer Spielfilm (1953)
Mit Alan Ladd
23.10 Mietrecht
23.40 Nachrichten

BAYERN
18.15 Spaß mit Sport
18.45 Rundschau
19.00 Carolins Fleckerlteppich
19.55 Z. E. N.
Detwang
20.00 König Ludwig I. von Bayern
Teutsch und bayerisch
Zum 200. Mal jährte sich gestern sein Geburtstag
20.45 Die Sprechstunde
Neurodermitis
21.30 Rundschau
21.45 Lichter von Paris
Französischer Spielfilm (1960)
23.15 Rundschau



15.00 Perrine
Anschl.: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Tarzan
Anschl.: Rund um die Welt
17.50 APF blick-Telegramm
17.55 Tennis aus Flushing Meadows:
Ivan Lendl – Glenn Layendecker
21.05 Airwolf
21.50 APF-blick
Aktuelles, Show und Künste, Sport, Quiz, Wetter
22.35 F. A. Z. etten
Wie wird die Bundesrepublik in ausländischen Medien gesehen?
23.05 Starsky & Hutch
Anschließend: APF-blick
0.05 Scharfe Schüsse auf Jamaika
Deutsch-ital.-engl. Spielfilm (1965)
Regie: Richard Jackson
1.30 Tennis aus Flushing Meadows



19.00 Die Oskar-Story
Amateure erobern den Weltraum
19.45 Fall auf Fall
Recht für Jeden
20.00 Tagesschau
20.15 Inspektion Lauenstadt
Der Tankwart
21.05 Der Besuch der alten Dame
Tragische Komödie
Von Friedrich Dürrenmatt. Mit Maria Schell, Günter Lamprecht
Regie: Max Peter Ammann
22.30 Privatleben
Franz.-ital. Spielfilm (1961)
Mit Brigitte Bardot, Marcello Mastroianni, Gregor von Rezzori
Regie: Louis Malle
1.00 Nachrichten



18.10 Pi-Pa-Pop-Promotion
Die Managerin einer Plattenfirma berichtet über ihren Job. Sie betreut unter anderem Tina Turner, Duran Duran, Relax und Limahl.
18.30 Eiger, Mönch und Jungfrau
Von der Dossenhütte übers Wetterhorn zur Glecksteinhütte
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Familie Merian
Die Löwen sind los
20.15 auslandsjournal
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2



18.15 Deutsche Szene
18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
19.22 Karichen
19.30 Das Tal der Pappeln
Die Verteilung der Aktien
19.55 Mini Max
20.20 RTL-Spiel
20.25 Filmvorschau
20.30 Die 100 Tage von Palermo
Ital.-franz. Spielfilm (1984)
Mit L. Ventura. Regie: G. Ferrara
21.15 Zeichentrick
21.20 Die 100 Tage von Palermo (2)
22.10 RTL-Spiel
22.15 Popeye
22.20 Die großen Katastrophen
Der Mensch zerstört die Natur
22.40 Wetter/Horoskop/Betthupferl

Auf dem Hosenboden

L. S. M. – Jetzt wissen wir es also ganz genau: Die Rote Armee Fraktion ist in den Rang der Nibelungen aufgestiegen. Diese bahnbrechende Erkenntnis verdanken wir dem neuen Bochumer Theaterchef Frank-Patrick Steckel, der solches in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung" kundtat. Und um diese „geistige" Identität auch noch praktisch zu stützen, hat Steckel den verurteilten Terroristen Christoph Wackernagel zum Regie-Assistenten für die Bochumer Inszenierung von Friedrich Hebbels Trauerspiel *„Die Nibelungen"* bestellt. Begründung: Wackernagel interessiere sich „aufgrund seiner eigenen Erfahrungen für einen solchen Gegenstand".

Man kann es kaum fassen: Der Chef einer der renommiertesten deutschen Bühnen reklamiert für eine Gruppe pathologischer Killer den geistigen Rang einer deutschen Mythologie. Und das alles unter dem hehren Banner der „Aufklärung". Mit Dummheit allein ist ein solches Phänomen nicht mehr zu erklären. Hier spricht sich eine Haltung aus, die nun schon seit Jahren die sogenannte intellektuelle Szene in Deutschland beherrscht: eine rein affektive Weltbetrachtung, die – ungestützt durch Kenntnisse, Moral und Kraft zur Synopse – jede im Gehirn aufsteigende Luftblase in weltgeschichtliche Dimensionen transferiert. Eine Art Spätpubertät, die ihre innere Asymmetrie für Dynamik hält, folglich auch gar nicht gewillt ist, ihre Egozentrik durch Anerkennung der Wirklichkeit relativieren zu lassen.

Solange sich so etwas nur in Lyrik äußert, mag man lächelnd darüber hinweggehen. Aber Steckel sitzt auf einem wichtigen Posten. Und er ist kein Einzelfall. Er hält sich sogar offenbar für berufen, „einen Staat mit ausgeprägter terroristischer Vergangenheit" zu „resozialisieren". Genau das beschreibt seine spätpubertäre Prägung. Sie ist deswegen gefährlich, weil sie von einer Position aus Einfluß ausübt, die eine gewisse Amtsautoriät in sich birgt.

Steckel sagt, zwischen allen Stühlen sitze es sich am besten. Wenn er damit seinen eigenen Hosenboden *gemeint* hat, *könnte es* uns recht sein. Die Bochumer sollten ihn schnellstens dorthin befördern.

Eine Flucht-Burg der Empfindungen: Das neue Kölner Kulturzentrum, ein Zuhause für die bildenden Künste und die Musik

Vom Licht empfängt jeder Saal seine Beseelung

Kaum eine Baumaßnahme im Köln der Nachkriegszeit hat die Gemüter so erregt wie das Haus, das *in diesen Tagen* seiner Bestimmung übergeben wird: das neue Wallraf-Richartz-Museum mit *Museum Ludwig* und Philharmonie, das große Kulturzentrum zwischen Dom und Rhein. In einem Architektenwettbewerb vor zehn Jahren hatte die Jury trotz eines Aufgebots von internationalen Stars – darunter Oswald Mathias Ungers, James Sterling, Gottfried Böhm, die jeder für sich ganze Städte mit ihren Bauten berühmt gemacht haben – einem kaum bekannten jungen Architektenteam, den Kölnern Busmann & Haberer, den Ersten Preis gegeben.

Das war um so erstaunlicher, als das Gespann vor einigen Wettbewerbsvorgaben wenig Respekt gezeigt hatte. Der Entwurf *mißachtete* den Wunsch der Stadt nach einem geschlossenen Baukörper, ging im Osten über die Grundstückgrenzen hinaus, packte ein zusätzliches Geschoß obendrauf und übersprang auch noch eine Straße, um sich mit einem Zusatzbau direkt neben die Eisenbahngleise zu setzen.

Und doch waren es wohl gerade städtebauliche Qualitäten, die die Jury für diesen Entwurf eingenommen haben. Fast aus keinem Blickwinkel verrät das mit einer Zinkplane bedeckte *Ziegelbauwerk* seine *eigentliche* Dimension. Die wie Radarschirme oder Sonnenkollektoren aufgesperrten Lichtfallen seiner Scheddächer sind gegen den Dom heruntergezont, als wollten sie vor seiner Majestät in den Boden versinken. Nur an der Westseite, zur Bischofsgartenstraße hin, macht der neue Museenkomplex aus seinem Raumanspruch kein Hehl. Weite Eingangsöffnungen, bescheidene Dekorationen, vorkragende Obergeschosse geben ihm Wucht und großstädtisches Prestige. Freilich mit einer irreführenden architektonischen Notation: Die kulturelle Bedeutung des Hauses wird durch den nüchtern-industriellen Werkstatt- und Tresorcharakter dieser Straßenfront unterdrückt und bis zur Unkenntlichkeit verfremdet.

Um so verblüffender der Eindruck, wenn man durch die graumausige *Außenhülle* ins Innere tritt. In der Eingangshalle der Museen wird der Besucher *von einer konkaven, freistehenden* Mauer wie durch einen Hohlspiegel um 45 Grad „gedreht" und durch Glastüren in die Mitte des großen Foyers abgestrahlt – eine Lichterhalle mit *Glasfront*, weißen Betonsäulen und einer sich absatzweise drei Stockwerke in gerader Linie emporschwingenden stützenfreien Treppe.



Nicht „Kunsttempel", sondern „ein Stück Stadt" soll Kölns neues Kulturzentrum sein, in dem das Wallraf-Richartz-Museum, das Museum Ludwig und die Philharmonie untergebracht sind — FOTO: ZIERMANN

Treppen sind eines der phantasievoll eingesetzten Themen dieses Hauses, mit dem den Architekten großzügige Raumwirkungen gelingen. Sie verwenden sie nicht nur als Brücken, Stege und Übergänge zwischen den vier Stockwerken des Kunsthauses, sondern auch in der umgestülpten, verkleinerten Form parallel laufender Stuckkanten als nahezu „expressionistisches" Decken- und Wanddekor. *Architekt Peter Busmann sieht darin* auch eine Geste an den Genius des Ortes: Maria ad Gradus – Maria an den Stufen hieß die Kirche, die einst an dieser Stelle stand.

Ein zweites Thema der Innengestaltung des Gebäudes, das nach Busmann nicht „Kunsttempel", sondern ein „Stück Stadt" sein soll, ist die Folge von *„Straßen", „Querstraßen"*, „Plätzen", zu denen sich die Säle bald verengen, bald weiten. Intime Kunstlichträume (für die Alten Meister) wechseln mit regelrechten Glaskabinen, „Enfiladen" führen überraschend durch Galerien und über Emporen, das Gewoge der Scheddächer wühlt die sonst spiegelglatte Deckenfläche mit meterhohen Raumsprüngen auf. Die lebendige Raumfolge und die disziplinierte, niemals auf*dringlich-manieristische* Konturierung in den Farben rot (Treppenstufen und Fußböden), weiß (Wände und Decken) und grün (Kübelpflanzen, Restaurant, Außengarten) unterstreichen den Charakter des „besonderen" Bauwerks, der sich in der Außengestaltung so ganz verleugnet.

Hauptthema jedoch ist das Licht, *mit dem die Architekten so effektvoll* umgehen, daß jeder Saal davon, man möchte sagen, seine eigene Beseelung empfängt. Am banalsten ist es in jenen Räumen eingesetzt, die durch Glasfronten zur Außenwelt aufgerissen sind; am raffiniertesten in der *vielstöckigen* Treppenhalle, in der sich die Stufungen des Lichts zu immer höherer Reinheit entmischen. Wenn sich dann Dämmerung und Dunkelheit auf die Glasdächer legen, werden die Metallrippen zu Leuchtstoffröhren und illuminieren die Umkehrung von Tag und Nacht, von Materialisation und Entstofflichung, von Bindung und Freiheit.

Daß dieser Bau in seiner Tiefe auch noch einen Konzertsaal birgt, kann aus der Bauaufgabe eines Museums auf keine Weise abgeleitet werden. Im Wettbewerb war ein „Mehrzwecksaal" gefordert, die Architekten *machten daraus den mit 2000 Plätzen* größten Saal Kölns, die neue Philharmonie. In der gewaltigen Klanghöhle, die man durch ein tief eingebuchtetes Foyer betritt, treiben die Architekten das Prinzip der äußerlichen Verfremdung auf die Spitze. Der in den Dom*hügel versenkte Saal*, dessen *Sohle* drei Meter unter dem Rheinspiegel liegt, ist als Gebäude praktisch nicht vorhanden. Nur seine vier mächtigen Lüftungsschächte, die neben den Eisenbahngleisen aus dem Boden ragen, und ein kreisrundes Fußboden*mosaik auf dem Museumsplatz* direkt über dem unterirdischen Standort des Dirigenten künden dem Eingeweihten von seiner Existenz.

Die Raumwirkung des weitgespannten, goldbraun getäfelten Saals mit seinem Gestühl in rötlich-changierenden Farben, seinen in elegantem Schwung heruntergeführten Sitzreihen, dem säulenhaft gegliederten Orgelprospekt, der gewendelten Holztreppe und den vorgewölbten Balkonen über dem Orchester macht diesen Konzertsaal zu einem der eigenwilligsten und formschönsten der Nachkriegszeit.

Was ihn besonders heraushebt und fast an seinem Akustiker zweifeln läßt, das ist die ungewöhnliche Deckenkonstruktion. Wie eine mächtige stählerne Spinne mit 22 Beinen überspannen die vier Meter hohen Viergurtbinder den Abgrund des Amphitheaters, aufgestützt auf kannelierte Eisensäulen, die über den Gängen wie Tore auseinandertreten. Die freitragende Stahlkonstruktion, geboren aus der Not, in dem unterirdischen Saal mit jedem Kubikmeter Volumen geizen zu müssen, wirkt wie ein absichtsvoller Brückenschlag zu den Wand an Wand verlaufenden Gleiskörpern des zweitgrößten Bahnhofs in der Bundesrepublik und zum technischen Ingenium des benachbarten *Industriereviers*.

Aber die Architekten lassen es nicht damit bewenden. So, wie sie in die „Beine" der Stahlspinne Leuchtkanäle einlagern, bilden sie ihren „Leib" hoch über dem Konzertpodium aus goldgelbem Glas: Die riesige Rosette ist der eigentliche „Lüster" dieses Konzertsaals. Erstrahlen seine Lampen, wird die Spinne zum gleichsam „durchsichtigen" Gerippe. Mit einem Knopfdruck kann der Beleuchter dieses Gebilde augenblicklich wie in eine andere Sphäre heben: Schaltet er die indirekte Neonbeleuchtung ein, verschweben und verschwimmen Stahlgerüst und Betondecke in einem fast unwirklichen Blau.

So gibt sich die neue, 280 Millionen Mark teure Kunstfestung von Köln durchaus als ein sehr „heutiger", nicht platt „einwertiger" Bau zu erkennen – *kein „ideologisches"*, manifestartiges Werk, aber wohltuend in seiner Funktionalität und Entfaltungsfreiheit, nicht überfrachtet mit intellektueller Raffinesse, aber „interessant" in seiner fast amöbenhaften Fähigkeit, sich vor den Blicken des Besuchers *zu verwandeln, zu teilen*, auszudehnen und gar aufzulösen. Eine Flucht-Burg der Empfindungen, nicht nur mit den Kunstereignissen, die sie bietet, auch mit den Mauern, die sie umschließen.

DANKWART GURATZSCH

Die großen Straßen der Welt (XI): Die Kärntnerstraße, der Radius von Wien

„Gotisch oder Renaissance, alles ans"

Noch bis in den Ersten Weltkrieg hinein zählte der Corso in Wien zu natürlichen Gegebenheiten, an denen teilzunehmen mehr oder weniger Pflichtübung der Insider aller Alters- und Berufsgrupper. war. Auf Bildern aus der Zeit sieht man Männlein und Weiblein Kopf an Kopf die Ringstraße an der Oper auf- und abpatrouillieren, Berühmtheiten darunter ebenso wie Dandys, Dämchen wie Damen der Gesellschaft. Heute ist der Begriff „Corso" vollkommen verschwunden. *Eine neue Erscheinungsform sind die* Fußgängerzonen, deren soziale Struktur jedoch nichts mehr mit dem seinerzeitigen sozialen Charakter zu tun hat.

Von der Sirk-Ecke, wo sich junge Offiziere abenteuerlustig postiert hatten, ist jetzt der Schauplatz des weitaus nicht mehr obligatorischen Spazierwandels in die Kärntnerstraße verlegt worden, in die wesentliche Fußgängerzone Wiens. Uniformen, auch von Schutzleuten, treten hier kaum auf, keine Damen mit Pleureusen schlagen ahnungsvoll die Augen nieder. Zumal im Sommer herrscht das, *was man unfein als Fleischbeschau* bezeichnen kann.

Ganz im Gegenteil zu früher kennen die Spaziergänger einander nur noch ausnahmsweise, das fremdenverkehrende Publikum stellt das Hauptkontingent – und produziert sich in Verkleidungen, die in seinen Heimatstädten schwerlich zum täglichen *Straßenbild gehören dürften*. Junge Männer in heißen Höschen, Weiblichkeiten, die mehr zeigen, als überhaupt da ist, und dazwischen natürlich auch einige distinguierte Herrschaften und Filmgrößen.

Kaum jemand aus der Wiener Haute voleé oder aus der heutigen Prominenz mischt sich unter die gemischten Massen. Als Folklore engagierte „Werkelmänner", die ihre Drehorgel von einer Batterie bedienen lassen, stehen an einige Straßenecken, Radfahrer schlängeln sich verbotswidrig durchs Publikum, und großaufgezogene, teils recht kostspielige Geschäfte, von denen wieder einige clever genug sind, billiger als in den Außenbezirken zu verkaufen, locken das bunte Kaufvolk an. Ein Friedensapostel in weißem Talar schreitet gravitätisch und harmlos dahin.

Trotz all dieser Wunderlichkeiten – oder vielleicht gerade wegen dieser Wunderlichkeiten – ist die Kärntnerstraße berühmt, gehört sie, zumindest dem Rufe nach, zu den großen Straßen der Welt. Sicherlich, der Ring ist *größer* und architektonisch viel attraktiver, aber „das Leben" spielte und *sich spielt sich eben auf der* Kärntnerstraße ab. Kein fremder Flaneur könnte es sich leisten, sie etwa aus Snobismus auszulassen.

Die Kärntnerstraße ist ein breiter Boulevard, der die Stadt innerhalb des *Ringes, der seinem Namen Ehre* macht, in zwei Hälften teilt. In der einen finden sich die feudalen, heute meist zweckentfremdeten Adelspalais und vornehme Wohnbauten, die andere enthält eminente Sehenswürdigkeiten wie die Oper, das Burgtheater und vor *allem die Hofburg*.

Die Oper, am Eingang zur Kärnt*nerstraße am Ring* gelegen (just in ihrer Nähe wogte einst der Corso), hat ihre Erbauer übrigens nicht weniger als das Leben gekostet. Der eine nahm sich, der Anfeindungen wegen, die er nach dem *Bau erdulden mußte*, das Leben, der andere starb wenige *Wochen später*. Wegen ihres Historismus mußten sich die Architekten den Spottvers gefallen lassen: „Der Siccardsburg und van der Nüll / Die haben beide keinen Stil / Griechisch, Gotisch, Renaissance / *Das ist ihnen* alles ans". Heute erregt der Bau, 1955 *nach starker Bombenbeschädigung* wiederhergestellt, Bewunderung.

Gleich hinter der Oper, schon eindeutig an der Kärntnerstraße, liegt das Hotel „Sacher", nach dem sich Fremde mit der Frage „Where is Sätscher's" zu erkundigen pflegen. *Auf der gleichen* Straßenseite sind noch andere namhafte Hotels und der legendenumwobene „Stock im Eisen", ein Baumstamm mit vielen Nageleinschlägen, zu finden, dessen *Herkunft neuerdings damit* erklärt wird, daß um 1200 ein Baum den Stadtmittelpunkt gebildet habe und zur Kennzeichnung des Nordsterns mit einem Nagel versehen wurde, dem in späteren Jahrhunderten Wanderburschen oder Wichtigtuer ihrerseits weitere Nägel zugesellt hätten.

Gegenüber, auf dem weiten Stephansplatz, ragt der gewaltige Bau des Stephansdoms empor, der Platz selbst aber bildet schon das Ende der Kärntnerstraße, die sich in der Rotenturmstaße geradewegs, aber schmä*ler fortsetzt und bis zum* „Kai" genannten Teil des Ringes vorstößt.

Auch heute noch gilt der Stephansplatz als Stadtmittelpunkt. Die Nummern der Axialstraßen werden von dort aus gezählt, auf der linken Straßenseite die ungeraden, rechts die geraden. Bei den *Radialstraßen* verlaufen die Nummern im Uhrzeigersinn. Seinerzeit dachten sich die Verkehrsplaner schon etwas: Die letztgenannten Straßen erhielten runde Schilder, die anderen rechteckige. Was heutzutage längst verlorengegangen ist. Wie der *Corso* und seine nach unseren Begriffen doch heile Zeit.

ERIK G. WICKENBURG

Im Hintergrund der Stephansdom: Blick in die Wiener Kärntnerstraße von der Oper aus — FOTO: DIE WELT

Bildhauersymposium im Saarland: Wenn „Grenzsteine" die Grenze beseitigen

Kunstquader beim Flandern-Weg

Obelix war da: Kurz hinter Merzig im Saarland, wo zwischen den Dörfern Büdingen und Wettingen die Grenze zwischen der Bundesrepublik *Deutschland und Frankreich* verläuft, hat er mächtige längliche Steine hingeworfen, von denen der schwerste 13 Tonnen wiegt. Ein „Internationales Bildhauersymposium" wird mit diesem Material darstellen, daß die Grenzlinie zwischen den beiden *Staaten* weder Kultur noch Landschaft noch die Menschen trennt, sondern sie in Freundschaft verbindet.

Daß sich zwei Monate lang letztlich zehn Bildhauer, darunter drei Deutsche und drei Franzosen, hier auf freiem Felde arbeitend treffen können, hat ihr Kollege Paul Schneider bewirkt, der in zäher Arbeit bei den Behörden durchsetzte, daß jeder Künstler für die acht Wochen etwa 15 000 Mark staatlicher Gelder erhält. Weniger als die Hälfte davon ist das Honorar. Der große Rest ist für die Beschaffung und den Transport der rötlichen Sandsteine aufzuwenden, *für gemeinschaftliche* Unterkunft, Verpflegung, Unvorhergesehenes. Dazu zählt vielleicht auch, daß um die Bewilligung der Mittel in Frankreich wohl noch gerungen wird, weil man Ausgaben im kulturellen Bereich gestrichen hat.

Deswegen geht man davon aus, daß es vielleicht nur sechs Steinmale werden, die in parkähnlicher Landschaft entstehen. Es sind schon angereist Karl Prantl aus Österreich, Claudia Amman aus der Schweiz, Marc Linder aus Frankreich, Jeannot Bewing aus Luxemburg, Hawoli und *Thomas Wojcechowicz* aus Deutschland. Paul Schneider, der das Ganze organisiert, Kunstpreisträger der Stadt Saarbrücken, hat selbst bereits an 13 solchen Symposien teilgenommen, darunter *1959* bei der ersten Veranstaltung dieser Art in St.Margarethen im österreichischen Burgenland, die Prantl ins Leben gerufen hatte.

Bei dem Gelände handelt es sich angeblich um den alten „Flandern-Weg", über den Karl V. 1530 nach Augsburg zum Reichstag zog, um die Querelen zwischen Protestanten und Katholiken nach bester Möglichkeit abzustellen. Da gibt es die sagenumwobene Flurbezeichnung „Heidensiedlung", Reste einer römischen Villa, vor allem aber: massive quadratische Grenzsteine mit der Jahreszahl *1830. Damals* hatten sich Preußen und Frankreich über einen Gebietstausch geeinigt. Es dauerte jedoch jahrelang, bis der amtlich wurde. Wo ein alter Weg die Grenze markierte, wie zwischen Scheuerwald und Büdingen, wurden die neuen Grenzsteine beiderseits des Weges gesetzt, der dadurch „internationalisiert" war – eine Quelle ewigen Krachs und Unfriedens, wie man alten Protokollen entnehmen kann.

Die Pingeligkeit, mit der man damals alles regelte (sogar die Übergabe von fünf Brandeimern der französisch gewordenen Gemeinde Mandern war eine Staatsaffäre), steht in *krassem Gegensatz zum heutigen* Zustand. Die Grenze ist praktisch offen, eine „Douane" deutet sich nur auf einem verbogenen uralten Emailleschild an mit der Maßgabe, gefragt zu werden, wenn man einen baumbestandenen Weg etwa beschreiten will – ein Relikt von gestern.

Die letzte Bearbeitung der Grenzsteine von 1830 fand erst vor wenigen Jahren statt, als man das „P" für Preußen durch ein „D" für Deutschland ersetzte (warum eigentlich?). Viel interessanter ist es, daß Bauern *aus der Umgebung erzählen, daß hier* im Zweiten Weltkrieg Deutsche und Franzosen zuallererst aufeinander hätten schießen müssen, wobei erkennbar Vettern auf Cousins zu zielen gezwungen gewesen wären. Von altersher ist man hier so miteinander *verwandt, wie es die Felder auch* sind: Manche, die deutschen Bauern gehören, liegen „drüben", französische auf deutschem Territorium.

Wenn es stimmt, was die jetzt hier versammelten Bildhauer sagen, dann werden ihre geplanten Werke, über die sie noch nichts erzählen, *an dieser* Stelle 400 bis 500 Jahre stehen können. So lange, wird versichert, widersteht Sandstein dieser Qualität Angriffen der Natur.

EBERHARD NITSCHKE

Neue Schallplatten: A. Weissenberg spielt Werke von Scarlatti und Debussy

Enfant terrible im tanzenden Schnee

Der eigenwillige Alexis Weissenberg hat Musik von Scarlatti und Debussy eingespielt. Die Scarlatti-Platte gehört sicherlich zum Bemerkenswertesten, was das Kapitel „Scarlatti auf dem Klavier" zu bieten *hat. Weissenbergs Auswahl* umfaßt 15 Sonaten; mit fünf von ihnen ist Scarlatti als Komponist der expressiven Langsamkeit repräsentiert: Gegengift gegen das Vorurteil, er sei vor allem für virtuoses Glitzerwerk und manuelle Kapriolen zuständig. Bei Weissenberg findet sich dieselbe h-Moll-Sonate, die Horowitz auf seiner jüngsten Platte ebenfalls für die Deutsche Grammophon eingespielt hat. Das *verlockt zum Vergleich*: Weissenberg spielt die von seufzender *Beredsamkeit* überfließende Sonate nicht so nostalgisch zögernd, sondern emphatisch drängend.

In den raschen Stücken zeigt sich der Rhythmiker Weissenberg von seiner brillantesten Seite. Er intoniert die so vielfältig von iberischen Elementen tänzerisch geprägte Musik (der Komponist lebte lange *Zeit* in Lissabon und Madrid) emotionsfrisch, wendig und elegant und bewahrt die Ostinati einfallsreich vor der mechanischen Verödung. Allerdings ist die Reihenfolge der Sonaten nicht gut durchdacht: Bei aller Kühnheit der Klangkombinatorik wäre Scarlatti doch nicht so weit gegangen, auf f-Moll unmittelbar h-Moll folgen zu lassen.

Einige der bekanntesten Klavierstücke sind auf der Debussy-Platte versammelt; es *fehlt* nicht das sanftmütige „Mädchen mit den Flachshaaren", und *„Children's Corner"* ist auch dabei. Weissenberg verschärft die Kontraste, die typische Tempobezeichnung „Modérément animé" ist ihm viel zu zahm. Er überschüttet den Hörer mit wahren Sturzbächen der Virtuosität („Estampes") und attakkiert „L'Isle Joyeuse" mit ständig sich überstürzender Vehemenz. Klangraffinement wechselt ab mit abrupten *dynamischen Vergröberungen*. Das bekommt freilich der zum Geschmäcklerischen tendierenden „Suite Bergamasque" nicht übel.

Zwischen den tanzbetonten Sätzen verschwindet das säuselnde „Clair de Lune" beinahe, glücklicherweise, denn diese fragwürdige Debussysche Luna sollte sich in der Tat schamhaft verschleiern und in den Hintergrund verziehen. In „Children's Corner" gibt sich Weissenberg als Enfant terrible: Eben noch empfindsamer Miniaturist, *durchjagt er das ausdrücklich* „zart und verwischt" bezeichnete Stückchen „The Snow is Dancing" mit Orkangeschwindigkeit in so gnadenlosem Staccato, daß die Anschläge wie Eisnadeln in den Ohren prikkeln. Zwei aufregende, bisweilen irritierende Platten. (Deutsche Grammophon 415 511-1 und 415 510-1.)

GEORG BORCHARDT

JOURNAL

Vorträge und Theater zu Ehren Grabbes

DW. Detmold

Ausstellungen, ein Symposium, Vorträge und Theateraufführungen bestimmen die Grabbe-Tage vom 6. bis 19. September in Detmold. Im *Jahr der 150. Wiederkehr seines Todestages* – Christian Dietrich Grabbe starb am 12. September 1836 in der lippischen Residenz, seiner Heimatstadt – soll ein Schwerpunkt der zweiwöchigen Veranstaltung die Uraufführung der Opernfarce „Grabbes Leben" von Walter Steffens sein.

Lasker-Schüler-Porträt zurück nach Wuppertal

dpa, Wuppertal

Ein Bildnis der *Dichterin* Else Lasker-Schüler, 1924 vom polnisch-jüdischen Künstler Jankel Adler gemalt und 1937 als „entartet" aus Wuppertaler Museumbesitz entfernt, ist nach jahrzehntelanger Odyssee an die Wupper zurückgekehrt. *Das Bild gilt als eines der* Hauptwerke des 1949 im britischen Exil gestorbenen Künstlers und zeigt die Dichterin an einen Tisch gelehnt, wobei collageartig Sand und Silberfolie eingefügt sind. Für den Rückkauf von einem Pariser Sammler mußte das Von-der-Heydt-Museum rund 120 000 Mark bezahlen.

Emilianische Malerei in Bologna vereint

DW. Bologna

Eine große Schule der italienischen Kunst will die Ausstellung „Das Zeitalter Corregios und der Caracci" zeigen, die vom 10. September *bis 10. November in der Na*tionalpinakothek Bologna zu sehen ist. Die Übersicht über die emilianische Malerei des 16. und 17. Jahrhunderts vereinigt zwei Projekte, die ursprünglich am Metropolitan Museum of Art in New York und in der *National Gallery* in Washington geplant wurden. Dritter Zulieferer für die Schau wurde schließlich die „Pinacoteca Nazionale" in Bologna selbst.

Schilling choreographiert Hoffmanns Erzählungen

Reg., Berlin

Mit der Uraufführung einer Ballettadaption der Offenbach-Oper „Hoffmanns Erzählungen" in der Choreographie von Tom Schilling eröffnet die Komische Oper Ost-Berlin am 25. September ihre „Tage des Tanzes", mit denen das zwanzigjährige Bestehen des Tanztheaters gefeiert werden soll. Neben Repertoire-Stücken wie „Der schwarze Vogel" und „Schwanensee" *sind bis zum 5. Oktober Auf*tritte des Stuttgarter Balletts und der José Limón Dance Company geplant. Bei einem „Tanztheater-International" gastieren Solisten aus Moskau, Prag, Helsinki, Stuttgart und Berlin.

Friedrichs II. Leben als Ausschneidebogen

DW. Berlin

Lange schon sind Ausschneidebögen ein beliebtes und billiges *Mittel zum Zeitvertreib*. Mit der Mappe „Fridericus Rex" legt die Berliner Edition Hentrich einen Reprint solcher Bögen vor, die in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg entstanden sind. *Ziel der Bastelei* ist es, mit Pappkulissen und -figu*ren* Szenen aus dem Leben Friedrichs II. zusammenzustellen. Die Originalausgabe befindet sich im Museum für Volkskunde der Stiftung Preußischer Kulturbesitz Berlin. (Preis des Reprints im Buchhandel 19,80 Mark.)

Germaine Acremant †

AFP, Paris

Die französische Schriftstellerin Germaine Acremant *ist im Alter* von 97 Jahren in Neuilly bei Paris gestorben. Ihren größten Erfolg hatte sie mit ihrem 1921 entstandenen Erstlingswerk „Ces Dames aux Chapeaux Verts", eine humorvolle Beschreibung des Lebens ältlicher Jungfern *in ihrer nordfranzösi*schen Heimat. Ihren letzten von insgesamt 25 Romanen veröffentlichte sie vor drei Jahren unter dem Titel „Le Monsieur de Saint Josse".

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Von Henry David Thoreau weiß man, ist man nicht *Amerikanist* oder Philosoph, bestenfalls, daß er der Erfinder des Begriffs „gewaltloser Widerstand" ist. Durch Gandhi und Martin Luther King jr. ist seine Idee in die Realität umgesetzt worden. Auch vom anderen Thoreau, dem mystischen Naturdichter und Propheten des Umweltschutzes, dem Kritiker der damals entstehenden Industriegesellschaft und Vertreter dessen, was heute Selbstverwirklichung heißt, berichtet sachlich und informativ das Buch von Hans-Dieter und Helmut Klumpjan.

ohn

Hans-Dieter und Helmut Klumpjan: „Henry D. Thoreau – mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten". rororo, 155 S., 9,80 Mark.

Deutscher Manager bleibt weiter in Haft

PETER M. RANKE, Kairo

In einem Einzelzimmer des Salam-Hospitals in Kairo erwartet der deutsche *Manager Otto Tafel* (63) den neuen Verhandlungstermin im Bestechungsprozeß gegen ihn und 16 ägyptische Angeklagte. Er fürchtet, daß er von diesem Hospital, in dem er sich einer Operation unterziehen mußte, zurück in das mittelalterliche Gefängnis „Bab el Chalk" gebracht wird. Verteidiger Hassan el Abraschi teilte mit, Otto Tafel befinde sich seit seiner Verhaftung am 11. Februar in Einzelhaft und sei haft- und verhandlungsunfähig. Gegen Tafel wird in arabisch verhandelt, er muß selbst einen Übersetzer bezahlen. Protokolle werden nachlässig geführt. Im Zitadellen-Gefängnis gibt es kaum frisches Wasser und Frischluft. Die ägyptische Staatsanwaltschaft aber genehmigte bisher keine Haftverschonung.

Die Art der Prozeßführung hat auch politische Gründe: Kairo will Härte gegenüber Ausländern demonstrieren, die der Bestechung ägyptischer Wirtschaftsfunktionäre verdächtig sind. Vorstellungen deutscher Minister bei hohen ägyptischen Stellen blieben bisher erfolglos. Von deutscher Seite wird allerdings betont, man wolle sich nicht in ein schwebendes Verfahren einmischen. Jedoch würde eine Entlassung Otto Tafels das Klima für Gespräche über weitere Wirtschaftshilfe verbessern. Da jetzt in Kairo General-Staatsanwalt el-Gindi abgelöst wurde, hofft der deutsche Angeklagte auf eine Wendung zum Besseren.

Ins Rollen gebracht wurde die Affäre durch die japanische Konkurrenz. Sie machte die ägyptische Polizei auf die angebliche Bestechung aufmerksam. Denn Otto Tafels deutsche Firmengruppe sollte den Auftrag für den Bau einer Papierfabrik im Wert von rund 200 Millionen Mark erhalten, obwohl das japanische Angebot billiger war. Überwachungen des Hotelzimmers, *Durchsuchungen* und Abhöranlagen führten dann zur Verhaftung und zur Anklage gegen Tafel, ägyptische Firmenangestellte und Beamte. Als Bestechungssumme werden von ägyptischer Seite fünf Millionen Dollar genannt.

Bei Verurteilung droht lange Freiheitsstrafe

Nach Angaben des deutschen Konsulats muß Otto Tafel mit einer langjährigen Freiheitsstrafe rechnen, wenn er überführt wird. Aber das ist nach Angaben seines Rechtsanwalts nicht zu erwarten: Gespräche über „Abgeltungen" und Namen mögen stattgefunden haben, aber das sei noch nicht Korruption. Der Auftrag für die Papierfabrik ist bisher nicht vergeben worden. (SAD)

Die Narren müssen sich bei der SED melden

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Wer Kamelle (falls vorhanden) unter seine sozialistischen Untertanen streut, in der Bütt verhalten politisiert, närrische Majestäten proklamiert und überhaupt Faschings-Festivitäten betreiben will, bekommt's jetzt in der „DDR" mit dem Kulturministerium zu tun: Binnen drei Monaten, am liebsten noch vor dem Elften im Elften, müssen sich sämtliche mitteldeutschen Narrenzünfte bei den Behörden einschreiben lassen.

Mit Schellengeläut, Juristen-Deutsch und dem Eifer eines Tanzmariechens machten sich jetzt die Karnevals-Sachbearbeiter im Ministerium von Minister Hans-Joachim Hoffmann ans Paragraphenwerk: Es galt, die ohnehin schon auf 1000 geschätzte Zahl der munter sprießenden Humor-Klubs endlich unter eine Narrenmütze zu bekommen.

Gesetzblatt regelt, was Humor ist

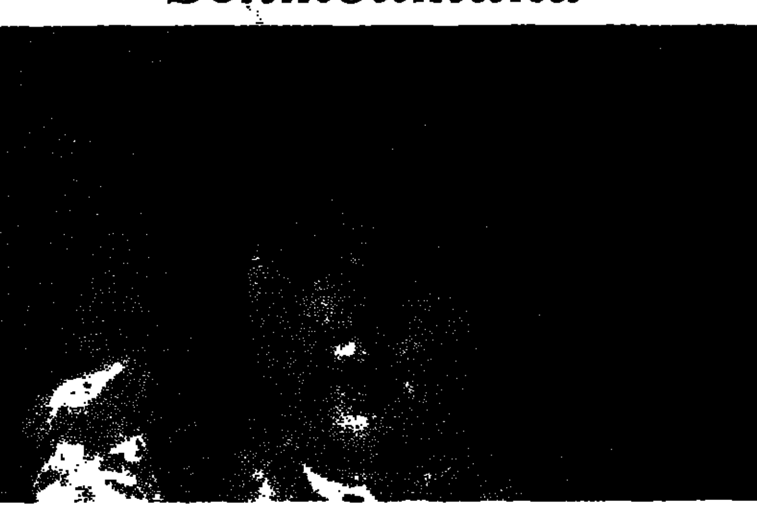
„Wilder" Humor, für den am Ende niemand verantwortlich sein möchte – wer könnte dies verantworten? So regelt denn in sechs Paragraphen mit 22 Unter-Punkten die „Anordnung über die Rechtsstellung, Anleitung und Finanzierung ehrenamtlich geleiteter Karnevalsklubs" im Gesetzblatt Nr. 26/1986 das Wohl und Wehe von Reimeschmieden, Kassenprüfern und Titelträgern. Dann endlich können Prinzen und Bauern, „Eure Lieblichkeit" und „Seine Herrlichkeit" sicher sein, sich auch künftighin auf majestätische Weise huldigen zu lassen: „Entsprechend den örtlichen Traditionen sind die Mitglieder von Leitungen von Karnevalklubs berechtigt, karnevalstypische Funk*tionsbezeichnungen zu führen*".

Mit ministerieller Anordnung stellt die SED sicher, daß auch der Humor im Dienste der Gesellschaft zu stehen und seinen Teil zur Hebung des gesamtgesellschaftlichen Niveaus beizutragen habe. Laut Anordnung fördern die Klubs „mit ihren spezifischen Mitteln die Entfaltung eines kulturvollen sozialistischen Gemeinschaftslebens, das Geselligkeit, Kommunikation, Bildung, Kunstgenuß, Freude und Spaß einschließt".

Jux und Dollerei trieben sie bisher auch ohne staatliche Gnaden – die rund 1000 Klubs (nur zwei in Ost-Berlin). Wie das Werrastädtchen Wasungen zwischen Meiningen und Eisenach, die mitteldeutsche Karnevalshochburg. „Ons gefellt die Mötze!", lautete das letztjährige Schunkel- und Stimmungs-Motto. Unter der „Mötze" (Mütze) haben die Thüringer seit 450 Jahren den gepflegten Nonsens der lustigen Saison im Kopfe. Inzwischen avancierte die örtliche Narrenzunft zum „Ausgezeichneten Volkskunstkollektiv der DDR".

Wie im wirklichen Leben: Puppenküche mit blauem Email und Puppen aus der Porzellanmanufaktur Heuchbach FOTOS: DRÖSCHER

Charakterköpfe mit Kräusellocken und Schmollmund



Mit rätselhaftem Blick schaut diese deutsche Puppendame aus dem Jahre 1910 den Betrachter an. Der Teint der zarten Bisquitporzellanhaut ist wie hingehaucht.

Auf dem Falkenstein bei Blankenese an der Elbe, in Hamburgs nobelster Gegend, ist ein Puppenmuseum entstanden. Sein Rahmen ist so ungewöhnlich wie die Besitzerin, die Galeristin und Buchautorin Elke Dröscher.

Das „Landhaus Michaelsen", 1923 vom Architekten Karl Schneider, einem Schüler von Walter Gropius und Fritz Höger, im Stil der Neuen Sachlichkeit erbaut, wurde in den 50er Jahren von der Verlegerfamilie Springer erworben. Seit Jahren unbewohnt, wurde es Anfang der 80er Jahre an die Hansestadt Hamburg abgegeben. Verbunden war damit die Auflage, den Elbpark, in dem es liegt, nach dem Pseudonym des Fotografen und Verlegersohnes Sven Simon zu benennen und für die Öffentlichkeit freizugeben.

Elke Dröscher (43), verheiratet mit dem Fotografen Robert Lebeck, schlug dem ersten Bürgermeister Klaus von Dohnanyi vor, in dem Haus auf eigene Kosten ein Puppenmuseum einzurichten, weil ihre Sammlung „ausgeufert" sei. „Ich bin an meinem Ziel angekommen", sagte die zierliche Rothaarige, die ihr Haus von dem Architekten Volkwin Marg mit „Fingerspitzengefühl" restaurieren ließ.

Es wurde ein Museum ganz besonderer Art. Die Sammlung, die Elke Dröscher über zwanzig Jahre zusammengetragen hat, wird stilvoll in dem neuen Domizil präsentiert. Durch eine große, gebogene Spiegelglasscheibe, eine der ersten in der Stadt, fällt das Licht in den Ausstellungsraum.

Aus starren Puppenaugen blicken die kleinen Damen und Babys aus Stoff, Leder, Holz, Porzellan, Papiermaché und Zelluloid den Zuschauer an. Die Puppen stammen aus Deutschland, England, Frankreich, Österreich. Auf zartgewölbtem Nacken tragen sie das Siegel ihrer feinen Herkunft, Namen wie Armand Marseille, Pierotti, Kestner, Gautier, Simon & Halbig, Kämmer-Reinhardt. 300 große und viele Dutzend kleiner Puppen. Sie sind Dokumente von kulturhistorischem Wert.

„Puppen sind ein Lehrmittel und ein Spiegel der Zeit mit ihren unterschiedlichsten Geschmacksrichtungen", sagt die Sammlerin, deren Exponate die Zeit von 1790 bis zu den Käthe-Kruse-Puppen um 1950 umfassen. Noch älter ist das Gemälde eines dreijährigen Mädchens das, eingeschnürt und gepudert, eine Erwachsene en miniature darstellt. Es stammt von 1772. Neben ihr ein Püppchen – das Ebenbild des gemalten Kindes.

Die Puppendamen und -kinder tragen Krinolinen und Kräusellocken auf runden Köpfen. Sie lachen, schmollen und weinen, können „Mama" sagen, das Köpfchen drehen. Sie senken lange Wimpern zum Schlaf über große Kulleraugen oder kokettieren mit feingestrichelten auf zarter Bisquitporzellanhaut. Keine Puppen-Lady ähnelt der anderen und auch die Babys mit ihren drolligen Sichelbeinen *sind* unverwechselbar. Es gibt süße und einfältige, kluge und dümmliche, blasierte und verschmitzte Gesichter.

Elke Dröscher hat systematisch gesammelt. „Ich habe drei Puppen wieder weggegeben, um dafür ein sehr seltenes Exemplar zu erstehen. *Ich habe unter lädierten wachsierten* Papiermaché-Köpfen erkannt, was in ihnen steckt und sie restauriert."

Mit 1,5 Millionen Mark hat die Puppensammlerin ihren Traum vom eigenen Museum erfüllt. Sechzig Puppenhäuser, Küchen, Schulen, Apotheke, Turnhalle, detailgetreu en miniature, runden das Bild einer Zeit ab, in der das Spielzeug keineswegs immer zum Spielen gedacht war, sondern dem Kind ein Abbild der Welt der Großen vermitteln sollte, in die es hineinwuchs. Auch das, was die Puppen „drüber" und „drunter" tragen, ist zu bestaunen. Möbel, Geschirr, *Fotos, Ölbilder* und *50* Daguerreotypien zeigt das Museum aus der bunten Welt der Puppen.

Die Stadt Hamburg hat für die Erschließung der Außenanlagen, einschließlich Beleuchtung und den Bau eines Parkplatzes am Grotiusweg, die Kosten von 743 000 Mark übernommen. Im Turm des legendären „Michaelsen-Hauses" wohnt Elke Dröscher mit ihrem Mann und Tochter Anna.

Und unten fließt breit und träge der Elbestrom dahin. Die dicken Pötte, beladen mit Containern, tuten, und die Möwen kreischen ewig hungrig um die Wette. Aus ihrer gläsernen Welt schauen jene, die auf ein fast zweihundertjähriges Puppenleben zurückblicken, aus starren, rätselhaften Augen in unsere Zeit.

GISELA KRANEFUSS

Hundert Tage mit Schlangen auf engstem Raum

dpa, Gulf Breeze

Erschöpft verließ der 44jährige Jürgen Hergert aus Schladen (Niedersachsen) am Sonntag den Glaskäfig im Zoo von Gulf Breeze (Florida), in dem er mit rund zwei Dutzend Klapperschlangen, Kobras und Vipern 100 Tage lang ausgeharrt hatte. Hergert hatte sich am 16. Mai in den Käfig begeben, um seinen eigenen Weltrekord im Zusammenleben mit giftigen Reptilien – bisher 90 Tage – zu verbessern. Der Besitzer einer Schlangenfarm wollte zudem beweisen, daß Schlangen nicht aggressiv sind und nicht grundlos getötet werden sollten. Kurz vor dem Verlassen des Käfigs zog Hergert Bilanz: Er sei froh, daß es jetzt vorbei sei, denn er habe keine Kraft mehr.

Feuer unter Kontrolle

rtr, Marseille

Die Waldbrände an der französischen Mittelmeerküste sind unter Kontrolle. Gestern konnten rund 1500 Feuerwehrmänner nach 48stündigem Einsatz erstmals eine längere Pause machen. Aus allen Landesteilen trafen trotzdem weiter Feuerwehrleute und Geräte zur Brandbekämpfung ein, da die Mistral-Winde wieder zunehmen und das Feuer anfachen könnten. Bei den seit drei Tagen andauernden Flächenbränden sind vier Menschen ums Leben gekommen. 10 000 Hektar Wald- und Buschgelände wurden vernichtet.

Mutter erwürgte ihr Kind

dpa, Denkendorf

Eine 29jährige Hausfrau aus Denkendorf (Landkreis Eichstätt) hat in der Nacht zum Montag ihr vier Monate altes Baby erwürgt. Die Frau meldete ihre Tat anonym über den telefonischen Notruf der Polizei. Da sie den Hörer anschließend nicht auflegte, *konnte sie innerhalb einer Stunde* ermittelt werden. Ein Motiv für die Tat ist bisher nicht erkennbar.

Seelenruhig zugeschaut

dpa, Dortmund

Vier Betrunkene, eine Frau und drei Männer, haben in Dortmund seelenruhig mitangesehen, wie sich ein 28jähriger in einer Grünanlage in der Innenstadt mit einem Gürtel an einem Baum aufhängte. Erst als Passanten die Polizei alarmierten, wurde der Mann abgeknüpft und bewußtlos ins Krankenhaus gebracht. Gegen die drei Männer und die Frau wird wegen *unterlassener Hilfeleistung ermittelt.*

Junge zeigte Stiefvater an

AFP, Basel

Eine 13jährige Amerikanerin, die ihre rauschgiftsüchtigen Eltern bei der Polizei anzeigte, ist nicht das erste Kind, das sich zu einem solchen Schritt entschloß. In Basel zeigte ein Elfjähriger seinen rauschgiftsüchtigen Stiefvater an. Der Junge brachte sieben Gramm Heroin mit, das seinem Stiefvater gehörte. Der Polizei erklärte er, es könne so zu Hause nicht weitergehen.

Bald 104 km/h in USA?

SAD, New York

Präsident Reagan hat sich „im Prinzip" dafür ausgesprochen, die Geschwindigkeitsbegrenzung auf amerikanischen Straßen von höchstens 80 km/h aufzuheben. Einige Abgeordnete hatten vorgeschlagen, daß auf bestimmten Straßen bis zu 104 km/h gefahren werden darf.

Rekord im Straußeneiessen

AFP, Kapstadt

Drei Minuten und sechs Sekunden benötigte der Südafrikaner Johann Hoffmann, um ein hartgekochtes, 1,3 Kilogramm schweres Straußenei zu verspeisen. Er stellte damit einen neuen Weltrekord auf. Ein Straußenei entspricht in etwa 24 Hühnereiern.

ZU GUTER LETZT

„Der Reservist ist von der Bekleidung befreit und deshalb nur für die Dauer der Wehrübung einzukleiden. Nach Wehrübungsende auszukleiden." Aus einer Einberufungsliste für eine Wehrübung des Kreiswehrersatzamtes Offenburg.

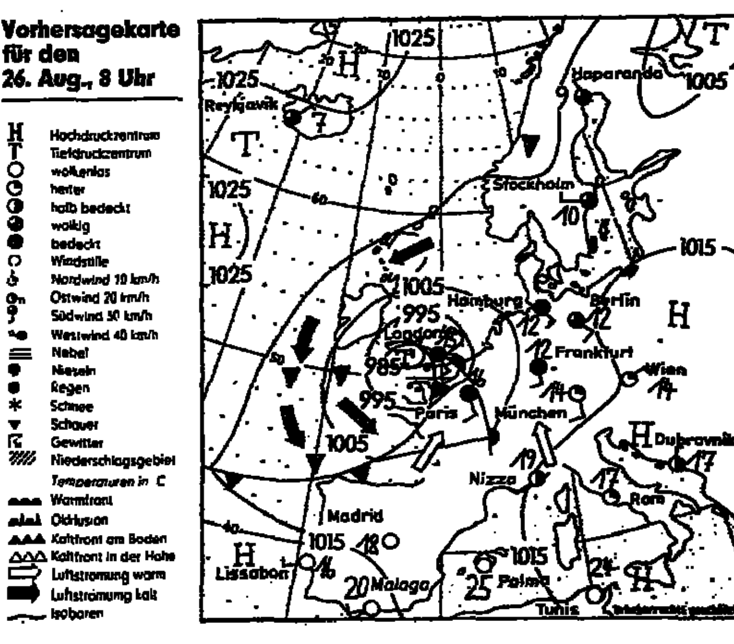
WETTER: Sturmtief

Lage: Ein zur südlichen Nordsee ziehendes Sturmtief bestimmt anfangs noch mit milder Atlantikluft unser Wetter.

Vorhersage für Dienstag: Im Norden anfangs Regen, in der zweiten Tageshälfte wechselnd bewölkt mit einzelnen Schauern. Höchsttemperaturen im Norden bei 18, in der Mitte und im Süden 18 bis 24 Grad. Nachts im Süden noch Regen, sonst *nur geringe Schauerneigung.* Nachts 12 bis 15 Grad. Im Süden mäßiger, im Norden frischer Wind aus Südost bis Südwest, mit Sturmböen zwischen 80 und 100 km/h.

Weitere Aussichten: Wechselhaft mit weiteren schauerartigen Regenfällen, kühl.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 6.26 Uhr*, Untergang: 20.20 Uhr; **Mondaufgang:** 23.02 Uhr, Untergang: 15.36 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	17	he
Bielefeld	15	bw
Braunlage	13	bw
Bremen	17	he
Dortmund	16	bw
Dresden	14	bw
Düsseldorf	17	bw
Erfurt	16	bw
Essen	15	bw
Feldberg/S.	7	bw
Flensburg	17	he
Frankfurt/M.	15	he
Freiburg	17	bw
Garmisch	16	bw
Greifswald	15	bw
Hamburg	17	bw
Hannover	17	bw
Kahler Asten	12	bw
Kassel	16	bw
Kempten	15	bw
Kiel	16	he
Koblenz	16	bw
Köln-Bonn	16	bw
Konstanz	17	bw
Leipzig	18	bw
List/Sylt	16	he
Lübeck	17	bw
Mannheim	17	bw
München	15	bw
Münster	14	bw
Norderney	16	he
Nürnberg	16	bw
Oberstdorf	15	bw
Passau	15	bw
Saarbrücken	14	bd
Stuttgart	16	bw
Trier	16	bw
Zugspitze	-3	Ne

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	31	wl
Amsterdam	14	Rs
Athen	31	he
Barcelona	24	bw
Belgrad	19	bw
Bordeaux	21	he
Bozen	24	bw
Brüssel	18	he
Budapest	20	bw
Bukarest	24	Rs
Casablanca	28	wl
Dublin	12	R
Dubrovnik	25	he
Edinburgh	13	bw
Faro	24	wl
Florenz	28	he
Genf	16	bw
Helsinki	12	Gw
Hongkong	32	bw
Innsbruck	17	bw
Istanbul	28	he
Kairo	31	wl
Klagenfurt	19	he
Konstanza	29	he
Kopenhagen	17	he
Korfu	30	he
Las Palmas	26	he
Leningrad	13	Rs
Lissabon	23	he
Locarno	22	bw
London	16	R
Los Angeles	18	he
Luxemburg	13	bw
Madrid	25	he
Mailand	23	he
Malaga	27	bw
Mallorca	28	bw
Moskau	18	bw
Neapel	30	he
New York	18	he
Nizza	26	he
Oslo	15	he
Ostende	17	bw
Palermo	29	he
Paris	19	bw
Peking	31	he
Prag	16	bw
Rhodos	28	wl
Rom	26	he
Salzburg	16	bw
Singapur	29	bd
Split	26	he
Stockholm	11	Rs
Straßburg	18	bw
Tel Aviv	31	he
Tokio	29	bw
Tunis	31	he
Valencia	28	he
Varna	31	he
Venedig	21	he
Warschau	19	he
Wien	18	he
Zürich	16	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Amerikas Mercedes-Fans feierten ein Volksfest

Stirling Moss verschlug es fast die Sprache. „Für mich", erklärte der Engländer voller Begeisterung der WELT, „ist es wie eine Belohnung, daß ich überhaupt hier sein kann." Manuel Fangio faßte seine Eindrücke mit einem mehrfach wiederholten „Muy bien!" (Großartig!) zusammen. Hermann Lang staunte: „Unglaublich, was da noch alles an Autos übrig ist ..."

Die drei betagten Rennfahrer-Asse – Moss' Platte wird immer blanker, Fangio ist mittlerweile weißhaarig, und der Schwabe Lang nähert sich den 80 – waren am Wochenende die Hauptpersonen bei einer spektakulären doppelten Ehrung für ihren ehemaligen Arbeitgeber Mercedes-Benz in dessen wichtigstem Absatzmarkt USA.

Auf der auf einem heißen, staubigen Plateau nahe dem kalifornischen Hafenstädtchen Monterey gelegenen Autorennbahn Laguna Seca wurden die diesjährigen „13. Renntage für historische Automobile" ganz den Untertürkheimern gewidmet, kam es vor 25 000 Zuschauern zum größten Mercedes-Treffen der amerikanischen Geschichte.

Auch der im 36. Jahr stattfindende „Concours d'Elegance", ein traditionsreicher Schönheitswettbewerb für Autoklassiker im nahegelegenen, vornehmen Pebble Beach, stand ganz unter dem guten Stern. Nicht weniger als 44 Mercedes-Benz-Wagen aus den Jahren 1902 bis 1939 blitzten auf dem Golfrasen zwischen der „Lodge at Pebble Beach" und dem Pazifik in der Sonne – unter ihnen sechs 500 K und 540 K Special Roadster aus der Zeit von 1935 bis 1937.

Das dramatischere der beiden Ereignisse war die „Mercedes-Show" bei den „Monterey Historic Automobile Races", den bedeutendsten jährlichen Veteranen-Rennen in den USA. Es war ein Volksfest, bei dem Mercedes-Becher, -T-Shirts, -Teppiche und -Jacken feilgeboten wurden und bei dem Moss, Fangio und Lang in „ihren" alten, eigens aus Stuttgart eingeflogenen Rennwagen – ein 300 SLR, ein W 125 aus dem Jahre 1937 und ein W 196 – mehrmals um den 1,9 Meilen langen Kurs röhrten. „Der Wagen", freute sich Fangio, fünffacher Weltmeister und heute Leiter der Mercedes-Benz-Niederlassung in Argentinien, „fühlt sich noch *genauso an wie damals.*"

Es gab eine Vorbeifahrt von 106 Exemplaren des 300 SL – dessen geschlossene Version in den USA wegen der Klapptüren „gullwing Mercedes" (Möwenflügel-Mercedes) genannt wird und der durch einen eigenen, „gullwing group" genannten Klub mit 900 Mitgliedern repräsentiert wird – und eine Parade von 542 verschiedenen Mercedes-Typen, gefahren von Mitgliedern des 22 000 Köpfe zählenden „Mercedes-Benz Club of North America".

Einige der 300-SL-Fahrer hatten ihre heute bis zu 130 000 Dollar teuren Fahrzeuge in Kolonne quer durch die USA nach Monterey gefahren – unter ihnen auch die Leiterin der Forschungsabteilung für Alternativtreibstoffe der amerikanischen Ford-Automobilwerke in *Detroit, Dr. Roberta* Nichols-Yakel. Die geschwindigkeitsbesessene Amerikanerin traf in Laguna Seca ihren Chef, Ford-Boß Donald Petersen, und entschuldigte sich unter Hinweis auf ihr Mercedes-T-Shirt: „Nehmen Sie es mir nicht übel, aber heute gehöre ich Mercedes."

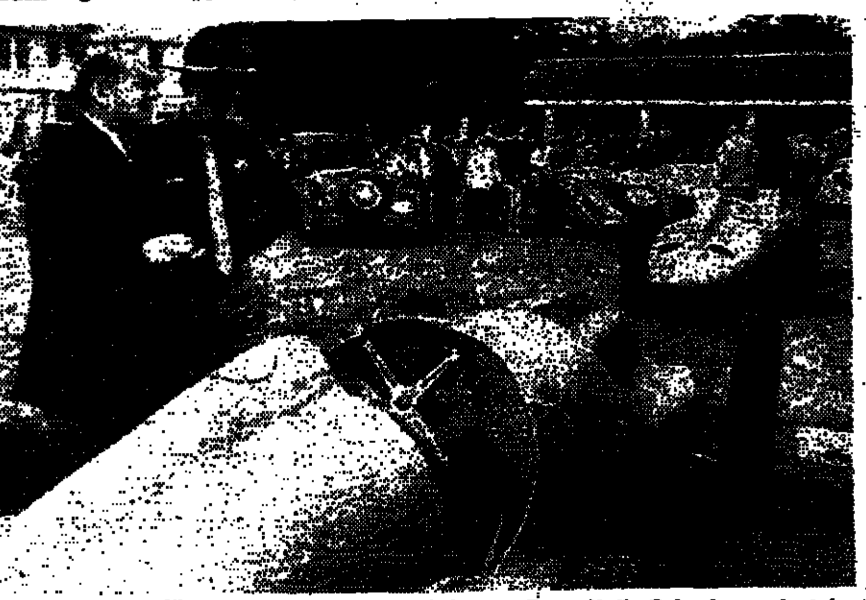
Auch der Politiker und Multimillionär George Wingard aus dem US-Bundesstaat Oregon gab sich als Mercedes-Fanatiker zu erkennen. Der 50jährige nahm mit seinem Grand-Prix-Renner von Mercedes aus dem Jahre 1914 an einem der Rennen am Samstag teil, landete in einem Feld von 22 auf einem beachtlichen siebten *Platz und verbrachte dann die* ganze Nacht damit, den cremefarbenen Veteranen mit Holzfelgen und der Nummer 28 für den „Concours d'Elegance" herzurichten.

„Der Mann macht alle Reparaturen selbst", staunte ein Mercedes-Mitarbeiter, „normalerweise beschäftigen Millionäre wie er ein halbes Dutzend Mechaniker." Während Laguna Seca mehr die „blue collar"-Fans ansprach, drängelte sich beim Concours *die Mercedes-Schickeria aus den von* Pinien und Zypressen beschatteten Millionärsvillen in Ortschaften wie Carmel (Bürgermeister: Clint Eastwood) und der selbsternannten Golfhauptstadt der Welt, Pebble Beach. Sekt war das bevorzugte Getränk.

Eines der meistbestaunten Ausstellungsstücke war zugleich das älteste: ein liebevoll restaurierter Mercedes Roadster aus dem Jahre 1902 mit Hartgummireifen. Besitzer Bill Evans aus San Diego in Südkalifornien zeigte stolz auf einen originalgetreu nachgebauten Rahmen und erläuterte: „Der Wagen hat noch immer den Originalmotor und fährt noch immer 64 Meilen pro Stunde (102 km/h). Vor zwei Jahren bin ich damit in neun Tagen quer durch die USA gefahren."

Beim Anblick der vielen chromblitzenden Uralt-Mercedesse kam selbst Hermann Lang, Europameister des Jahres 1939, ins Schwärmen. „Wie die alle dastehen wie neu", sagte er in breitem Schwäbisch, „ich bin froh, daß ich nicht der Jury angehöre: Da tut die Wahl weh, welcher der Schönste ist."

HELMUT VOSS (SAD)



Hermann Lang erläutert dem Polizisten William McDowell die Fahreigenschaften seines Mercedes-Rennwagens aus dem Jahre 1937 FOTOS: SAD